



Niederschrift

über die 38. öffentliche Sitzung
des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner 17. Wahlperiode
am Donnerstag, 10. Juli 2025, Rathaus, Plenarsaal

SI-RAT/005/2025

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
		Nachrufe: Beigeordneter a. D. Bernd Dieckmann und Ratsherr a. D. Manfred Graff	10
1		Verpflichtung eines Ratsmitgliedes	11
2		Anerkennung der Tagesordnung	12
3		Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Teile der Sitzungen vom 26.2.2025 (SI-RAT/002/2025) und 10.4.2025 (SI-RAT/003/2025)	13
4		Anfragen aus aktuellem Anlass	
5		Anfragen	
5.1	RAT/209/2025	Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Bleibt die Verkehrswende auf der Strecke?	13
5.2	RAT/210/2025	Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Wann nimmt die Wohnungsbauoffensive Fahrt auf?	19
5.3	RAT/211/2025	Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Aktuelle Situation des Sports in Düsseldorf	30
5.4	RAT/212/2025	Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Mobile Videoüberwachung am Japan-Tag 2025 in Düsseldorf	32
5.5	RAT/215/2025	Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Fortschritt beim Ankauf des Glasmacherviertels?	schriftliche Antwort
5.6	RAT/223/2025	Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Fällung von Ersatzpflanzungen für satzungsgeschützte Bäume am Flughafen	schriftliche Antwort
5.7	RAT/254/2025	Anfrage der FDP-Ratsfraktion: Anmietung und Ankauf von Wohnimmobilien durch die Stadt Düsseldorf	schriftliche Antwort
5.8	RAT/251/2025	Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: CSD-Beflaggung und - Teilnahme – Unterstützung der Stadt für LSBTIQ*	schriftliche Antwort
5.9	RAT/244/2025	Anfrage der AfD-Ratsfraktion: U3-Betreuung in Kitas	schriftliche Antwort
5.10	RAT/245/2025	Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Umsetzung des Hinweisgeberschutzgesetzes in Düsseldorf	schriftliche Antwort

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
5.11	RAT/255/2025	Anfrage der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Ausnahmeregelungen für den Corneliusplatz	schriftliche Antwort
5.12	RAT/226/2025	Anfrage der Ratsfrau Spillner: Sachstand Schul-Radeln	schriftliche Antwort
5.13	RAT/234/2025	Anfrage der Ratsfrau Dr. Proschmann: Planung und Finanzierung der Bürger*innensprechstunden des Oberbürgermeisters	schriftliche Antwort
5.14	RAT/236/2025	Anfrage des Ratsherrn El Ghazali: Rassismus an Schulen	schriftliche Antwort
5.15	RAT/252/2025	Anfrage des Ratsherrn Born: Einsatz für Frieden in Israel, Gaza und der Ukraine	schriftliche Antwort
5.16	RAT/235/2025	Anfrage der Ratsfrau Dr. Proschmann: Kosten Nachbarschaftszone Paulusplatz	schriftliche Antwort
5.17	RAT/233/2025	Anfrage der Bürgermeisterin Zepuntke: Warum wurde den Mitarbeitenden des Jobcenters Düsseldorf eine Verbindungsherstellung zum CSD untersagt?	schriftliche Antwort
5.18	RAT/258/2025	Anfrage des Ratsherrn Lemmer: Umbrüche bei der Rheinbahn in den letzten Monaten und Jahren	schriftliche Antwort
5.19	RAT/259/2025	Anfrage des Ratsherrn Lemmer: Eigenkündigungen beziehungsweise Kündigungen bei Rheinbahnbeschäftigten	schriftliche Antwort
5.20	RAT/260/2025	Anfrage der Ratsfrau Krüger: Reparaturen und Wartungsarbeiten bei der Rheinbahn für Busse und Bahnen seit 1.1.2021	schriftliche Antwort
5.21	RAT/261/2025	Anfrage der Ratsfrau Krüger: Bargeld- und papierloses Ticketsystem CALO	schriftliche Antwort
5.22	RAT/246/2025	Anfrage der Ratsfrau Kraljic: Anfrage zum Präventionsprogramm „Wegweiser in Düsseldorf und im Kreis Mettmann“	schriftliche Antwort
6	RAT/214/2025	Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen & KAP	35
7	RAT/216/2025	Bericht aus der Kleinen Kommission Stadtbahnbau U81	35
8	RAT/217/2025	Bericht aus der Kleinen Kommission Klimahilfe	35
9	RAT/218/2025	Bericht aus der Kleinen Kommission Radverkehr	35
10	RAT/219/2025	Bericht aus der Kleinen Kommission Smart City	35
11	AÖE/025/2025	Sicherstellung des Bestattungsangebotes für muslimische und jüdische Verstorbene in Düsseldorf im Bereich des Friedhofs Itter	48
12	AÖE/035/2025	Planung und Umsetzung der Freianlagen der Baumaßnahme „Grünzug Aaper Wald“ in Düsseldorf Rath/Mörsenbroich	49
13	AÖE/036/2025	Biodiversitätskonzept 2030 – Aufstellung und Umsetzung eines Biodiversitätskonzepts für die Landeshauptstadt Düsseldorf	36

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
14	AÖE/039/2025	Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans sowie Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 15.12.2005 sowie der Änderung der Gebührentarife	36
15	APS/043/2025	Reflexion und Fortschreibung ZUKUNFT QUARTIER.DÜSSELDORF	50
16	APS/044/2025	Erarbeitung eines integrierten energetischen Quartierskonzepts für Friedrichstadt	53
17	APS/049/2025	Bebauungsplan-Entwurf Nr. 03/007 – Westlich Hinter der Böck	37
18	APS/061/2025	Flächennutzungsplanänderung Nr. 182 (Entwurf) – Westlich Hinter der Böck	38
19	APS/067/2025	Umbenennung des „Jürgensplatz“ im Stadtbezirk 3 in „Edith-Fürst-Straße“ und Benennung der Platzfläche vor dem Polizeipräsidium und dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung in „Am Polizeipräsidium“	55
20	APS/068/2025	Förderprojekt KreativRaum D – Teilbaustein Umsetzungsstrategie Zukunft Altstadt Innenstadt	39
21	APS/070/2025	Entwicklung Tetelberg – Beauftragung einer externen Projektsteuerung	55
21.1	RAT/269/2025	Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	55
22	APS/072/2025	3. Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP NRW)	39
23	RAT/232/2025	Kenntnisnahme des Jahresabschlusses 2024 der Stadtparkasse Düsseldorf, Beschluss zur Gewinnverwendung sowie Entlastung der Sparkassenorgane für das Jahr 2024	39
24	HFA/020/2025	Beteiligungsbericht 2023 der Landeshauptstadt Düsseldorf	40
25	JHA/038/2025	Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in Tagespflege und im Rahmen der Ganztagsbetreuung im Primarbereich	40
26	KUA/018/2025	Rahmenverträge für die freie Szene	58
26.1	RAT/263/2025	Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion	58
26.2	RAT/264/2025	Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke	58
26.3	RAT/274/2025	Änderungsantrag der Ratsfraktionen SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen	58
27	KUA/036/2025	Grabbeplatz 4, Kunsthalle Düsseldorf – Gesamtanierung mit Schwerpunkt auf energetischer Optimierung	vertagt
28	KUA/088/2025	Weiterentwicklung der Wochenendöffnung von Stadtbüchereien	41
29	KUA/101/2025	Restitution eines Gemäldes	41

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
30	KUA/102/2025	Abgabe eines stehenden Angebots für die Schiedsgerichtsbarkeit NS-Raubgut	42
31	KUA/115/2025	Deutsche Oper am Rhein, Verlängerung der Theatergemeinschaft	42
32	OVA/067/2025	Neubau der Theodor-Heuss-Brücke	43
33	OVA/089/2025	Bedarfs-, Umsetzungs- und Finanzierungsbeschluss – Modernisierung der Leitstelle des Ordnungsamtes im Rahmen des Projektes „PrOSiD 2021“	43
34	OVA/090/2025	Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss zur Neugestaltung der Mühlenstraße	63
34.1	OVA/110/2025	Ergänzungsantrag der Ratsfraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen	63
35	SCHUA/029/2025	Schulorganisatorische Maßnahmen zur Umsetzung des sukzessiven Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz ab dem Schuljahr 2026/27 im Primarbereich (SOM IX)	65
36	SCHUA/031/2025	Zukunftsfähige Ausrichtung des Schulstandortes Bachstraße 8	44
37	SEBD/020/2025	Kittelbach – Sanierung Durchlass Heinrichstraße / Münsterstraße (W-0028000000) – Bedarfsbeschluss	45
38	SPOA/024/2025	Mehr Flächen für den Sport: Sportorganisatorisches Maßnahmenpaket	45
39	SPOA/037/2025	Umsetzung Bäderkonzept 2020: Neubau Hallenbad Unterrath	70
40	RAT/193/2025	Bestätigung der stimmberechtigten Mitglieder der Fraktionen für den Behindertenrat	45
41	RAT/194/2025	Bestätigung der stimmberechtigten Mitglieder der Fraktionen für den Seniorenrat	46
42	RAT/213/2025	Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien	46
43	RAT/224/2025	Verbandsversammlung des Zweckverbandes IT-Kooperation Rheinland – Ersatzbestellung	47
44	RAT/225/2025	Mitgliederversammlung des Vereins „Metropolregion Rheinland e. V.“ – Ersatzbestellung	47
45	RAT/227/2025	Verwaltungsrat der Stadtparkasse Düsseldorf – Ersatzwahl	47
46		Anträge	
46.1	JHA/055/2025	Antrag der Ratsfraktionen SPD und Die Linke: Evaluierung der OGS-Ferienbetreuungsangebote	77
46.2	RAT/228/2025	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Durchführung eines Ratsbürgerentscheids über die Weiterführung des Vorhabens eines Opernneubaus („Opernhaus der Zukunft“)	80
46.2.1	RAT/266/2025	Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion	80

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
46.3	RAT/229/2025	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Wettbewerb Neubau der Düsseldorfer Oper: Entwürfe der 2. Phase jetzt veröffentlichen	89
46.4	RAT/230/2025	Antrag der FDP-Ratsfraktion: Mehr Wohnraum für Düsseldorf – Handlungsspielräume strategisch nutzen	91
46.5	RAT/238/2025	Antrag der SPD-Ratsfraktion: (Wieder-) Herstellung und Schutz der Biodiversität am Himmelgeister Deich	96
46.6	RAT/239/2025	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Lastenräder auch für Düsselpassberechtigte erhältlich machen	102
46.7	RAT/243/2025	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Bürokratische Hürden abbauen – wirtschaftliche Entwicklung in Düsseldorf stärken	nicht behandelt
46.7.1	RAT/268/2025	Ergänzungsantrag der FDP-Ratsfraktion	nicht behandelt
46.8	RAT/248/2025	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Änderung der Wohnraumschutzsatzung	nicht behandelt
46.9	RAT/249/2025	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Resolution: Keine Bundeswehr an Düsseldorfer Schulen	nicht behandelt
46.10	RAT/250/2025	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Entmietungen stoppen – soziale Erhaltungssatzung für Golzheim jetzt!	nicht behandelt
46.11	RAT/253/2025	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Mut beweisen, endlich handeln: Weitere soziale Erhaltungssatzungen für Düsseldorf	nicht behandelt
46.11.1	RAT/270/2025	Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	nicht behandelt
46.12	RAT/241/2025	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Initiative zur Unterstützung der Düsseldorfer Gastronomie	nicht behandelt
46.12.1	RAT/267/2025	Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion	nicht behandelt
46.13	RAT/237/2025	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Stadtsauberkeitsoffensive von Angermund bis Hellerhof: Eine saubere Stadt für alle	nicht behandelt
46.14	RAT/242/2025	Antrag der SPD-Ratsfraktion: 100 Trinkbrunnen bis 2026 für Düsseldorf	nicht behandelt
46.15	RAT/256/2025	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Optimierung des fließenden Verkehrs: Fuß, Rad, Bus und Bahn, motorisierter Individualverkehr	nicht behandelt
46.15.1	RAT/265/2025	Ergänzungsantrag der SPD-Ratsfraktion	nicht behandelt
46.16	RAT/257/2025	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Umsetzung des Ganztagsrechtsanspruchs in Düsseldorf	nicht behandelt
46.17	RAT/247/2025	Antrag der AfD-Ratsfraktion: Automatisierte Parkhäuser für Düsseldorf	nicht behandelt
47	APS/087/2025	Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Nr. 07/019 – Glasmacherviertel	73

II. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
1		Anerkennung der Tagesordnung	2
2		Genehmigung der Niederschriften über die nichtöffentlichen Teile der Sitzungen vom 26.2.2025 (SI-RAT/002/2025) und 10.4.2025 (SI-RAT/003/2025)	2
3	JHA/054/2025	Vorvertrag über den Abschluss eines Mietvertrages mit Kaufoption einer Einrichtung der Jugendhilfe	2
4	OVA/004/2025	Abschluss eines Pachtvertrages	2
5	RAT/202/2025	Arbeitszeitreduzierung eines Bediensteten mit Führungsfunktion	6
6	RAT/220/2025	Bestellung einer Geschäftsführung	6
7	RAT/221/2025	Personalangelegenheit	6
8	RAT/222/2025	Personalangelegenheit	6
9	SEBD/027/2025	Beteiligungsangelegenheit – Beschluss	7
10		Grundstücksangelegenheiten	
10.1	APS/026/2025/2	Grundstücksangelegenheit	8
10.2	APS/057/2025	Grundstücksangelegenheit	9
10.3	APS/069/2025	Grundstücksangelegenheit	9
10.4	APS/135/2023/1	Grundstücksangelegenheit	10
11	RAT/262/2025	Grundstücksangelegenheit	10

Anwesend:

a) vom Rat

Oberbürgermeister	Dr. Keller	Vorsitzender
Ratsherr	Albes	SPD
Ratsherr	Angerhausen	CDU
Ratsherr	Auler	CDU
Ratsfrau	Bednarski	SPD
Ratsfrau	Böcker	CDU
Ratsherr	Born	Die Linke
Ratsherr	Bremer	CDU
Ratsherr	Buschhausen	CDU
Ratsherr	Cardeneo	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Charchira	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Cordes	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Czerwinski	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	von Dahlen	CDU
Ratsherr	Droste	FDP
Ratsherr	El Ghazali	SPD
Ratsfrau	Elsholz	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Figge	SPD
Ratsherr	Dr. Fils	CDU
Ratsfrau	Fobbe	SPD
Ratsfrau	Frey	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Fleckner-Olbermann	SPD
Ratsfrau	Gelbke-Mößmer	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeisterin	Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Dr. Graeßner	Bündnis 90/Die Grünen (bis 20 Uhr)
Ratsherr	Hartnigk	CDU
Ratsfrau	Hebeler	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Heyden	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeister	Hinkel	CDU
Ratsfrau	Holtmann-Schnieder	SPD
Ratsherr	Jenöffy-Lochau	FDP
Ratsherr	Jörres	AfD
Ratsfrau	Klinke	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Kraljic	AfD
Ratsherr	Kretschmann	CDU
Ratsfrau	Krüger	Tierschutz/Freie Wähler
Ratsherr	Kühbacher	SPD (ab 16 Uhr)
Ratsfrau	Lehmann	Die Linke
Ratsherr	Lemmer	Tierschutz/Freie Wähler
Ratsfrau	Löffler	Bündnis 90/Die Grünen (ab 15.30 Uhr)
Ratsfrau	Mansheim	CDU
Ratsfrau	Marmulla	Die Linke (bis 18.20 Uhr)
Ratsherr	Mauersberger	CDU
Ratsherr	Mielczarek	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Mirus	Die Partei-Klima-Fraktion
Ratsfrau	Dr. Möller	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Montanus	FDP
Ratsherr	Münter	CDU
Ratsfrau	Opelt	AfD
Ratsherr	Dr. Panhaus	SPD
Ratsfrau	Penack-Bielor	CDU
Ratsfrau	Dr. Proschmann	SPD
Ratsfrau	Dr. Rachner	FDP
Ratsherr	Rasp	SPD

Ratsherr	Raub	SPD
Ratsherr	Rehne	FDP
Ratsherr	Rohloff	FDP
Ratsherr	Rütz	CDU
Ratsherr	Saitta	CDU
Ratsherr	Schenk	SPD
Ratsfrau	Schentek	CDU
Ratsfrau	Schmidt	CDU
Ratsherr	Schmidt	CDU
Ratsherr	Dr. Schork	FDP
Ratsherr	Dr. Schröder	CDU
Ratsherr	Schwenk	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Speit	CDU
Ratsfrau	Spillner	SPD
Ratsherr	Stieber	CDU
Ratsherr	Sültenfuß	CDU
Ratsherr	Thämer	CDU
Ratsherr	Tischendorf	CDU
Ratsfrau	Tonsen	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Tups	CDU
Ratsherr	Tussing	CDU
Ratsherr	Volkenrath	SPD
Ratsfrau	Vorspel	Die Linke
Ratsherr	Warnecke	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Wiedon	CDU
Ratsherr	Wolf	Bündnis 90/Die Grünen (ab 15.30 Uhr)
Bürgermeisterin	Zepuntke	SPD

b) von der Verwaltung:

Stadtdirektor Hintzsche
 Stadtkämmerin Schneider
 Beigeordnete Zuschke
 Beigeordneter Zaum
 Beigeordnete Koch
 Beigeordneter Wagner

Entschuldigt:

Beigeordneter Kral		
Ratsherr	Fischer	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Fix	Die Partei-Klima-Fraktion
Ratsfrau	Goldberg-Hammon	SPD
Ratsherr	Hartmann	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Labouvie	CDU
Ratsfrau	Mucha	CDU
Ratsherr	Neuenhaus	FDP
Ratsherr	Schulte	Die Partei-Klima-Fraktion
Ratsherr	Dr. Schulz	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Vatalis	SPD

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14.08 Uhr

Oberbürgermeister Dr. Keller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 38. Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner 17. Wahlperiode heute, am Donnerstag, den 10. Juli 2025, hier im Plenarsaal. Wie immer laufen seit Eröffnung der Sitzung die Liveübertragung und die Aufzeichnung. Die Speicherung der Ratssitzung gemäß Beschluss des Rates vom 10.9.2015 steht ab kommendem Montag, 14 Uhr, zum Abruf bereit. Gemäß § 3 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung endet die Abrufmöglichkeit mit der Genehmigung der Niederschrift der betreffenden Sitzung durch den Rat. Der Übertragung zugestimmt, aber der Speicherung widersprochen haben Ratsfrau Heyden und Ratsherr Tussing.

Ich darf sehr herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer vor Ort und am Stream sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, unsere Gaststenografin und Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdensprachdolmetscher am Stream begrüßen. Ich darf ganz besonders die Laufbahnlehrgänge LL1 2024 und LL1 2024/3 vom Studieninstitut begrüßen. Das sind angehende Verwaltungswirtinnen und Verwaltungswirte des mittleren nichttechnischen Dienstes. Herzlich willkommen oben auf der Tribüne!

(Allgemeiner Beifall)

Ich freue mich, dass sich der Verwaltungsnachwuchs auch für die politische Arbeit interessiert. Herzlich willkommen in unserer Sitzung!

Wir fahren fort mit einigen Hinweisen zur heutigen Sitzung des Rates. Wir haben zwei Geburtstage, die ich besonders würdigen möchte. Denn Ratsfrau Frey hat ihren 70. Geburtstag vollendet, und zwar heute.

(Allgemeiner Beifall)

Auch wenn es kein runder Geburtstag ist: Ratsherr Sültenfuß feiert ebenfalls heute seinen Geburtstag. Deshalb Ihnen beiden ganz herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Vielleicht kommen Sie ganz kurz nach vorn, wir haben nämlich Blumen für Sie.

(Oberbürgermeister Dr. Keller überreicht Ratsfrau Frey [Bündnis 90/Die Grünen] und Ratsherrn Sültenfuß [CDU] einen Blumenstrauß. – Es werden Fotos gemacht.)

Allen anderen, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten, gratuliere ich pauschal: Herzlichen Glückwunsch!

Wir haben heute eine Reihe von Abwesenheiten zu verzeichnen. Ganztägig abwesend sind Ratsherr Fischer, Ratsherr Hartmann, Ratsherr Dr. Schulz, Ratsherr Fix und Ratsherr Neuenhaus. Bis 15 Uhr ist Ratsherr Wolf nicht dabei und bis 15.30 Uhr Ratsfrau Löffler. Ab 20 Uhr ist Ratsherr Dr. Graeßner nicht mehr in der Sitzung.

Es ist Pairing vereinbart ganztägig zwischen Ratsfrau Goldberg-Hammon und Ratsfrau Mucha sowie zwischen Ratsherrn Vatalis und Ratsherrn Labouvie. Bis 16 Uhr pairen Ratsherr Kühbacher und Ratsherr Angerhausen.

Die Redezeitbegrenzung richtet sich nach der Geschäftsordnung des Rates. Anfragen werden mündlich in dem dafür vorgesehenen zeitlichen Rahmen beantwortet. Zudem hatten wir uns darauf verständigt, dass die 20-Uhr-Grenze für heute grundsätzlich gilt.

Nachrufe: Beigeordneter a. D. Bernd Dieckmann und Ratsherr a. D. Manfred Graff

Oberbürgermeister Dr. Keller: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor Eintritt in die Beratung zur heutigen Tagesordnung bitte ich Sie um ein Gedenken für zwei besondere Persönlichkeiten.

Uns erreichte die traurige Nachricht, dass Bernd Dieckmann, ehemaliger Beigeordneter für Kultur und Theater der Landeshauptstadt Düsseldorf, am 16. Juni im Alter von 95 Jahren verstorben ist.

Bernd Dieckmann war von 1972 bis 1992 als Kulturdezernent tätig. In diesen zwei Jahrzehnten prägte er mit beeindruckender Tatkraft und großer Leidenschaft das kulturelle Leben Düsseldorfs. Als kunstsinniger Mensch sah er Kultur als integralen Bestandteil des Lebens in unserer Stadt. Mit Weitsicht und Überzeugungskraft setzte er sich konsequent für die Stärkung der kulturellen Infrastruktur ein. Besonders die finanzielle Ausstattung des Kultursektors war ihm ein zentrales Anliegen. Er schuf auf diese Weise die Voraussetzungen für die Stärkung der etablierten Institutionen. Aber auch die Förderung der freien Szene und junger Künstlerinnen und Künstler lag ihm am Herzen.

Während seiner Amtszeit entwickelte sich eine lebendige, vielfältige Kunst- und Kulturszene in Düsseldorf. 1976 wurde das „Junge Schauspiel“ als eigene Sparte des Düsseldorfer Schauspielhauses ins Leben gerufen und der Bau einer eigenen Spielstätte in die Wege geleitet: an der Münsterstraße, wo 1993 die Eröffnung stattfand. Auch die Entstehung der „Werkstatt für Tanz, Theater, Malen, Werken und Gestalten“ im Jahr 1978, der Vorläuferin des heutigen tanzhaus nrw, wurde von ihm gefördert. Darüber hinaus war er ein wichtiger Fürsprecher junger Musikerinnen und Musiker in der Stadt, was sich auch in der engen Verbundenheit zum Städtischen Musikverein zu Düsseldorf e. V. widerspiegelte.

Unter Bernd Dieckmanns Ägide wurden zudem bedeutende Projekte wie die Neueröffnung der Tonhalle 1978 realisiert. 1986 folgte die Einweihung des Neubaus der Kunstsammlung NRW am Grabbplatz – ein architektonisches und künstlerisches Signal weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Auch nach dem Ende seiner Amtszeit engagierte er sich weiterhin im kulturellen Leben der Stadt. Als Mitglied des Fördervereins Schumann-Haus setzte er sich für die Zukunft des ehemaligen Wohnhauses von Clara und Robert Schumann als Museum ein. Das Musikprojekt „SingPause“, das Kinder durch gemeinsames Singen musikalisch fördert, unterstützte er ebenfalls mit großer Überzeugung. Für seine herausragenden Verdienste um die Landeshauptstadt erhielt Bernd Dieckmann im Jahr 1984 den Ehrenring des Rates der Stadt.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf verliert mit ihm eine Persönlichkeit, die über Jahrzehnte hinweg bleibende Spuren hinterlassen hat. Wir werden Bernd Dieckmann ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.

Ebenfalls von uns gegangen ist der ehemalige Ratsherr Manfred Graff. Er verstarb am 21. Juni im Alter von 91 Jahren.

Manfred Graff war jahrzehntelang kommunalpolitisch aktiv. Bereits 1976 begann er als Bürgermitglied. 1988 wechselte er in den Stadtrat, in dem er als Mitglied der CDU-Ratsfraktion bis zum Ende der Wahlperiode 1989 erste Impulse setzen konnte. Zwischen 1989 und 1994 setzte er sein kommunalpolitisches Wirken als Bürgermitglied fort, ehe er ab 1994 erneut in den Stadtrat gewählt wurde. Bis 2004 gehörte er diesem Haus an.

In den langen Jahren seines kommunalpolitischen Wirkens gehörte Manfred Graff zahlreichen Ausschüssen des Rates und anderer Gremien an. Er widmete sich dabei unterschiedlichsten

Themen. Die Bandbreite reichte von den Themen Bauen und Finanzen bis hin zu Kultur, Bildung und Schule. So war er Mitglied des Bauausschusses, des Haupt- und Finanzausschusses, Mitglied des Ältestenrates und des Verwaltungsrates der Stadt-Sparkasse.

Mit dem Thema Kultur befasste er sich im Kulturausschuss, im Kuratorium der VHS, im Kuratorium des Pädagogischen Instituts, im Kuratorium des Goethe-Museums und in der Theatergemeinschaft Düsseldorf–Duisburg.

Immer brachte sich Manfred Graff mit Sachkenntnis, einem reichen Erfahrungsschatz und Empathie ein. So war er ein gefragter Ratgeber und Fürsprecher für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Ganz besonders lagen Manfred Graff jedoch alle Fragen von Bildung und Schule am Herzen. Hier war der Schwerpunkt seiner Arbeit – sowohl seines kommunalpolitischen Engagements als auch seiner Berufstätigkeit. Seine zahlreichen Erfahrungen als Lehrer und seine große Menschenkenntnis kamen ihm bei seiner langjährigen Tätigkeit als Vorsitzender des Schulausschusses und des Ausschusses für Schulgebäudesanierung zugute. In beiden Gremien übernahm Manfred Graff als Vorsitzender zusätzliche Verantwortung. Immer setzte er sich mit großem Verständnis, mit Einfühlungsvermögen und Know-how für die Belange von Kindern und Jugendlichen ein.

Wie sehr Manfred Graff von den Kolleginnen und Kollegen des Rates geschätzt wurde, zeigte sich auch darin, dass er zwischen 1997 und 1998 Fraktionsgeschäftsführer der CDU-Ratsfraktion war. Zwischen 1998 und 2002 bekleidete er außerdem das Amt des Fraktionsvorsitzenden.

Für sein langjähriges Engagement wurde Manfred Graff 2004 mit dem Ehrenring des Rates geehrt. Im Jahr 2004 erhielt er außerdem das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Wir werden Manfred Graff ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. – Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

1 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich darf Sie erneut bitten, sich zu erheben. Zudem darf ich Ratsherrn Jenöffy-Lochau als Nachfolger von Ratsfrau Lehmhaus zu mir nach vorn bitten.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich darf Sie bitten, mir nachzusprechen.

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Düsseldorf erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Herzlich willkommen und auf gute Zusammenarbeit!

(Allgemeiner Beifall – Es werden Fotos gemacht. – Ratsherr Rohloff [FDP] und Ratsfrau Dr. Rachner [FDP] überreichen einen Blumenstrauß.)

Noch einmal herzlich willkommen, Ratsherr Jenöffy-Lochau!

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

2

Anerkennung der Tagesordnung

Oberbürgermeister Dr. Keller: Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung rechtzeitig zugegangen. Sie haben für die Sitzung zwei Nachlieferungen erhalten.

Eine erste Nachlieferung ist Ihnen am Donnerstag, dem 03.07.2025, zugegangen. Mit dieser wurde die Tagesordnung um TOP 47 – das ist die Vorlage APS/087/2025: „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Nr. 07/019 – Glasmacherviertel“ – ergänzt.

Eine zweite Nachlieferung erhielten Sie am Mittwoch, dem 09.07.2025. Mit dieser wurde der TOP 42 – das ist die Umbesetzungsvorlage mit der Vorlagennummer RAT/213/2025 – nachgereicht.

Der Tagesordnung neu hinzugefügt wurden folgende Ergänzungs- und Änderungsanträge: unter TOP 21.1, RAT/269/2025, ein Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Vorlage APS/070/2025, unter TOP 26.1, RAT/263/2025, ein Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion zur Vorlage KUA/018/2025, unter TOP 46.7.1 ein Ergänzungsantrag der FDP-Ratsfraktion zur Ratsvorlage RAT/243/2025, unter TOP 46.11.1 ein Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Ratsvorlage RAT/253/2025, unter TOP 46.12.1 ein Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion zur Ratsvorlage RAT/241/2025, unter TOP 46.15.1 ein Ergänzungsantrag der SPD-Ratsfraktion zur Ratsvorlage RAT/256/2025.

Mit den heutigen Tischvorlagen liegen Ihnen zwei Änderungsanträge unter den TOPs 26.2 – das ist ein Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke zur Vorlage KUA/018/2025 – und 46.2.1 – ein Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion zur Ratsvorlage RAT/228/2025 – vor.

Ich schlage Ihnen vor, den TOP 47 vor die Anträge zu ziehen, da es sich um eine Verwaltungsvorlage handelt. Gibt es Ihrerseits Hinweise zur Tagesordnung? – Ratsherr Raub und Ratsherr Hartnigk haben sich gemeldet. – Sie haben das Wort, Ratsherr Raub.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kündige zunächst an, dass wir unseren Änderungsantrag unter TOP 26.1 zurückziehen, da er im Laufe der Sitzung durch einen interfraktionellen Änderungsantrag ersetzt wird.

Dann melde ich Beratungsbedarf zu Tagesordnungspunkt 27, Kunsthalle Grabbeplatz, an – das darf ich zugleich für die CDU-Ratsfraktion tun – und bitte darum, die Vorlage heute nicht zu behandeln.

Darüber hinaus bitten wir, die Tagesordnungspunkte 46.10 – das ist der Antrag der Linken: „Entmietungen stoppen – soziale Erhaltungssatzung für Golzheim jetzt!“ – und 46.11 – unser Antrag: „Mut beweisen, endlich handeln: Weitere Soziale Erhaltungssatzungen für Düsseldorf“ – zusammen aufzurufen, zu beraten und abzustimmen. Das hieße dann natürlich auch, dass der Änderungsantrag vom Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls damit aufgerufen wird. Das ist, glaube ich, erst einmal alles dazu von mir. – Danke schön.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hat sich die Wortmeldung bei der CDU-Fraktion erledigt?

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ja!)

Gibt es weitere Wünsche zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Tagesordnung mit den von Ratsherrn Raub vorgetragenen Änderungswünschen. Möchte sie jemand nicht in diesem Sinne genehmigen oder sich enthalten? – Dann haben wir die Tagesordnung einstimmig so **anerkannt** und verfahren entsprechend.

3

Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Teile der Sitzungen vom 26.2.2024 (SI-RAT/002/2025) und 10.4.2025 (SI-RAT/003/2025)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Die Niederschriften liegen Ihnen vor. Ich glaube, wir sollten sie getrennt abstimmen. Zunächst die Niederschrift vom 26. Februar, Sitzung RAT/002/2025: Wird hierzu noch einmal das Wort gewünscht? – Möchte sie jemand nicht genehmigen oder sich enthalten? – Enthaltung bei Rats Herrn Jenöffy-Lochau. Dann ist das so **genehmigt**.

Die Niederschrift vom 10. April, Sitzung RAT/003/2025: Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Enthaltung bei Rats Herrn Jenöffy-Lochau. Damit ist das einstimmig so **genehmigt**.

4

Anfragen aus aktuellem Anlass

Oberbürgermeister Dr. Keller: Es wurden keine aktuellen Anfragen eingereicht.

5

Anfragen

Oberbürgermeister Dr. Keller: Für die Beantwortung der regulären Anfragen stehen 45 Minuten Zeit zur Verfügung. Es gibt die Möglichkeit, bis zu vier Zusatzfragen zu stellen, wobei das Recht der ersten Zusatzfrage bei der anfragestellenden Fraktion liegt.

5.1

Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Bleibt die Verkehrswende auf der Strecke?

RAT/209/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Rats Herr Kühbacher, bitte zur Einbringung. Sie haben das Wort.

Rats Herr Kühbacher (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörende und Zusehende! Der Verkehrsentwicklungsplan wurde 2006 verabschiedet und nach vielen Fortschreibungen dann im Jahr 2019 durch den Mobilitätsplan D ersetzt beziehungsweise fortgeführt.

Wenn man sich bei uns die Verkehrsinfrastruktur anschaut, stellen sich die Bürgerinnen und Bürger die Fragen, wie wir sie in den ersten beiden Fragen formuliert haben, nämlich: Wie sieht es mit der Umsetzung der Verkehrswende aus? Wann kommen die Radinfrastrukturen, wie sie auch angekündigt sind? – Deshalb bitten wir darum, unsere Fragen dahin gehend zu beantworten und uns zu erklären, wie viel Radinfrastruktur neu gebaut wurde und wie es sich mit den Radleitrouten verhält, insbesondere wann die Machbarkeitsstudien auf den Weg gebracht werden, damit wir auch fortschreiten können. Und die letzte Frage: Wann werden der Mobilitätsplan D und die Merit Order Verkehr fortgesetzt und endlich auf den Weg gebracht? – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Rats Herr Kühbacher. – Ich darf Frau Beigeordnete Zuschke bitten, die Frage zu beantworten, weil der zuständige Dezernent heute erkrankt ist.

(Beigeordnete Zuschke: Einen kleinen Moment! Wir müssen noch umsortieren!)

– Ja.

(Beigeordnete Zuschke: Bei uns stehen die Radwege!)

– Ja, ganz genau. Es bleibt auch bei den Radwegen. Es geht um die Verkehrswende, aber in erster Linie um Radwege.

(Beigeordnete Zuschke: Ja, dazu gibt es noch eine Anfrage!)

– Wir sprechen von der Anfrage RAT/209/2025: „Bleibt die Verkehrswende auf der Strecke?“ – Diese sollte eigentlich das Verkehrsdezernat beantworten. – Bitte, Frau Zuschke, Sie haben das Wort.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, dass wir uns noch einmal vergewissert haben. Die Merit Order und der Mobilitätsplan D kommen zu späterer Stunde noch einmal in Anträgen zur Sprache, deshalb war ich ein wenig verwirrt. Ich will aber gern die Anfrage, die sich unter RAT/209/2025 verbirgt, beantworten.

Die erste Frage lautet wie folgt: Wie viele Kilometer Radwege sind insgesamt in den Jahren 2021 bis 2025 in Düsseldorf neu entstanden? Bitte aufschlüsseln nach Radleitrouten, Radhauptnetz und Bezirksnetzen nach Stadtbezirken.

Die Antwort lautet wie folgt: Im Zeitraum von 2021 bis 2025 wurden zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um das Radwegenetz in Düsseldorf weiter auszubauen und die bestehenden Wege sicherer und komfortabler zu gestalten.

Zwischen 2021 und 2025 sind insgesamt 33,01 Kilometer neue Radwege entstanden. Die genaue Aufschlüsselung entnehmen Sie bitte der beiliegenden Tabelle, bei der ich nur die letzten Zahlen zusammengefasst vorlese, und zwar: Radleitroute 8,82 Kilometer, Radhauptnetz 20,91 Kilometer, das Bezirksradnetz 1,3 Kilometer und darüber hinaus sonstige Maßnahmen 1,98 Kilometer. Das macht etwas über 33 Kilometer.

Neben den Hauptmaßnahmen zum Ausbau des Radhauptnetzes gab es eine Vielzahl punktueller Verbesserungen für den Radverkehr. Zusätzlich wurde die bestehende Radinfrastruktur durch gezielte Sanierungsmaßnahmen instandgehalten.

Die aufgeführten Zahlen beziehen sich auf die addierte Länge einzelner Maßnahmen. Sie geben jedoch nicht unmittelbar Aufschluss darüber, wie viele durchgehende Netzabschnitte tatsächlich neu entstanden sind. Dieser qualitative Aspekt lässt sich nicht aus der Gesamtlänge ableiten; dies wurde bereits mehrfach thematisiert. Die Verbesserung der Gesamtlage geht deutlich über diese 33 Kilometer hinaus.

Der aktuelle Sachstand 2025. Die Entwicklung des Modal Split macht den Wandel hin zu einer nachhaltigen Mobilität deutlich: 76 Prozent aller Wege in Düsseldorf werden bereits heute im Umweltverbund – das bedeutet Fuß, Rad und ÖPNV – zurückgelegt. Der Radverkehr nimmt dabei eine zunehmend wichtige Rolle ein. So ist der Anteil des Radverkehrs in den letzten Jahren von 18 auf 21 Prozent gestiegen – ein deutliches und erfreuliches Wachstum. Auch die aktuellen Nutzungszahlen bestätigen diesen Trend: Bis zum 31. Mai 2025 wurden an den 13 Dauerzählstellen stadtweit bereits über 2,5 Millionen Radfahrende gezählt. Das entspricht einem Plus von mehr als 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr – bezogen auf denselben Zeitraum; wir sind ja noch nicht am Jahresende. Die Stadt setzt somit auch im Jahr 2025 den Ausbau der Radinfrastruktur konsequent fort.

Die Bilanz zur Radinfrastruktur 2025 bei Aus- und Neubauprojekten in Düsseldorf – Stand Juni –: Auch im Jahr 2025 schreitet der Ausbau der Radinfrastruktur in Düsseldorf weiter voran. Einige Projekte wurden bereits abgeschlossen, andere befinden sich in der Umsetzung oder Vorbereitung. Im Fokus stehen sowohl Maßnahmen des Radhauptnetzes als auch gezielte Verbesserungen im Bestand.

Kursorisch geht es jetzt voran.

Erstens. Ausbau Radhauptnetz/Neubaumaßnahmen:

- Am Wehrhahn, Länge 150 Meter, 2024 begonnene Arbeit zur Einrichtung einer Fahrradstraße, wurde in 2025 abgeschlossen.
- Limburgstraße/Gutenbergstraße: Baubeginn auf der Gutenbergstraße zur Einrichtung einer Fahrradstraße im Mai 2025, Fortsetzung der Arbeiten auf der restlichen Strecke ab Juli. Länge: 1.000 Meter.
- Hildener Straße: Im ersten Quartal 2025 haben die Arbeiten zur umfassenden Neugestaltung inklusive neuer Radverkehrsanlagen begonnen. Länge: 400 Meter.
- Friedrichstraße: Die Arbeiten an dieser zentralen Radverkehrsachse wurden Ende 2024 begonnen und werden in diesem Jahr fortgeführt. Es entsteht ein neuer Radfahrstreifen. Länge: 1.000 Meter.
- Duisburger Straße/Vagedesstraße: Markierungsarbeiten zur Einrichtung von Radfahrstreifen auf beiden Straßenseiten sind für den Sommer geplant. Die Markierung im Kreuzungsbereich Vagedesstraße/Adlerstraße und die Vagedesstraße wird in diesem Zuge ebenfalls erneuert. Länge: 2.300 Meter.
- Auf'm Hennekamp: Der Ausbau des kombinierten Geh- und Radwegs zwischen Mecumstraße und Brinckmannstraße startet im dritten Quartal 2025. Länge: 150 Meter.
- Moritz-Sommer-Straße: Der Geh- und Radweg zwischen der Moritz-Sommer-Straße und dem S-Bahnhof Volksgarten soll verbreitet werden. Länge: 85 Meter.
- Deikerstraße: Neubau Gehweg und Radweg (roter Asphalt) auf der westlichen Straßenseite. Länge: 200 Meter.

Zweitens. Radleitrouten.

Nord-Süd-Radleitroute 1:

Ein wichtiger Meilenstein ist der Baustart der Nord-Süd-Radleitroute 1, das bislang größte Infrastrukturprojekt für den Radverkehr in Düsseldorf. Die Nord-Süd-Radleitroute 1 wurde als Verteilachse geplant und ergänzt das Radhauptnetz und das Bezirksnetz. Mit einer Gesamtlänge von 10,3 Kilometern verbindet sie den nördlichen und südlichen Teil Düsseldorfs miteinander. Durch die auf der Strecke liegenden überregionalen Rheinradweg, die D-Route 8, wird auch der touristische Radverkehr angeschlossen. Zur effizienteren baulichen Umsetzung der gesamten Trasse wurde die Radleitroute 1 in vier Abschnitte unterteilt. Begonnen wurde Ende 2024 mit dem südlichsten Abschnitt von der Rheinkniebrücke bis zum Südring.

Es folgen jetzt die Auflistungen aller einzelner Kilometer, die Sie bitte dem Bericht entnehmen.

Die Arbeiten im Abschnitt 1 – das ist die Rheinkniebrücke bis zum Südring – laufen auf Hochtouren. Folgende Teilabschnitte wurden bereits erfolgreich abgeschlossen:

- rund 400 Meter Moselstraße bis Ernst-Gnoß-Straße,
- die Verbindung von der Rheinuferpromenade bis zur Moselstraße,
- die Einrichtung der Fahrradstraße auf der Moselstraße mit Aufpflasterungen und Markierungen,
- der Zweirichtungsradweg vom Fürstenwall bis zur Ernst-Gnoß-Straße,
- die Modernisierung des Verkehrsknotens an der Ernst-Gnoß-Straße – sogar früher als geplant, nämlich Fertigstellung Mitte Mai.

Im weiteren Verlauf sind die Arbeiten auf dem Teilabschnitt Lahnweg bis zur Gladbacher Straße weit fortgeschritten. Auch für die letzten Abschnitte zwischen Gladbacher Straße, Fährstraße und Südring laufen die Umsetzungsplanungen, unter anderem in enger Abstimmung mit der Netzgesellschaft Düsseldorf, die dort parallel Tiefbauarbeiten für den Fernwärmeanschluss des Gymnasiums durchführt.

Auch auf Abschnitt 2 – nördlich der Moselstraße – schreitet der Ausbau der Radleitroute 1 weiter voran. Die Sanierungsarbeiten am stark frequentierten Abschnitt zwischen Burgplatz und Rheinkniebrücke haben bereits begonnen und konnten auf ersten Teilstrecken erfolgreich abgeschlossen werden. Bereits Ende Juli starten die Bauarbeiten auch auf dem nördlichsten Abschnitt der RLR1 an der Kaiserswerther Straße.

West-Ost-Radleitroute 2:

Die West-Ost-Radleitroute 2 bietet Radfahrenden künftig eine schnellere, komfortablere und zügige Verbindung über rund 12 Kilometer von der westlichen Stadtgrenze Düsseldorfs in Lörick bis zum Neusser Tor in Gerresheim. Auch hier wurden zur effizienteren baulichen Umsetzung vier Abschnitte gebildet. Der Baustart wird aktuell fixiert und soll noch im Juni erfolgen. Die Abschnitte entnehmen Sie bitte dem Bericht.

Der offizielle Baustart für den ersten Abschnitt erfolgte im Juni 2025. Ursprünglich war der Beginn bereits für Ende März geplant, musste jedoch aufgrund des laufenden Fördermittelverfahrens verschoben werden. Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat für diesen Bauabschnitt – vom Areal Böhler bis zum Luegplatz – eine Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, EFRE, beantragt.

Aktueller Stand der Bauarbeiten: Seit dem 10. Juni laufen die ersten Maßnahmen ab der Amboßstraße in Richtung Philippus-Platz. Hier wird der Radverkehr künftig im überbreiten Seitenraum geführt, abgetrennt durch den Parkstreifen und somit sicher vom fließenden Verkehr. Ab dem 23. Juni beginnen – man muss mittlerweile „begannen“ sagen – die Markierungsarbeiten auf den ersten rund 400 Metern der neuen Radleitroute, beginnend am Areal Böhler.

Bereits fertiggestellte Teilstücke der Radleitroute 2: Die Radfahrstreifen der Luegallee wurden bereits im letzten Jahr dauerhaft eingerichtet, die Fahrradstraße Am Wehrhahn fertiggestellt.

Nächster Schritt ist der Bauabschnitt 3. Weiter geht es mit den Bauarbeiten auf dem Abschnitt 3, für den der Rat der Landeshauptstadt in seiner Sitzung am 26. Februar 2025 grünes Licht gegeben hatte. Dieser führt von der Fahrradstraße Am Wehrhahn über die Grafenberger Allee in Richtung Osten. Die Planungen für den Baustart im dritten Quartal 2025 laufen bereits.

Drittens. Optimierungsmaßnahmen und punktuelle Eingriffe.

Bereits umgesetzte Maßnahmen:

- Humboldtstraße: Anpassung und Ergänzung der Markierungen,
- Hohenzollernallee: Ergänzung fehlender Markierungen im Rahmen eines laufenden Neubauprojekts,
- Schadowstraße: Ergänzende Tests zur Markierung.

Weitere geplante punktuelle Maßnahmen:

- Werdener Straße: Maßnahme der Unfallkommission zur Optimierung des Knotens,
- Kissinger Straße: Öffnung der Einbahnstraße für den Radverkehr,
- Klopstockstraße: Öffnung der Einbahnstraße für den Radverkehr,
- Kuthsweg: Verbreiterung des Radfahrstreifens auf rund 100 Meter,
- Kappeler Straße: Verbesserung der Haltestellensituation in der Nürnberger Straße mit Blick auf die Radverkehrsführung.

Darüber hinaus gibt es weitere punktuelle Maßnahmen zur Verbesserung der Radinfrastruktur, die im Rahmen des Tagesgeschäfts umgesetzt werden. Dazu zählen unter anderem Piktogramme an Einfahrten, Rotmarkierungen an Gefahrenstellen sowie kleinere Anpassungen, die durch Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern, aus den Bezirksvertretungen oder durch städtische Kontrollen identifiziert wurden.

Viertens. Sanierungen im Bestand.

Aufgrund der guten Wetterlage in diesem Jahr konnten bereits umfangreiche Auffrischungsarbeiten realisiert werden:

- Markierung im Kreuzungsbereich Rather Straße/Heinrich-Erhardt-Straße,
- Rad- und Busspur Am Seestern,
- Markierung im Kreuzungsbereich Cranachstraße/Lindenstraße,
- Markierung im Kreuzungsbereich Klosterstraße/Worringer Straße,
- Markierung im Kreuzungsbereich Himmelgeisterstraße/Witzelstraße,
- Markierung im Kreuzungsbereich Hellerhofweg/Carlo-Schmid-Straße,
- Markierung im Kreuzungsbereich Posener Straße/Richardstraße,
- Markierung im Kreuzungsbereich Münster Straße/Toulouser Allee,
- Radweg teilweise neu markiert Fährstraße/Völklinger Straße,
- Fleher Straße: Radweg plus Straßenmarkierung erneuert sowie
- Markierung im Kreuzungsbereich Jülicher Straße/Yorckstraße.

Fünftens. Sonstige Projekte/Maßnahmen zur Optimierung der Radinfrastruktur.

Knotenpunktwegweisung: Start der Montage der Knotenpunktübersichtstafeln an den Knotenpunkten sind im Sommer geplant.

Frage 2: Wie ist der Sachstand bezüglich der Machbarkeitsstudien und Planungen zu den Radleitrouten 3 bis 6?

Antwort: Die Beauftragung der Machbarkeitsstudien für die Radleitrouten 3 bis 6 erfolgt in Abhängigkeit von den laufenden Umsetzungsplanungen der Radleitrouten 1 und 2 sowie den daraus gewonnenen Erkenntnissen. Die Verwaltung plant die weiteren Schritte unter Berücksichtigung der vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen. Für das Jahr 2025 ist die Beauftragung der Machbarkeitsstudie zur Radleitroute 3 vorgesehen. Die Ausschreibung ist aktuell für das dritte Quartal 2025 geplant.

Frage 3: Wann werden die Prozesse zur Erarbeitung des Mobilitätsplans D und der Merit Order für den Sektor Verkehr von der Verwaltung fortgeführt und dieser den Gremien zum Beschluss vorgelegt?

Antwort: Sachstand Mobilitätsplan D: Gemäß der Verordnung der Europäischen Union für den Aufbau der Transeuropäischen Verkehrsnetze vom 13. Juni 2024 ist die Stadt Düsseldorf ein städtischer Knoten. Hiermit einher geht die Pflicht zur Aufstellung eines strategischen, urbanen Mobilitätsplans – in Düsseldorf gleichzusetzen mit dem Mobilitätsplan D – bis Ende 2027. Damit einher geht also auch die Erhebung und Übermittlung von ausgewählten Verkehrsdaten. Welche Daten beziehungsweise Indikatoren zu erheben sind, wird voraussichtlich am 19. Juli 2025 seitens der Europäischen Union bekannt gegeben. Auf dieser Grundlage kann der wichtige Teil des Mobilitätsplans D zu Evaluation und Monitoring abgeglichen und finalisiert werden. Danach ist eine Einbringung in die Gremien geplant.

Sachstand Fortschreibung Merit Order: Die Fortschreibung der sogenannten Merit Order Verkehr, AUS/070/2021, soll über das geplante Controlling-Tool zur Klimaneutralität 2035 erfolgen. So ist im Konzept vorgesehen, dass Klimaschutzmaßnahmen der Stadt Düsseldorf, unter anderem auch aus dem Mobilitätsplan D und der Merit Order Verkehr, in das Controlling-Tool eingepflegt, stetig aktualisiert und deren Wirkung auf das Ziel der Klimaneutralität 2035 hochgerechnet werden. Der

aktuelle Stand auf dem Weg zur Klimaneutralität 2035, auch sektorenspezifisch, soll so jederzeit und möglichst transparent für die Öffentlichkeit und Politik einsehbar sein. Eine Fortschreibung der Merit Order Verkehr, zumindest der bisher existierenden Maßnahmen, in Form eines neuen Konzeptes wird so redundant. Die Inbetriebnahme des Controlling-Tools ist für Ende 2025 geplant. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von CDU, FDP und Ratsherrn Raub [SPD])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Frau Zuschke. – Die erste Nachfrage hat Ratsherr Kühbacher. – Sie haben das Wort, Ratsherr Kühbacher.

Ratsherr Kühbacher (SPD): Vielen Dank, Frau Zuschke, für das Verlesen der Antwort aus der Verwaltung. – Ich habe vernommen, dass Sie insbesondere bei der Antwort zu Frage 1 von den qualitativen Verbesserungen gesprochen haben, die sich durch das Vernetzen von einzelnen Maßnahmen ergeben haben. Das habe ich nicht ganz verstanden, wie man bei einem Bezirksnetz von 1,3 Kilometern Gesamtmaßnahme oder bei den Radleitrouen mit 8 Kilometern Einzelmaßnahmen hier schon von einer Qualität eines Netzes sprechen kann. Ich denke aber noch einmal darüber nach, vielleicht erschließt es sich für mich im Weiteren.

Meine Nachfrage, die ich stellen möchte, lautet wie folgt: Wenn ich jetzt die Antwort zu Frage 3 richtig verstanden habe, haben wir als Rat 2019 den Mobilitätsplan D auf den Weg gegeben und bis 2024 – Sie haben es gerade verlesen –, als neue Informationen zum Verkehrsknotenpunkt seitens der EU kamen, hat sich dann anscheinend nichts getan. Wir hatten eigentlich erwartet, dass während dieser Phase Maßnahmenpakete oder Maßnahmen entwickelt und beschlossen werden. Habe ich es richtig verstanden, dass es den fünf Jahren gar keinen Fortschritt gab und wir jetzt erst abwarten,

(Beigeordnete Zuschke: Nein!)

was die Konkretisierung bedeutet, um es dann in ein noch vorzustellendes beziehungsweise zu planendes Controlling-Tool einzupflegen, um dann irgendwann – vielleicht im Jahr 2030 – über einzelne Maßnahmen beratschlagen zu können? Können Sie mich zu diesem Zeitabschnitt etwas aufklären und uns erhellen, welches Maßnahmenpaket Mobilitätsplan D zwischen 2019 und 2024 entstanden ist?

(Beifall von Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Bitte, Frau Zuschke.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ratsherr Kühbacher, das mache ich sehr gern, weil ich mich an 2019 und an den Start des Mobilitätsplans D nämlich noch sehr gut erinnere. Wenn Sie sich vielleicht auch daran erinnern wollen: Der Mobilitätsplan D hat damals mit seiner Erhebung und seinen ersten Maßnahmenpaketen sogar das Raumwerk D überholt und ist mit rund zehn Maßnahmenpaketen geendet. Ich will sie jetzt nicht alle aufzählen, da dies zu lange dauern würde, aber das sind Maßnahmen gewesen, die sofort in die Umsetzung weitergeleitet wurden. Das waren unter anderem Maßnahmen zum Radverkehr, zum ÖPNV, zum Fußgängerverkehr wie auch Optimierungen von Ampeln, digitale Anpassungen et cetera. Diese Maßnahmen sind in der Verwaltung kontinuierlich umgesetzt worden.

Das, was ich Ihnen eben noch vorgelesen habe, sind neue Richtlinien, die sich aus der EU-Situation beziehungsweise aus der EU-Kulisse ergeben und noch einmal mit Blick auf das Thema Klimaanpassung und Klimaschutz zusätzliche Erhebungsdaten fordern und Bezugsgrundlagen bilden. Diese werden jetzt mit der Fortschreibung auch entsprechend abgebildet. Insofern kann man davon ausgehen, dass weder ein Leitbild noch ein Plan ein statisches Gebilde sind, sondern etwas, das atmet, lebt und weiterentwickelt wird. Wenn neue Rechtsgrundlagen kommen, wird es auf diese angepasst und auch in diesem Zusammenhang evaluiert. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Frau Zuschke. – Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Dann verlassen wir diesen Punkt.

5.2

Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Wann nimmt die Wohnungsbauoffensive Fahrt auf?
RAT/210/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Dr. Proschmann, Sie haben das Wort zur Einbringung.

Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD): Danke, Herr Oberbürgermeister. – Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben noch einmal eine Anfrage zur Wohnungsbauoffensive gestellt, die sich sehr konkret auf das fokussiert, was wir für das Herz der Wohnungsbauoffensive 2030 halten, nämlich die bezahlbaren Wohnungen auf den städtischen Flächen. Darauf beziehen sich auch unsere Fragen.

Wir haben gesehen, die Anfrage wurde sowohl mit einem Vorwort zur Beantwortung als auch mit einer tatsächlichen Beantwortung nun beantwortet, und würden ob der Länge auf die Verlesung verzichten wollen. Ich möchte aber sagen, dass wir nicht nur wegen der Länge auf das Verlesen verzichten, sondern auch, weil wir den Eindruck haben, dass diese Anfrage durchaus politisch beantwortet worden ist, was uns als Ratsmitgliedern nicht zusteht, politische Anfragen zu stellen. Hier wird aber eindeutig die Antwort politisiert, deshalb möchten wir gern darauf verzichten. Die Antwort ist öffentlich eingestellt; es kann sie jeder nachlesen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Ratsfrau Dr. Proschmann. – Die Verwaltung sieht das etwas anders. Die Verwaltung versteht ihre Antwort als einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion. Deshalb bitte ich die zuständige Beigeordnete, diese Antwort auf eine öffentlich gestellte Frage auch vorzutragen.

(Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD]: Aber wenn ich verzichte?)

– Nein, was die Verwaltung auf diese Frage antwortet, ist Sache der Verwaltung. Deshalb bitte ich jetzt die zuständige Beigeordnete vorzutragen. – Bitte, Frau Zuschke, Sie haben das Wort.

(Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD]: Nein, das ist nicht in Ordnung!)

– Sie haben eine Frage öffentlich gestellt, und wir antworten öffentlich. Das sehen die Spielregeln so vor. – Bitte, Frau Zuschke, Sie haben das Wort.

(Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD]: Das ist einfach nicht in Ordnung!)

Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Überschrift der Anfrage, um die es hier geht, lautet: „Anfrage der SPD-Ratsfraktion zur Sitzung des Rates am 10.07.2025: Wann nimmt die Wohnungsbauoffensive Fahrt auf?“ – Bevor wir in die konkrete Anfrage einsteigen: Ja, wir haben einen Bericht gefertigt, weil unter dem Thema der Wohnungsbauoffensive viele Punkte zu verzeichnen sind und wir denken, dass es wichtig ist, auch der Stadtbevölkerung zu signalisieren, was wir, die Verwaltung, für den Wohnungsbau in dieser Stadt tun. Deshalb möchte ich einen sehr umfassenden Bericht vorlesen. Ich bitte um Verständnis, Ihre Geduld und Aufmerksamkeit, aber, ich glaube, es ist wichtig, dass wir die Fakten auch in diesem Zusammenhang nennen.

Unser Bericht teilt sich in neun verschiedene Unterpunkte auf, wobei sich der erste Punkt um die strategischen Flächen bemüht. Sie kennen alle die Problematik der Spekulationsflächen in der Stadt, die wir hier im Einzelnen aufgelistet haben und die auch immer wieder im Controlling im

Wohnungsausschuss nachgefragt worden sind. Ich bitte, die strategischen Flächen dem Bericht zu entnehmen, und beginne mit den Flächen der Wohnungsbauoffensive, weil die Anfrage explizit auf diese Flächen abhebt.

Die städtischen Flächen der Wohnungsbauoffensive befinden sich alle im Doing. Von Beginn der Wohnungsbauoffensive an war klar, dass die Flächen sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen aufweisen, sodass jede einzelne Fläche in ihren Besonderheiten, Restriktionen und Potenzialen einzeln zu betrachten und zu entwickeln war und ist. Auf dieser Basis wurden für jede Fläche individuelle Lösungen unter Beachtung der Grundsätze des Baulandmodells und der wohnungspolitischen Ziele der Stadt Düsseldorf eruiert und entsprechende Planungsverfahren eingeleitet. Innerhalb dieser Verfahren und Beteiligungsprozesse werden nun alle erforderlichen Schritte gegangen, um die Flächen planmäßig entwickeln zu können. Erste Flächen stehen unmittelbar vor der baulichen Umsetzung. Damit tritt die Wohnungsbauoffensive zunehmend in ihre Erschließungs- und Bauphase ein.

Im Zuge der Prüfung der Entwicklungsmöglichkeiten der Flächen der Wohnungsbauoffensive hat sich in einigen Fällen gezeigt, dass dort Wohnungsbau nicht oder nicht wirtschaftlich vertretbar umsetzbar ist. Frühzeitig hat sich dies bei der Roßstraße ergeben, da das Land NRW als Eigentümer die Fläche selbst entwickeln möchte. Am Mühlenberg in Heerdt und zuletzt beim Sodener Weg in Eller hat eine intensive Betrachtung der Altlastensituation keine Spielräume für eine wirtschaftlich tragfähige Entwicklung ergeben.

Ich füge jetzt zur Wohnungsbauoffensive als Antwort die einzelnen Flächen ein. Die städtischen Flächen zuerst der Wohnungsbauoffensive befinden sich also, wie schon erläutert, in der planmäßigen Bearbeitung.

- Die Meineckestraße und der Hasseler Richtweg stehen kurz vor der baulichen Umsetzung. Bei der Meineckestraße sind die notwendigen Befreiungen nach § 31 Absatz 2 BauGB erteilt worden. Im Falle des Hasseler Richtwegs befindet sich der Bauantrag in der finalen Abstimmungsphase; das Umzugsmanagement läuft.
- Beim Zaunkönigweg ist der Bauantrag in Vorbereitung.
- Die Bergische Kaserne befindet sich im Wettbewerb, der in diesem Jahr noch abgeschlossen wird. Die sogenannte 3(1)-Beteiligung ist dann der Einstieg mit Beschluss.
- Die Fläche Am Bongard – zusammen mit der Blanckertzstraße – befindet sich im B-Plan-Verfahren und in der Ersteinbeteiligung zur Öffentlichkeitsbeteiligung.
- Zur Fläche Auf'm Tetelberg liegt dem Rat eine Beschlussvorlage vor, auf die wir später zu sprechen kommen.
- Für die Fläche Auf'm Hennekamp, die eng an die Planung und Umsetzung des TVG Neubaus geknüpft ist, wurden ein öffentlicher Workshop sowie eine ergänzende Online-Befragung durchgeführt. Das Bebauungsplanverfahren startet auf Basis des vorangegangenen qualitätssichernden Verfahrens.
- Für das Umlegungsgebiet Südlich Oberlöricker Straße wurde bereits ein Qualifizierungsverfahren und die Beteiligung nach § 3 (1) BauGB durchgeführt. Das Wettbewerbsergebnis wird derzeit überarbeitet. Die Abstimmungen mit den Flächeneigentümer*innen laufen.
- Die Ickerswarder Straße befindet sich ebenfalls im laufenden B-Plan-Verfahren. Hier wird derzeit eine Nutzung im Sinne des Beschäftigtenwohnens im Vorfeld einer Konzeptvergabe geprüft.
- Die Fläche des derzeitigen Opernfundus steht in direktem Zusammenhang mit der Planung des neuen Opernhauses. Sobald hier Klarheit herrscht, wird umgesetzt.

- Bei der Feuerwache Oberkassel sind Konzepte für eine Wohnnutzung erstellt worden. Die Umsetzung ist abhängig von der Entwicklung des neuen Standorts der Feuerwache, für den ebenfalls bereits Bebauungsvorschläge erarbeitet worden sind. Eine weitere Vertiefung der Altlastenbewertung ist in Bearbeitung, ebenso ein Vorschlag zum Flächentausch mit der Eigentümerin.
- Auch bei der Feuerwache Wersten ist die Altlastensituation ein wesentlicher Faktor, der weiterer Prüfung bedarf. Konzeptvarianten für künftige Wohnungen existieren bereits.
- Die Prüfung der Altlastensituation im Bereich Sodener Wegs/Sturmstraße wurde bereits erläutert. Hier kann nicht entwickelt werden.

Die Verwaltung hat sich jedoch von Beginn an nicht nur auf die Abarbeitung der ursprünglichen Liste von Flächen der Wohnungsbauoffensive beschränkt. Neben weiteren Vorschlägen aus der Verwaltung, die frühzeitig Eingang in die Liste der Wohnungsbauoffensive gefunden hatten, wie die Südlich Oberlöricker Straße, Am Bongard und Ickerswarder Straße, sind kontinuierlich weitere Flächen auf ihre Eignung für den Wohnungsbau überprüft und bei Vorliegen dieser in den Prozess der Wohnungsbauoffensive einbezogen worden.

Hierzu wurde das Potenzialflächenkataster entwickelt, dessen Fortentwicklung wir bereits im September 2024 im APS und Wohnungsausschuss vorgestellt haben. Durch die systematische Auswertung der verfügbaren Geodaten sind Flächen identifiziert worden, die beispielsweise durch Nachverdichtungen für Wohnbebauungen infrage kommen. Mit Hilfe spezifischer Aktivierungsstrategien werden diese in einen Aktivierungsprozess überführt. Aus dem Fundus des Potenzialflächenkatasters wurden bislang 40 Flächen beziehungsweise Flächenkonstellationen – es handelt sich nicht immer um einzelne Flächen, sondern manchmal auch um benachbarte Flächen – geprüft. Daraus ergab sich ein erstes Portfolio von circa 7,1 Hektar. Das entspricht ungefähr 300 bis 400 Wohnungen, die detektiert wurden und hier mit Flächenansprachen bei einzelnen Flächeneigentümern in die Umsetzung gehen sollen. Damit Sie sich vorstellen können, welche das sind: Am Roten Haus, das ist eine Fläche der SWD, und im Kapeller Feld haben wir nachbarschaftliche Flächen gerade im Blick und auch in der Neusser Straße.

Darüber hinaus haben wir uns mit diesen Flächenpotenzialen aber nicht zufriedengegeben, sondern sogenannte Turbo-Flächen entwickelt und erarbeitet. Diese Turbo-Flächen sind spezielle Flächen, die wir durch Baureifmachungen und Flächensanierungen überhaupt erst nutzbar machen wollen und somit im Zusammenspiel mit anderen Flächen Wohnbaupotenziale ergeben.

Hier zu erwähnen ist die Fläche „Nach den Mauresköthen“ neben dem Lager 61, in direkter Nachbarschaft zum Glasmacherviertel, für die wir im Rat im Februar einen Beschluss zur Baureifmachung mit einem Finanzvolumen von 23 Millionen Euro gefasst haben. Vielen Dank dafür.

Eine weitere Fläche, die wir als Turbo-Fläche im Auge haben, ist in der Nähe der Regerstraße, und es gibt noch verschiedene andere.

Wir hatten im letzten Jahr eine zunehmende Situation der Stagnation. Insofern haben wir über die städtischen Flächen, aber auch über die Förderung der Flächen neue Strategien implementiert, die sich auch wieder mit der Wohnungsbauoffensive verbünden. Gehen wir zuerst in die Entwicklung der eigenen Flächen.

Die Stadt entwickelt im Rahmen der Wohnungsbauoffensive zunehmend eigene Flächen. Das umfasst neben der Planung auch die Umsetzung inklusive Erschließung. Hierzu bilden wir im Moment gerade eine neue Organisationsstruktur im Sinne einer Bauherrenfunktion, Umsetzungseinheit heraus, die Planung, Beauftragung von Gutachten, Vergabe und Erschließung erledigen soll. Vier Stellen beim Amt 65, zwei davon über freie Stellenpotenziale, zwei zusätzlich beantragt sollen hier für diese Bauherrenfunktion sorgen.

Wir werden mit den Projekten „Auf´m Tetelberg“ mit circa 400 bis 500 Wohnungen beginnen und wollen auch aus der Verwaltung heraus den endlich beschlossenen Plan „Hinter der Böck“ weiterentwickeln können. Weitere Flächen könnten die Ickerswarder Straße, Am Bongard, Oberlöricker Straße und die Kalkumer Schlossallee sein.

Die Wohnungsbauoffensive wird seitens der Verwaltung mit Motivation, großer Initiative und auch der notwendigen Kreativität vorangetrieben und weiterentwickelt, um Lösungen zu finden und Potenziale zu heben sowie Kooperationen anzubahnen. Dafür investiert die Stadt bereits heute erhebliche Finanzmittel. Nach den Mauresköthen mit circa 23 Millionen Euro erwähnte ich bereits. Auf´m Tetelberg haben wir Ihnen heute eine Vorlage mit 3 Millionen Euro Projektsteuerung vorgelegt. Darüber hinaus verweise ich auch auf die Flächeneinlagen an die SWD, zum Beispiel die Elisabeth-/Bachstraße, die Meineckestraße und die umfangreichen Ankäufe gegen die Wohnungslosigkeit.

Im letzten Jahr wurde innerhalb kürzester Zeit, am 27. Juni, vom Rat das Förderprogramm als Impuls zur Förderung des Neubaus von Mietwohnungen und von Wohneigentum beschlossen. Auch dafür vielen Dank. Das ging im Turbo.

Die beschlossenen Impulsprogramme sind darauf ausgerichtet, die Bauwirtschaft angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Herausforderungen auf dem angespannten Wohnungsmarkt zu unterstützen. Dabei steht nicht nur die reine quantitative Ausweitung des Wohnraums im Vordergrund, sondern auch die qualitative Förderung sozialer Stabilität und Durchmischung in den Stadtquartieren. Im Fokus stehen hierbei Haushalte mit mittlerem Einkommen, die bislang durch das Raster der klassischen Förderung A und B des Landes gefallen sind. Während die Wohnraumförderung des Landes vorrangig auf untere Einkommensgruppen abzielt, schließen die städtischen Impulsprogramme eine Förderlücke, wodurch Wohnen für die sogenannte gesellschaftliche Mitte in Düsseldorf wieder bezahlbarer werden soll.

Das Eigentumsmodell legt einen besonderen Fokus auf Familien mit mittleren Einkommen. Ziel ist es, diesen Familien die Möglichkeit zu geben, dauerhaft in Düsseldorf zu bleiben, Eigentum zu bilden und so zu stabilen Nachbarschaften beizutragen.

Ich hoffe, dass die Jugend, die gerade den Raum verlässt, von diesen Programmen profitieren wird.

(Beifall von der CDU)

Dann gibt es zu den Ergebnissen des Impulsprogrammes zwei Tabellen. Ich möchte Ihnen nur die Zahlen am Ende vorlesen.

Das Jahresergebnis 2024 wies eine Summe im städtischen Förderprogramm von rund 29 Millionen Euro aus. Wir sind im Moment bei ungefähr 24 Erstberatungen bei über 30 Millionen Euro und haben umfangreiche Anträge vorliegen. Ich denke, wir werden hier auch noch sehr gut vorankommen.

Darüber hinaus hat das Zusammenspiel von Landesförderung und städtischer Förderung einen großen Push-Effekt, den ich kurz beschreiben möchte.

6 von 16 Projekten mit Landesförderung im letzten Jahr wurden auch mit Mitteln des Impulsprogramms gefördert. Mit diesen Projekten wurden insgesamt 347 Wohnungen mit Landesmitteln und 189 Wohnungen mit Mitteln des Impulsprogramms gefördert, mithin also 536 preislich gebundene Mietwohnungen. Von den 17 eingereichten Anträgen zum Impulsprogramm Miete im gesamten Programmzeitraum waren 15 Anträge Komplementärförderung.

In Absatz 5 werde ich noch auf die Gesamtbilanz unserer geförderten Situation zurückkommen.

Im Rahmen der Bearbeitung der Anträge auf Mittel der öffentlichen Wohnraumförderung des Landes für diese Bauvorhaben konnte festgestellt werden, dass die Aussicht auf eine zeitnahe Bewilligung von städtischen Fördermitteln zur Entscheidung der Bauherrenseite, noch im Jahr 2024 eine Förderzusage anzustreben, beigetragen hat. Darüber hinaus konnten durch die zusätzliche Inanspruchnahme von städtischen Fördermitteln Bauvorhaben in die öffentliche Wohnraumförderung des Landes aufgenommen werden, bei denen die Bauherrschaft vorher eine zeitnahe Umsetzung nicht zwingend sah. Das Impulsprogramm hat somit dazu beigetragen, die Realisierung dieser Wohnungsbauvorhaben voranzutreiben.

Darüber hinaus ist durch dieses Impulsprogramm eine sehr spannende und nachweislich gute soziale Durchmischung entstanden. Das haben wir Ihnen auf Seite 7 des Berichtes am Beispiel der Münster Straße und der Königsberger Straße einmal aufgeschlüsselt. In der Münsterstraße waren 69 Prozent in der Förderung A, 27 Prozent in der Förderung B, 16 Prozent im Impulsprogramm und nur 20 Prozent freifinanziert. Gleichermaßen sind bei der Königsberger Straße 45 Prozent im Fördersegment A, 22 Prozent in der Förderung B, 18 Prozent in der städtischen Förderung und 15 Prozent im freifinanzierten Bereich zu verzeichnen.

Das Impulsprogramm hat also vom Zeitpunkt des Programmstarts bis Ende Mai 2025 insgesamt 47 Anfragen zum Förderprogramm verzeichnen können und darüber hinaus diese Zahl im Bereich des selbstgenutzten Wohnungseigentums verankert.

Bei zehn der genannten Anfragen „selbstgenutztes Eigentum“ – das haben wir auch sehr intensiv diskutiert – erfolgte der Erstkontakt über Baufinanzierungsberater, die ihre Kundinnen und Kunden zur weiteren Beratung an den Fachbereich Wohnungsbauförderung weitergeleitet haben. Die Mehrzahl der anfragenden Haushalte hat eine Antragstellung nach Erstberatung allerdings nicht weiterverfolgt. In den jeweiligen Gesprächen wurde dies teilweise damit begründet, dass ein Erwerb einer neugebauten Eigentumswohnung oder ein Neubau eines Eigenheims aufgrund der hohen Grundstücks-, Bau- und Finanzierungskosten trotz möglicher Inanspruchnahme städtischer Fördermittel wirtschaftlich nicht umzusetzen sei. Hier hat die Landeshauptstadt Düsseldorf im Jahr 2024 Grundstücke unter anderem in Itter zu sozial angepassten Bodenpreisen für diese Einkommen nach Förderweg A und B sowie städtischem Impulsprogramm ausgeschrieben. Leider war auch hier die Resonanz relativ begrenzt.

Zur Tabelle: Bei 47 Erstberatungen konnten zum Schluss nur vier Anträge weiterentwickelt werden. Wir merken aber – ich kürze diesen Abschnitt jetzt ab –, dass auch im Rahmen des Eigentums beziehungsweise der Eigentumsschaffung die Situation ein wenig anzieht. Darüber gibt die Tabelle auf Seite 9 Auskunft, dass mittlerweile zehn Anträge in Bearbeitung sind und fünf davon sich konkret ableiten lassen mit einem Volumen von 1,5 Millionen Euro, sodass wir jetzt Stand Mai bei unserem Impulsprogramm insgesamt – Mietwohnungsbau und Eigentumsmodell – bei 24,6 Millionen Euro sind.

Die Wohnraumförderung des Landes ist ungebrochen. Sie erinnern sich daran, dass wir im letzten Jahr ein Rekordergebnis hatten. Der Stand der Förderanfragen 2025 ist mittlerweile bei über 440 Millionen Euro angekommen. Das heißt natürlich nicht, dass all diese Vorhaben auch gefördert werden können. Unser Globalbudget rangiert bei 65 Millionen Euro. Wir haben das aber letztes Jahr schon signifikant überschritten, nämlich mit ungefähr 100 Millionen Euro.

Im letzten Jahr hatten wir 78 Erstberatungen im ganzen Jahr, und dieses Jahr hatten wir im ersten Halbjahr schon 80 Erstberatungen. Daran sieht man, wie die Konjunktur im Wohnungsbau wieder anzieht, wie wichtig aber auch die Förderung ist. Insofern möchten wir an dieser Stelle auch noch einmal dem Land für die ausgesprochen guten Förderbedingungen danken.

Im letzten Jahr ist es zusammenfassend gelungen, über 1.000 Wohnungen mit den Förderwegen A und B des Landes und dem städtischen Impulsprogramm auf den Weg zu bringen.

Auch im Bereich der Baugenehmigungen haben wir uns neue Serviceziele gesetzt. Hier möchte ich noch einmal auf das gute Ergebnis letztes Jahr mit 3.000 genehmigten Wohnungen verweisen. Wir

sind jetzt – Stand Juni – schon bei 1.700 Wohnungen. Im Mai waren es 1.500 Wohnungen. Damit haben wir die Ergebnisse der letzten Jahre überschritten.

Vielleicht noch einmal auch an dieser Stelle zu Ihrer Statistik: Wir hatten in 2024 6.800 Bauberatungen und sind dieses Jahr schon bei weit über 7.000. Ich kürze jetzt ab; Sie können die Zahlen dann dem Bericht entnehmen.

Darüber hinaus haben wir uns sehr bemüht, die Digitalisierung in der Genehmigungspraxis voranzutreiben, und haben es geschafft, im Juni den ersten digitalen Bauantrag durchgehend zu bescheinigen. Allerdings muss ich dazu sagen, dass diese digitalen Systeme auch eine ganze Menge Kinderkrankheiten haben. Wir sind also ständig mit dem Thema der Digitalisierung beschäftigt. Ich werde nicht müde, den Werbeblock zu trommeln, dass auch die Architektenschaft bitte digital einreichen möge. Waren es bis letztes Jahr noch weniger als 5 Prozent, sind wir jetzt noch unter 10 Prozent digitaler Einreichungen. Hier wollen wir auch gern schneller werden, brauchen aber dann eben auch die andere Seite der Medaille. Deshalb bieten wir als Bauaufsicht umfangreiche Serviceangebote an. Auch hier werde ich nicht müde, dafür zu werben – mit der Architektenkammer, mit dem BDB und dem BDA zusammen –, dass wir Architektinnen und Architekten fortbilden, wie zum Beispiel mit dem digitalen Bauantrag, dem Thema Dachaufstockungen oder eben auch der neuen Landesbauordnung.

Neben der Wohnungsbauoffensive wird eine Vielzahl an Wohnungsbauprojekten weiterentwickelt und begleitet. Wir sind im Moment mit sehr vielen Qualifizierungsverfahren unterwegs. Sie aus den Bezirksvertretungen und aus dem Rat wissen alle, wie oft Sie mit uns unterwegs sind in Workshops an den einzelnen Standorten: Schlossallee Eller ist gerade aktuell, Bergische Kaserne, Kaiserswerther Diakonie, Zur Lindung, Hellerhof, Garath, Evangelische Kirche am Kennedydamm, Hans-Böckler-Straße und viele andere.

An dieser Stelle sei dazu gesagt, dass wir mit großer Konsequenz diese Qualifizierungsverfahren vorantreiben, weil sie eben auch der Vermittlung in die Nachbarschaften und der Sicherung der Qualität dienen. Das ist heute in der sich nachverdichtenden Stadt weiß Gott nicht einfach, aber unglaublich wichtig, damit man eben auch die Menschen, die in der Nachbarschaft wohnen, mitnimmt.

Wir sind im Moment dabei, ungefähr 10.000 Wohnungen in Bebauungsplanverfahren zu sichern. Ungefähr 2.500 werden wir in diesem Jahr zur Satzung bringen.

Vom sogenannten viel zitierten Bau-Turbo machen wir – das wissen Sie aus APS, AWM und den Bezirksvertretungen – sehr rege Gebrauch. Denn über dem sogenannten Befreiungsparagrafen 31 (3) BauGB haben wir eine ganze Menge Projekte auf den Weg gebracht, wie zum Beispiel unlängst die Emmastraße, Charlottenstraße, Hansaallee, Paulsmühlenstraße, Grafenberger Allee und viele andere.

Dann gibt es die neue alte Idee des Werkwohnens beziehungsweise des Beschäftigtenwohnens. Hier sind wir im Moment sehr umfangreich und proaktiv auf die Verbände, auf die Industrie- und Handelskammer und auf die Handwerkskammer zugegangen, weil wir die Partner aus der Wirtschaft brauchen, um dieses Thema voranzutreiben. Konkrete Gespräche führen wir seit Monaten mit unseren Töchtern der Rheinbahn und den Stadtwerken. Konkrete Gespräche werden im Frühherbst mit der IHK und darüber hinaus Wiederholungsgespräche mit der Handwerkskammer und auch den Wohnungsgenossenschaften stattfinden, die wir dafür gewinnen wollen, hier als Partner*innen auf dem Markt zur Verfügung zu stehen. Das ist besonders wichtig; denn wir werden dieses Problem nicht allein lösen.

Darüber hinaus sind wir dabei, Flächen zu identifizieren, die in der Nähe zu großen Betrieben oder großen Einrichtungen für Werkwohnungen prädestiniert sind. Dazu gehört übrigens auch das schon viel zitierte Thema des Azubi-Wohnens. – Wir haben es übrigens gleich geschafft.

Zusammenarbeit mit gemeinwohlorientierter Wohnungswirtschaft wird auch immer wieder gefragt und ist auch in den letzten Ausschüssen ein Thema gewesen. Deshalb haben wir mit der gemeinwohlorientierten Wohnungswirtschaft im Rahmen unserer wohnungspolitischen Ziele auch Absprachen getroffen, dass zum Beispiel – wie auch in einem letzten Spitzengespräch – entsprechende Bauanträge sehr kooperativ bearbeitet werden und dass wir auf spezielle Konzeptvergaben setzen. Leider ist unsere proaktive Konzeptvergabe „Auf’m Tetelberg“ letztes Jahr ohne Ergebnis geblieben. Wir werden sie wiederholen – das ist mit der Wohnungswirtschaft auch besprochen – und glauben, dass wir dann mit der Wohnungswirtschaft „Auf’m Tetelberg“ auch ein gutes Pilotprojekt erarbeiten werden.

Es gab ein Coaching mit den Wohnungsbauunternehmen des AdW. Dieses Coaching war dazu angedacht, die Kommunikation zum Bauantrag und Genehmigungsprozedere zu verbessern. Das ist gelungen, und wir weiten das im Moment auf verschiedene andere Bereiche aus. Darüber hinaus gibt es kooperative Projekte mit der Wohnungswirtschaft wie in der Regerstraße, im Kapeller Feld, wie die Dachaufstockungen mit der PoToWei mit der WOGEDO oder das Arche-Noah-Quartier in der Lacombletstraße.

Dann haben Sie letztes Jahr auch eine Vorlage beschlossen, die neue Erbbaurechtskonditionen möglich macht, nämlich für die gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft und die Genossenschaften mit abgesoftetem Erbbauzins, bessere Bedingungen für den Erwerb von Grundstücken zu gestalten und das Ganze dann günstiger und auch besser in die Umsetzung zu bringen. Darüber hinaus ist die Wohnbaukommission ins Leben gerufen worden, wo auch die Genossenschaften und die gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft neben den Verbänden ständiger Gast ist.

Wichtig ist noch ein kommunikatives Tool in diesem Raum. Das war eine Auseinandersetzung mit den Bezirksvertretungen, wie wir gemeinsam Bauanträge besser bewältigen können. Das hat genau vor einem Jahr in diesem Raum stattgefunden.

In der AdW-Sommerlounge haben wir noch einmal unsere gemeinsamen Ziele verbindlich miteinander besprochen. Ich glaube, die Rückmeldung an die Verwaltung war deutlich, dass wir hier mittlerweile in einem sehr viel besseren Prozedere unterwegs sind und dieses auch beibehalten wollen.

Die beiden Töchter der Landeshauptstadt, insbesondere die SPD, nein, die SWD,

(Heiterkeit)

– das war jetzt ein schöner Versprecher, was auf Seite 14 schon mal vorkommt – hat im Moment über 1.000 Wohnungen im Doing und sehr viele davon im Bau.

Ein letzter Punkt, den ich Ihnen noch mitteilen möchte, ist die Strategie Wohnraumschutz. Ich glaube, auch wenn das jetzt die letzten Seiten meines Berichts sind, draußen, insbesondere in den Stadtteilen Bilk, Unterbilk und Golzheim, ist das ein sehr wichtiges Thema. Dort sind nämlich viele Menschen davon betroffen, dass wir die Strategie Wohnraumschutz verbessern. Hier haben wir eine neue Strategie ins Leben gerufen, die auch ganz konkrete Maßnahmen und ganz konkrete interne Organisationstools hervorgerufen hat. Sie nimmt nämlich den Wohnungsbestand in den Blick – ich glaube, das ist auch ganz wichtig – und gibt jetzt den Mieterinnen und Mietern eine qualifizierte Ansprechstelle.

Das Dezernat 03 und das Wohnungsamt haben alle rechtlichen Belange und alle Ebenen transparent ins Verhältnis gesetzt, weil das nämlich auch ganz wichtig ist. Durch diesen Dschungel der verschiedenen Rechtssituationen kann sich ein Mieter eigentlich allein gar nicht bewegen. Wir wollen hier umfassend Beratung und Schutz anbieten.

Es gibt seit 2024 eine interdisziplinäre Fallkonferenz zwischen Bauaufsicht, Wohnungsamt und anderen Ämtern, die dazu angetan ist, insbesondere die schwierigen Fälle, die schwarzen Schafe

und diejenigen, die mit doppeltem Boden arbeiten, zu identifizieren. Wir haben im Moment seit dem Jahresbeginn ungefähr 60 akute Fälle bearbeitet und tagen 14-tägig bis vierwöchig.

Im Ergebnis führt das dazu, dass wir auch im Vorfeld schon mit Verfügungsberechtigten reden und sie vielleicht von der einen oder anderen Strategie abbringen und im Einvernehmen Wohnraum schützen oder gemeinsam weiterentwickeln.

Zudem wurde eine Beratungsstelle Wohnraumschutz als einheitliche Anlaufstelle für Mieterinnen und Mieter gegründet, die sich nicht nur mit der unmittelbaren Aufgabe unseres Wohnungsamts beschäftigt, sondern auch dafür sorgt, dass Mieterinnen und Mieter weiter vernetzt werden, zum Beispiel an den Mieterschutzbund, an das Job-Center oder an andere Institutionen. Hier gibt es eine Hotline, eine E-Mail-Adresse und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die tagtäglich am Telefon sind.

Der Personalbereich beim Wohnungsamt wurde im Zuge dieser neuen Organisation aufgestockt. Zusätzlich bekam dieser Bereich neben diesen Stellen, die ich gerade geschildert habe, auch noch eine Stelle im Ermittlungsbereich Technik und eine im allgemeinen Ermittlungsdienst. Hierfür konnte bereits qualifiziertes Personal gefunden werden.

Es gibt eine weitere Strategie. Auch die ist im letzten Ausschuss hinterfragt worden. Das ist nämlich das Thema Verschärfung der Verwaltungsverfahren im Bereich Wohnungsaufsicht. Hier sehen wir mittlerweile erhöhte Zwangsgelder vor und straffen auch das ordnungsbehördliche Verfahren. Zukünftig wird neben ordnungsbehördlichen Verwaltungsverfahren auch vermehrt von der Möglichkeit der Ahndung von Fehlverhalten mittels Verhängung von Bußgeldern Gebrauch gemacht.

Last but not least haben wir am 11. Mai eine erste rechtskräftige Soziale Erhaltungssatzung, auch „Milieuschutzsatzung“ genannt, in Kraft gesetzt. Hier gab es zum Beispiel mit den Bestandshaltern der gemeinwohlorientierten Wohnungswirtschaft eine sehr gute Auseinandersetzung, wie man den Vollzug möglichst unbürokratisch machen kann. Aber für andere ist es dann eben doch das Schwert der Abwendung. Bezüglich weiterer Gebiete wird auf die Vorlage verwiesen.

Der Bericht der Verwaltung hat einen Anhang, den ich Ihnen jetzt nicht im Einzelnen vorlesen werde. Ich möchte aber darauf hinweisen – das ist uns wichtig –: Diese Anlage erfasst kursorisch im Bau befindliche, gerade fertiggestellte oder nach der Genehmigung oder in der Planung befindliche Vorhaben, und nur diese Zusammenstellung – das ist noch nicht alles, was wir machen – endet mit mehr als 12.000 Wohnungen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mir ist es ganz einfach wichtig, an dieser Stelle zu sagen: Wir arbeiten mit Hochdruck daran, dass wir für die Menschen in dieser Stadt viele Wohnungen zur Verfügung stellen.

Ich komme zur Frage 2 der Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Wie viele und welche preisregulierten Wohneinheiten werden durch die aktuellen Verfahren zur Bauleitplanung im Rahmen der Wohnungsbauoffensive geschaffen, aufgeschlüsselt nach Verfahren, geplanten Verfahrensende und Anzahl der zu erwartenden Wohneinheiten?

Für die Verfahren im Rahmen der Wohnungsbauoffensive gilt – wie auch bei anderen Flächen des Wohnungsbaus – grundsätzlich das Baulandmodell der Landeshauptstadt Düsseldorf mit den entsprechenden Quotierungsregelungen, als da sind:

- mindestens 60 Prozent geförderter Wohnungsbau auf städtischen Flächen, weitere Bausteine im Sinne der wohnungspolitischen Ziele;

- mindestens 50 Prozent geförderter Wohnungsbau auf privaten Flächen durch Bebauungspläne mit städtebaulichem Vertrag beziehungsweise vorhabenbezogene Bebauungspläne mit Durchführungsvertrag.
- Im Falle größerer Vorhaben – Richtwert mehr als 30 Wohneinheiten –, die durch die Befreiungsmöglichkeiten nach § 31 BauGB ermöglicht werden, sind mindestens 30 Prozent beziehungsweise 50 Prozent – bei Befreiungen nach § 31 (3) BauGB – geförderter Wohnungsbau beziehungsweise Wohnformen nach Baulandmodell oder Gemeinwohlbausteine umzusetzen.

Die Flächen der Wohnungsbauoffensive werden alle unter diesen Maßgaben entwickelt.

Die genaue Anzahl der projektierten preisregulierten Wohneinheiten sowie deren weitere Aufschlüsselung, beispielsweise nach Förderweg A oder B der Wohnraumförderung des Landes, lässt sich konkret erst zu einem entsprechend fortgeschrittenen Stadium des Planungsprozesses ermitteln. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich in den verschiedenen Planungs- und Entwicklungsphasen Veränderungen in der Zahl und Art der Wohneinheiten ergeben können, beispielsweise durch Eingaben der Bürgerschaft im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligungen oder notwendige Anpassungen an die Förderbestimmungen des Landes.

Grundsätzlich kann jedoch damit gerechnet werden, dass die kalkulierte Gesamtzahl von circa 4.000 Wohneinheiten – das zielt auf die Wohnungsbauoffensive ab – auf den städtischen Flächen der Wohnungsbauoffensive entsprechend den Vorgaben des Baulandmodells zu mehr als dem hälftigen Anteil auf den preisregulierten Wohnungsbau entfällt.

Für die Meineckestraße und den Hasseler Richtweg zum Beispiel – beide in Umsetzung befindliche Flächen – lassen sich aufgrund der fortgeschrittenen Prozessstände die Zahl verifizieren. In der Meineckestraße sind bei 215 Wohnungen gesamt 88 im Förderweg A und 56 im Förderweg B. Beim Hasseler Richtweg sind es bei 150 Wohnungen gesamt 120 geförderte Wohnungen.

Frage 3 – jetzt haben wir es gleich geschafft –: Welche zukünftigen Aufgaben und Erfordernisse zur erfolgreichen Umsetzung der Wohnungsbauoffensive ergeben sich aus den gesammelten Erfahrungen nach zwei Jahren Wohnungsbauoffensive?

Antwort: Hier ist ein kursorischer und nur exemplarischer Überblick.

Jede Fläche ist in ihren Besonderheiten, Restriktionen und Potenzialen einzeln zu betrachten und zu entwickeln. Es müssen individuelle Lösungen unter Beachtung der Grundsätze des Baulandmodells und der wohnungspolitischen Ziele der Landeshauptstadt Düsseldorf gefunden, mit unterschiedlichen Nachbarschaften beteiligt, dann von den Gremien beschlossen werden und dabei in einem noch wirtschaftlichen Korridor gehalten werden. Auch Quartiersgaragen, verkehrsertüchtigende und klimaverbessernde Maßnahmen werden hier projektübergreifend gefordert und je nach Standort einmoderiert.

Die frühzeitige Einbeziehung der Bürgerschaft und aller weiteren beteiligten Akteure ist wesentlich, um mögliche Konflikte frühzeitig zu identifizieren, aber auch um Ideen und Anregungen aufzugreifen und um darauf aufbauend den Planungs- und Entwicklungsprozess entsprechend anzupassen und damit politische Beschlussfassungen vorzubereiten.

Die an die Planung anschließende Planumsetzung und Erschließung benötigt teils neue Strukturen innerhalb der Verwaltung, da anders als bei Investorenplanungen bei städtischen Flächen die Stadt selbst entwickeln muss. Die dafür nötigen Strukturen wurden bereits vorbereitet und durch Stellenschaffung und Umorientierung in der Verwaltung organisiert, um hier schnell in die Umsetzung zu kommen.

Hierfür sind auch entsprechende Mittel notwendig, wie sie beispielsweise für die weitere Entwicklung und Erschließung der Fläche „Auf'm Tetelberg“ beschlossen werden; vergleiche hierzu auch die Vorlage APS/070/2025. – Ich bedanke mich für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, Ratsfrau Dr. Rachner [FDP] und Ratsfrau Kraljic [AfD])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Frau Zuschke. – Gibt es Nachfragen? – Geschäftsordnungsantrag geht immer vor. – Bitte.

Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das war eine sehr lange, eine ungewöhnlich lange Antwort, die wir oder die SPD-Ratsfraktion auf die Frage bekommen hat, die sie in dieser Ausführlichkeit gar nicht haben wollte.

(Zurufe von der CDU: Oh! – weitere Zurufe)

Das hat sie ja eben zurückgezogen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich darf darum bitten, die Zurufe zu unterlassen.

Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Wohnen ist sicherlich ein wichtiges Thema, es stehen aber auf der Tagesordnung noch weitere wichtige Anfragen zum Thema Wohnen. Diese ungewöhnlich lange Antwort nimmt uns das Recht, Nachfragen zu der Beantwortung zu stellen. Deshalb möchten wir beantragen, die Fragestunde um 30 Minuten zu verlängern.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wir beantworten zunächst einmal die Rückfragen zur Anfrage unter TOP 5.2 und beraten dann über den Geschäftsordnungsantrag. Die Nachfragen werden ohnehin auch nach Ablauf der 45 Minuten beantwortet. Nachfragen sind immer zulässig, auch wenn die 45 Minuten herum sind. Vier Nachfragen sind zulässig, und zwar unabhängig von der Zeit. – Bitte, Ratsfrau Dr. Proschmann.

Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal, Frau Zuschke: Ich wollte zwar nicht, dass Sie so lange vorlesen, aber ich bedanke mich trotzdem, dass Sie das gemacht haben.

Ich stelle fest – um noch einmal dem Vorwurf der Unsachlichkeit zu begegnen –, dass die Antwort zu den städtischen Flächen sehr wohl so lautet, dass von den städtischen Flächen, die in der Wohnungsbauoffensive genannt wurden, noch keine einzige Wohnung im Bau ist.

Ich habe zwei konkrete Nachfragen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Bitte nur eine. Danach muss ich noch einmal fragen.

Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD): Ach so, Entschuldigung! Dann muss ich überlegen, welche ich stelle. Dann frage ich erst einmal nach § 31 (3). Bei der Befreiung nach § 31 (3) steht ein Korridor von 30 bis 50 Prozent bezahlbarer Wohnraum jetzt drin. Ich hatte in Erinnerung, dass wir das beim Baulandmodell so geklärt haben, dass das grundsätzlich 50 Prozent sind. Ich würde gern wissen, wann der Korridor gilt und wann die 50 Prozent gelten. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Zuschke, bitte, Sie haben das Wort.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Nachfrage. Ich habe in meinem Bericht vorgelesen: Die Überschrift war § 31 BauGB, und dieser Paragraph besteht aus 31 (2) und 31 (3). Bei 31 (2) – das ist die allgemeine Befreiungssituation – haben wir den Korridor und bei 31 (3) das Baulandmodell.

(Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD]: Alles klar, danke!)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es weitere Nachfragen? – Ratsfrau Dr. Proschmann, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe noch eine andere Frage. In Ihrem Vorwort schreiben Sie zur Benroder Straße/Marbacher Straße, dass dort die Pflegeeinrichtung wegfällt und bezahlbares Wohnen hinkommen soll. Ist das dann der Quotenersatz – der Wohnungsbau und nicht mehr die Pflegeeinrichtung? Die Pflegeeinrichtung sollte die Quote auf diesem Grundstück erfüllen, und jetzt ist die Frage: Wird das komplett durch geförderten Wohnungsbau ersetzt?

Oberbürgermeister Dr. Keller: Noch einmal bitte von hier vorn Frau Beigeordnete Zuschke. – Sie haben das Wort.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Ratsfrau Dr. Proschmann, ob es die gesamte Quote erfüllt, muss ich noch einmal nachschauen. Es ist auf jeden Fall erst einmal der Ersatz dafür, dass kein Betreiber für das Pflegen gefunden wurde und wir uns darauf geeinigt haben, dort bezahlbares Wohnen unterzubringen. Ich muss aber jetzt schauen, ob es die Quote nach Land und Impulsprogramm ist und wie sich das verteilt. Das habe ich jetzt im Einzelnen nicht im Kopf. Das liefern wir nach und schreiben es ins Protokoll. *)

(Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD]: Danke!)

*) [Zusatz: Der Gemeinwohlbaustein Pflege ist zu 100 Prozent durch gefördertes Wohnen ersetzt. Aufgrund der wirtschaftlich nicht darstellbaren Pflegeeinrichtung wird vertraglich 40 Prozent öffentlich geförderter Mietwohnungsbau vereinbart.]

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Dann kommen wir zu dem Geschäftsordnungsantrag von Frau Bürgermeisterin Gerlach, die Zeit, die in der Geschäftsordnung für die Anfragen vorgesehen ist, um 30 Minuten zu erweitern. Ich sage ganz ehrlich, das ist eine Frage, die juristisch durchaus umstritten ist, ob das zulässig ist, weil die Geschäftsordnung es eigentlich verbindlich so vorsieht, dass es 45 Minuten sind. Man kann nun die Meinung vertreten, wir können nicht durch einen Ad-hoc-Beschluss die Geschäftsordnung ändern. Es gibt wiederum die Meinung, dass so etwas durch einen einstimmigen Beschluss möglich wäre. Es gibt aber auch die Meinung, dass es durch einen Mehrheitsbeschluss möglich ist. Im Sinne eines demokratischen Miteinanders würde ich diesen Antrag zur Abstimmung stellen und Ihnen empfehlen – wenn er eine Mehrheit fände –, dass wir dann die 30 Minuten auf die in der Geschäftsordnung vorgesehenen Zeit hinzugeben.

Deshalb stelle ich den Antrag in diesem Sinne jetzt zur Abstimmung und frage: Wer ist für den Antrag von Frau Bürgermeisterin Gerlach? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und Tierschutz/Freie Wähler. Wer enthält sich? – Ratsherr Figge. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und Die Linke. Damit hat der Antrag eine Mehrheit gefunden, sage ich jetzt einmal, ohne nachzuzählen.

Ich würde anregen, dass wir nach der Wahl tatsächlich eine Regelung in unsere Geschäftsordnung aufnehmen, die das vorsieht. Das hat zum Beispiel der Bundesrat; dieser sieht das durch einen einstimmigen Beschluss vor.

(Unruhe)

Ich würde damit jetzt diese Zeit verlängern. Das heißt, wir haben bis 15.43 Uhr Zeit. Aber zunächst gibt es einen Geschäftsordnungsantrag von Ratsfrau Marmulla. Ich bitte um Ruhe. – Sie haben das Wort.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Ich beantrage eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung. Das, was wir gehört haben, entspricht ziemlich genau vielen Berichten, die wir schon gehört haben. Es ist total unüblich, dass wir das als Vorwort zur Antwort auf eine Anfrage zu hören bekommen. Das

ist Sabotage unserer gemeinsamen Arbeit hier. Deshalb möchte ich gern beraten, wie wir damit umgehen.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Nein, das kann man im Nachgang machen. Diese Sitzungspause gewähre ich jetzt nicht. Wir haben über den Geschäftsordnungsantrag von Frau Bürgermeisterin Gerlach abgestimmt und haben jetzt bis 15.43 Uhr Zeit, weitere Anfragen zu beantworten.

5.3

Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Aktuelle Situation des Sports in Düsseldorf

RAT/211/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Die Anfrage kann direkt beantwortet werden. – Herr Stadtdirektor Hintzsche.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mit Ihrer Zustimmung verzichte ich auf Vorbemerkungen.

Zu Frage 1: Was konkret werden nun, da Fortuna Düsseldorf, die DEG und die Giants in den jeweiligen zweiten Ligen spielen, der Oberbürgermeister, die Stadtspitze, die Stadtverwaltung konkret tun, gegebenenfalls auch durch Unterstützung Dritter, damit Spitzensport in Düsseldorf auch wieder spitze wird, also in der jeweiligen ersten Liga, und dann dort auch weit oben im Kampf um die jeweilige Meisterschaft oder Pokal mitspielen wird?

Antwort: Die Sportstadt Düsseldorf fördert den Sport in all seinen Facetten – von großen Events und Profisport über den Para- und Special-Sport, den Breitensport und der Jugendförderung bis hin zum ehrenamtlichen Engagement. Die Sportförderung ist eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen. Diese findet in der Regel im Bereich der finanziellen Unterstützung der gemeinnützigen Vereine und Organisationen und im Bereich des Baus, der Unterhaltung und Zurverfügungstellung von Sportanlagen statt. Dies bildet die erforderliche Basis für den Spitzen- und Leistungssport. Hier ist Düsseldorf ein Vorreiter.

Durch die Förderrichtlinie fließen jährlich rund 2,2 Millionen Euro an Zuschüssen an die Düsseldorfer Sportvereine. Durch die Schulbauoffensive, die über den Pflichtauftrag als Schulträger hinaus zuletzt auch immer die Bedarfe des Sports berücksichtigt hat, sind viele neue Sporthallen entstanden. Bedarfsabhängig wird auch in die übrige Sportinfrastruktur investiert, zum Beispiel UEFA-Nachhaltigkeitsmaßnahmen, Bäder, sportorganisatorische Maßnahmen; die beiden letzteren haben wir heute noch auf der Tagesordnung. Die laufende Unterhaltung, Pflege und Sanierung der vorhandenen Anlagen ist dabei ein weiterer Baustein.

Die Spitzensportförderung in Düsseldorf findet auf mehreren Ebenen statt. Im Rahmen des Masterplans Leistungssport fördert die Landeshauptstadt Düsseldorf die erfolgreiche Weiterentwicklung des Spitzensports und des Nachwuchsleistungssports. Ziel der Spitzensportförderung ist es, Düsseldorfer Vereine mit Teilnehmenden an Olympischen und Paralympischen Spielen, Weltmeisterschaften und Europameisterschaften sowie Vereine in olympischen und paralympischen Sportarten in der höchsten deutschen Spielklasse zu fördern. Seit vielen Jahren werden den Düsseldorfer (Profi-)Vereinen durch gezielte Förderung und Unterstützung optimale Bedingungen geboten.

Neben der hervorragenden Sportstätteninfrastruktur ist die Unterstützung bei Bauinvestitionsmaßnahmen über die verschiedenen Förderprogramme zu nennen. Darüber wird sichergestellt, dass die Sportlerinnen und Sportler sowie Vereine in Düsseldorf sehr gute Trainings- und Wettkampfstätten vorfinden. Auch die Mietkonditionen für städtische Venues wie Merkur Spiel-

Arena, PSD Bank Dome und Castello werden einvernehmlich zwischen der Stadt, D.SPORTS und den Vereinen vereinbart, stets im Einklang mit den geltenden Vorgaben des EU-Beihilferechts.

Die Stadtspitze unterstützt über ihre Kontakte in die Wirtschaft und zu anderen städtischen Töchtern bei der Entwicklung von Partnerschaften und Kooperationen und trägt entscheidend dazu bei, dass viele langfristige Sponsoring-Partnerschaften entstehen konnten. Die gute Zusammenarbeit hat dafür gesorgt, dass zum Beispiel für die DEG trotz des Wechsels in die DEL2 die wirtschaftlichen Partnerschaften aufrechterhalten werden konnten. Das Erreichen der sportlichen Ziele bleibt dabei die originäre Aufgabe der Vereine. Der sportliche Erfolg entsteht im Zusammenspiel von professionellen Vereinsstrukturen, wirtschaftlicher Stabilität und sportlicher Qualität. Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Akteure im Düsseldorfer Sport werden die Sportvereine auf vielfältige Art und Weise unterstützt, um die sportliche Zielerreichung zu fördern.

Zu Frage 2: Welche konkreten Konzepte werden in Bezug auf die Antwort zu Frage 1 bis wann und in welchem/welchen fachkundigen Gremien diskutiert und beschlossen?

Die Verwaltung berät die Profisportvereine und zeigt Wege auf, um die Vereine zu unterstützen. Die sportfachliche Unterstützung der Profisportvereine ist Teil der Aufgaben von D.LIVE/D.SPORTS. Hierzu gehört auch die Bereitstellung von Sponsoring-Mitteln und die Planung von konkreten Maßnahmenpaketen. Diese werden im Sportbeirat der D.LIVE (beratend) und im Aufsichtsrat der D.LIVE (genehmigend) besprochen und verabschiedet.

Daneben gibt es die Leistungssportförderung für die Vereine aus dem Masterplan Leistungssport, die im Arbeitskreis Leistungssport beraten und im Sportausschuss beschlossen wird. Weitere Teile des Masterplans Leistungssport sind das Gastfamilien-Programm, die Düsseldorfer Schulen für den Leistungssport und die Stiftung Pro Sport Düsseldorf.

Zu Frage 3: Welche Unterstützungen aller Art – Finanzen, Räumlichkeiten, Marketing, Überlassen städtischer Beschäftigter et cetera pp. – sind konkret zu den Antworten auf Frage 1 und 2 erforderlich? Bitte detailliert und mit eingeplanten Kosten beziehungsweise Minder- oder Nichteinnahmen auflisten, gegebenenfalls diesen Teil dann im nichtöffentlichen Teil beantworten.

Antwort: Wie bereits in Frage 1 erläutert, unterstützen D.SPORTS/D.LIVE sowohl mit Sponsorings, durch im Rahmen der Umsetzbarkeit angepasste Venue-Mieten und durch Vermittlung weiterer Partner. Darüber hinaus berät D.SPORTS die hiesigen Vereine bei Bedarf im Sportmanagement. Begleitend erfolgen umfangreiche Marketing-Maßnahmen für die Vereine. Die verschiedenen Ausspielkanäle von D.SPORTS kommunizieren regelmäßig über Vereinsthemen und leisten somit einen wertvollen Beitrag in Sachen Reichweite und Wahrnehmung. Hierfür stehen im Wirtschaftsplan von D.SPORTS und D.LIVE entsprechende Mittel zur Verfügung. Für den Spitzensport stehen im städtischen Haushalt 615.000 Euro für den Masterplan Leistungssport und rund 50.000 Euro pro Jahr für die Stiftung Pro Sport zur Verfügung.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Herr Stadtdirektor Hintzsche. – Eine Nachfrage, und dann komme ich noch einmal auf den Geschäftsordnungsantrag von Ratsfrau Marmulla zurück.

Ich darf das an dieser Stelle ankündigen: Ich war der Auffassung, die Frage einer Sitzungsunterbrechung läge in meiner Verfügungsgewalt als Sitzungsleiter. § 14 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung sieht das als ein Recht der Fraktionen an, voraussetzungslos und ohne Ermessen des Sitzungsleiters eine Sitzungsunterbrechung herbeizuführen. Deshalb werde ich – wenn Sie erlauben, Ratsfrau Marmulla – nach der Frage von Ratsherrn Hartnigk und der Antwort des Stadtdirektors diese fünf Minuten unterbrechen. Das tut mir leid. Aber auch ich mache manchmal einen Geschäftsordnungsfehler.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Selbstverständlich – in meiner unermesslichen Großzügigkeit!)

– So habe ich das erwartet. Danke. Also, wir beantworten diese Frage und unterbrechen danach für fünf Minuten. – Bitte, Ratsherr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe eine Nachfrage: Wie schätzt die Verwaltung den Begriff „Spitzensport“ mit Blick auf die gesamten Zuschauerzahlen, die wir in den einzelnen Sparten, die angesprochen worden sind, in der letzten Saison erreicht haben, ein? Ist die Verwaltung der Auffassung, dass Spitzensport auch in einer niedrigeren Liga in Düsseldorf durchgeführt werden kann, ohne dass es damit dem Sport insgesamt schadet? – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Herr Stadtdirektor, Sie haben das Wort.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ratsherr Hartnigk, wenn Sie meiner Antwort umfangreich gefolgt wären, hätten Sie schon erkennen können, dass ich zwischen dem Thema „Spitzensport und Zuschauerinteresse“ und dem Thema „Spitzensport – kann ich davon leben?“ keine unmittelbare Korrelation sehe. Ich verweise gerne nochmal darauf, dass die erfolgreiche Olympionikin in Paris Leonie Menzel war – vom Ruderverein Germania, die mit Sicherheit von dem, was sie dort hat, nicht leben kann. Die Zuschauerzahlen weiß ich aktuell nicht, aber sie kommen mit Sicherheit nicht an die Zuschauerzahlen heran – außer bei Olympischen Spielen vielleicht –, die Sie normalerweise beim Fußball, beim American Football und ab und zu auch beim Eishockey sehen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Herr Stadtdirektor. – Gibt es weitere Nachfragen? Zwei wären noch möglich. – Diese sehe ich nicht.

Dann unterbreche ich die Sitzung für fünf Minuten. Wir treffen uns um 15.45 Uhr wieder. Weitere zwei Minuten darf ich, glaube ich, zugeben. Um 15.45 Uhr geht es weiter, und dann haben wir noch sechs Minuten für die Anfragen. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 15.37 bis 15.46 Uhr)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein, wir fahren fort.

5.4

Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Mobile Videoüberwachung am Japan-Tag 2025 in Düsseldorf

RAT/212/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wir haben noch sechs Minuten Zeit für die Anfrage. Ratsfrau Krüger, wollen Sie die Anfrage einbringen? – Nein. Dann darf ich den Dezernenten bitten zu beantworten. – Sie haben das Wort, Herr Beigeordneter.

Beigeordneter Zaum: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich beantworte die Anfrage RAT/212/2025 der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler zur mobilen Videoüberwachung am Japan-Tag 2025 in Düsseldorf wie folgt:

Frage 1: Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgte der Einsatz der mobilen Videoüberwachung am Japan-Tag 2025? Bitte genaue Quelle und der/die/das Entscheidungs-/Beauftragungsgremium in der Antwort mit angeben.

Antwort: Die Landeshauptstadt Düsseldorf ist Veranstalterin des Japan-Tags Düsseldorf/NRW 2025 und hat die D.LIVE GmbH & Co. KG mit der Organisation und operativen Durchführung der Großveranstaltung beauftragt. Dies umfasst auch die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Sicherheit der Besucherinnen und Besucher.

Die eingesetzte mobile Videoüberwachung basiert auf Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe f Datenschutzgrundverordnung. Die dabei verfolgten berechtigten Interessen, nämlich die Überwachung und Steuerung von Besucherströmen, die Gefahrenabwehr sowie die Verhinderung von Personen- und Sachschäden, sind auf den an den Kamerastandorten angebrachten Datenschutzhinweisen transparent aufgeführt.

Die entsprechenden Datenschutzhinweisschilder wurden auf Grundlage der datenschutzrechtlichen Vorgaben durch den Datenschutzbeauftragten der D.LIVE erstellt und geprüft. Die aktuelle Version der Datenschutzhinweise wurde zuletzt im Rahmen der Vorbereitung des Weihnachtsmarktes 2024 datenschutzrechtlich geprüft.

Frage 2: Warum wurden an den überwachten Orten keine sichtbaren Hinweise auf die Videoüberwachung angebracht?

Antwort: Diese Aussage trifft nicht zu. An sämtlichen Kameramasten der mobilen Videoüberwachung waren gut sichtbare Datenschutzhinweise angebracht, und zwar an jeder Anlage doppelseitig, sodass die Hinweise aus verschiedenen Richtungen erkennbar waren.

Die verwendeten Schilder enthalten sämtliche nach Artikel 13 DSGVO erforderlichen Angaben, darunter:

- den Verantwortlichen, die D.LIVE GmbH & Co. KG, Arena-Straße 1, 40474 Düsseldorf;
- Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten, DS EXTERN GmbH;
- Zwecke und Rechtsgrundlage, nämlich Überwachung und Steuerung von Besucherströmen, Gefahrenabwehr, Verhinderung von Personen- und Sachschäden nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der Datenschutzgrundverordnung;
- Hinweis auf „Live View“-Modus ohne Aufzeichnung;
- Betroffenenrechte inklusive Auskunft, Berichtigung, Löschung, Widerspruch und Beschwerdemöglichkeit bei der Aufsichtsbehörde.

Frage 3: Welche Maßnahmen wird die Stadt künftig ergreifen, um bei ähnlichen Einsätzen die datenschutzrechtlich vorgeschriebene Kennzeichnung sicherzustellen?

Antwort: Gemäß Datenschutzgrundverordnung ist es ausreichend, dass Personen im überwachten Bereich rechtzeitig und eindeutig auf die Datenverarbeitung hingewiesen werden. Eine allgemeine Vorabkennzeichnung beim Betreten des Veranstaltungsraums ist bei öffentlich zugänglichen Veranstaltungen im Stadtraum, wie dem Japan-Tag, nicht erforderlich. Die Pflicht zur Information nach Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung wurde durch die deutlich sichtbaren, doppelseitigen Datenschutzhinweisschilder an allen Türmen vollständig erfüllt.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Herr Zaum. – Gibt es Nachfragen? – Ratsherr Hartnigk, Sie haben das Wort.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Anfrage wird von Videoüberwachung gesprochen, und wir haben in der Vergangenheit mehrfach darüber diskutiert. Ich würde die Verwaltung darum bitten, zu erläutern, ob es sich hier um eine Videoüberwachung oder um eine Videobeobachtung gehandelt hat. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Herr Beigeordneter Zaum, bitte, Sie haben das Wort.

Beigeordneter Zaum: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Ratsherr Hartnigk, Sie haben in der Tat recht. In der Antwort sprechen wir von

Videoüberwachung, aber es handelt sich in der Tat hier um eine Videobeobachtung. Insofern präzisiere ich meine Antwort.

Nur noch einmal zur Klarstellung: Bei der Videobeobachtung handelt es sich um eine Videobeobachtung, die tatsächlich live per Monitor erfolgt. Das heißt, im Raum, wo die sogenannte Koordinierungsgruppe sitzt, um die Sicherheit der Veranstaltung zu steuern und zu gewährleisten, werden diese Übertragungen wahrgenommen, um Gefahrenabwehr oder zum Beispiel auch Personenstromsteuerungen nachzukommen. Aber es wird keine Videoaufzeichnung erfolgen. Das ist das gleiche Phänomen, wie wir es auch in der Altstadt kennen – Videobeobachtung –, genauso wie die Polizei es durchführt. Deshalb bitte ich das hier zu entschuldigen, dass wir das in der Antwort etwas unpräzise ausgedrückt haben. Es handelte sich tatsächlich bei dem Vorgehen der D.LIVE um eine Videobeobachtung und keine Videoüberwachung.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Herr Zaum. – Eine weitere Nachfrage kommt von Ratsherrn Auler. – Sie haben das Wort.

Ratsherr Auler (CDU): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Herr Zaum, meine Nachfrage bezieht sich auf die Antwort zu Frage 3, in der Sie ausgeführt haben, dass es nach DSGVO ausreichend sei, durch entsprechende Ankündigungsmaßnahmen beim Betreten der Fläche darauf hinzuweisen. Nun haben wir zum einen die Erfahrung gemacht, dass diese Dinge manchmal übersehen werden. Zum anderen hängt die Akzeptanz derartiger Maßnahmen bei vielen Menschen davon ab, dass sie entsprechend informiert werden.

Meine Frage an die Verwaltung lautet: Sehen Sie Möglichkeiten, dass die Verwaltung unter Umständen einzelfallbezogen in Bezug auf die Veranstaltungsorte beziehungsweise auf die Maßnahmen sozusagen überobligationsmäßig darauf hinwirkt, mit Aufklärungsmaßnahmen auf entsprechende Videoaufzeichnungen hinzuweisen?

Oberbürgermeister Dr. Keller: Herr Beigeordneter Zaum, Sie haben das Wort.

Beigeordneter Zaum: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Ratsherr Auler, ich werde den Punkt in die Diskussion mitnehmen, die wir tatsächlich auch im CC Großveranstaltungen führen – in der Vorbereitung solcher Großveranstaltungen –, wie wir damit in Zukunft umgehen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Jetzt hat sich noch Ratsherr Droste gemeldet. – Sie haben das Wort, Ratsherr Droste.

Ratsherr Droste (FDP): Danke, Herr Oberbürgermeister. – Bei dem technisch Machbaren heutzutage wollte ich ergänzend die Frage zur Videobeobachtung stellen, ob automatisierte digitale Gesichtserkennung auch eingesetzt oder unterlassen wird.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Herr Beigeordneter Zaum, Sie haben das Wort.

Beigeordneter Zaum: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Ratsherr Droste, dazu kann ich Ihnen keine Auskunft geben, da mir dazu keine Informationen vorliegen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind damit am Ende des erweiterten Zeitfensters angekommen.

Ich muss Ihnen noch zwei Hinweise geben, zum einen zur Anfrage unter TOP 5.8. Das ist die Vorlagennummer RAT/251/2025, Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: „CSD-Beflaggung und -Teilnahme – Unterstützung der Stadt für LSBTIQ+“ Die Teilfrage 1 dieser Anfrage haben wir gemäß § 7 Absatz 6 Geschäftsordnung des Rates zurückgewiesen, weil das Auskunftsrecht auf amtliche Sachinformationen über Tatsachen zu Gemeindeangelegenheiten gerichtet ist. Es vermittelt keinen Anspruch auf politische Bewertungen von Sachverhalten. Die Teilfrage 1 begehrt

eine Bewertung des Handels des Geschäftsführers des Job-Centers. Damit ist die Frage nicht auf eine Sachinformation gerichtet. Die Teilfragen 2 und 3 haben wir schriftlich beantwortet.

Zu TOP 5.17 – das ist die Anfrage RAT/233/2025 der Bürgermeisterin Zepunkte: „Warum wurde den Mitarbeitenden des Job-Centers Düsseldorf eine Verbindungsherstellung zum CSD untersagt?“ –: Auch hier haben wir eine Teilfrage, nämlich die erste, gemäß § 7 Absatz 6 zurückgewiesen mit der gleichen Begründung wie unter TOP 5.8. – Dies nur als Hinweis zur Vollständigkeit.

Wir verlassen damit den Punkt der Anfragen und kommen zu den Berichten. Diese werden nicht verlesen. Sie liegen Ihnen schriftlich vor beziehungsweise sind in Session eingestellt. Selbstverständlich haben Sie die Gelegenheit, Rückfragen zu stellen.

6

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen & KAP

RAT/214/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Sind hierzu Nachfragen erwünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir das ***zur Kenntnis***.

7

Bericht aus der Kleinen Kommission Stadtbahnbau U81

RAT/216/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Sind hierzu Nachfragen gewünscht? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir auch das ***zur Kenntnis*** genommen.

8

Bericht aus der Kleinen Kommission Klimahilfe

RAT/217/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wortmeldungen oder Nachfragen? – Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir das so ***zur Kenntnis***.

9

Bericht aus der Kleinen Kommission Radverkehr

RAT/218/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Nachfragen? – Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir das so ***zur Kenntnis***.

10

Bericht aus der Kleinen Kommission Smart City

RAT/219/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es hierzu Nachfragen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir auch das so ***zur Kenntnis*** genommen.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir jetzt einen Schnelldurchlauf durch die Verwaltungsvorlagen machen.

11

Sicherstellung des Bestattungsangebotes für muslimische und jüdische Verstorbene in Düsseldorf im Bereich des Friedhofs Itter

AÖE/025/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Die BV 9 hat das dem Rat mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen. HFA und AÖE haben diese Beschlussvorlage einstimmig zur Beschlussfassung hier empfohlen. Wird noch einmal das Wort oder eine Debatte gewünscht?

(Ratsherr Mielczarek [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

12

Planung und Umsetzung der Freianlagen der Baumaßnahme „Grünzug Aaper Wald“ in Düsseldorf Rath/Mörsenbroich

AÖE/035/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist der Fall.

13

Biodiversitätskonzept 2030 – Aufstellung und Umsetzung eines Biodiversitätskonzepts für die Landeshauptstadt Düsseldorf

AÖE/036/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. HFA, AÖE und Umweltausschuss haben das auch einstimmig zur Beschlussfassung im Rat empfohlen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf nimmt das Biodiversitätskonzept 2030 (Anlage 1) zur Kenntnis und beschließt die Umsetzung eines ersten Maßnahmenpaketes (Anlage 2). Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel im Rahmen zur Verfügung stehender Förderprogramme (Bundesprogramm Biologische Vielfalt, Förderrichtlinie 1000 Moore, KfW-Förderung Natürlicher Klimaschutz in Kommunen, Förderrichtlinie Naturschutz- FöNa u.A.) zu akquirieren. Die Eigenmittel werden aus dem Klimaanpassungsbudget finanziert.

14

Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans sowie Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 15.12.2005 sowie der Änderung der Gebührentarife

AÖE/039/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen die Vorlage? – Enthält sich jemand? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die Fortschreibung des am 28. November 2019 verabschiedeten Rettungsdienstbedarfsplans mit einer Laufzeit von fünf Jahren bis zum Jahr 2030. Darüber hinaus beschließt der Rat die Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes vom 15. Dezember 2005 sowie die Anpassung des zugehörigen Gebührentarifs, der Bestandteil der vorgenannten Satzung ist.

15

Reflexion und Fortschreibung ZUKUNFT QUARTIER.DÜSSELDORF

APS/043/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht?

(Ratsherr Mielczarek [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Dann rufen wir das gleich wieder auf.

16

Erarbeitung eines integrierten energetischen Quartierskonzepts für Friedrichstadt

APS/044/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hierzu wird auch Debatte gewünscht.

17

Bebauungsplan-Entwurf Nr. 03/007 – Westlich Hinter der Böck

APS/049/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen die Vorlage? – Das sind Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und Ratsherr Lemmer. Wer enthält sich? – Ratsherr Schwenk. Wer ist für diese Vorlage? – Das sind SPD, der Oberbürgermeister, CDU und FDP. Damit ist diese Vorlage mehrheitlich angenommen.

Beschluss

- I. *Der Rat der Stadt stimmt der Behandlung der Äußerungen gemäß § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 BauGB gemäß Vorlage Nr. APS/045/2024 zu (zustimmender Beschluss des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung sowie Beschlussempfehlung an den Rat vom 25.06.2025, Anlage 3 zur vorliegenden Vorlage).*
- II. *Der Rat der Stadt nimmt Kenntnis von den zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 03/007 – Westlich Hinter der Böck - während der Veröffentlichung im Internet und der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen und entscheidet hierüber gemäß § 3 Absatz 2 BauGB und nimmt Kenntnis von den während der erneuten begrenzten Beteiligung abgegebenen Stellungnahmen und entscheidet hierüber gemäß § 4a Absatz 3 Satz 4 BauGB entsprechend Anlage 1 zur vorliegenden Vorlage.*
- III. *Der Rat der Stadt beschließt die Änderung des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 03/007 – Westlich Hinter der Böck –.*

Es handelt sich insbesondere um:

- *Reduzierung der Trauf- und Firsthöhen in den Allgemeinen Wohngebieten 1 und 1.1*
- *Neue textliche Festsetzung zur Höhe baulicher Anlagen*
- *geringfügige Anpassung von Baugrenzen im Allgemeinen Wohngebiet 1*
- *geringfügige Anpassung der Fläche für Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser*
- *redaktionelle Anpassung der Nutzungsartengrenze*
- *Ergänzung der Begründung zu den geänderten Festsetzungen*
- *Klarstellende Ergänzung der Begründung zum Planungsanlass, zur Festsetzung der Anzahl der Vollgeschosse und zur Dimensionierung der überbaubaren Grundstücksflächen im Allgemeinen Wohngebiet 2*

IV. Der Rat der Stadt beschließt

den für ein Gebiet zwischen Fährstraße im Norden, Hinter der Böck im Osten und Auf der Böck im Süden und Westen

– maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 Absatz 7 BauGB im Bebauungsplan-Entwurf Nr. 03/007 – Westlich Hinter der Böck –

am 12.9.2024 aufgestellten und heute geänderten Bebauungsplan-Entwurf Nr. 03/007

– Westlich Hinter der Böck - gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung mit der Begründung einschließlich des Umweltberichtes vom 12.5.2025 sowie der zusammenfassenden Erklärung (siehe Anlage 2).

18

Flächennutzungsplanänderung Nr. 182 (Entwurf) – Westlich Hinter der Böck

APS/061/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Die Linke, AfD und Ratsherr Lemmer. Wer enthält sich? – Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, der Oberbürgermeister und FDP. Damit ist die Vorlage mehrheitlich angenommen.

Beschluss

- I. Der Rat der Stadt stimmt der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 BauGB gemäß Vorlage Nr. APS/043/2024 zu (zustimmender Beschluss des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung sowie Beschlussempfehlung an den Rat vom 12.6.2024, Anlage 3 zur vorliegenden Vorlage).*
- II. Der Rat der Stadt nimmt Kenntnis von den zur Flächennutzungsplanänderung Nr. 182 (Entwurf) - Westlich Hinter der Böck - während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen und entscheidet hierüber gemäß § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung entsprechend Anlage 1 zur vorliegenden Vorlage.*
- III. Der Rat der Stadt beschließt*
den für ein Gebiet etwa zwischen der Straße Hinter der Böck im Osten, Auf der Böck im Süden und Westen und circa 50 Meter südlich der Fährstraße im Norden sowie nördlich und südlich der Straße Auf den Steinen
– maßgebend ist der räumliche Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung Nr. 182 (Entwurf) – Westlich Hinter der Böck –
erstellten Entwurf gemäß § 5 Absatz 5 BauGB als Flächennutzungsplanänderung Nr. 182 – Westlich Hinter der Böck – mit der Begründung einschließlich des Umweltberichtes vom 16.5.2025 sowie der zusammenfassenden Erklärung (siehe Anlage 2).

19

Umbenennung des „Jürgensplatz“ im Stadtbezirk 3 in „Edith-Fürst-Straße“ und Benennung der Platzfläche vor dem Polizeipräsidium und dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung in „Am Polizeipräsidium“

APS/067/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu noch einmal Debatte gewünscht? – Das ist der Fall. Dann rufen wir das gleich wieder auf.

20

Förderprojekt KreativRaum D – Teilbaustein Umsetzungsstrategie Zukunft Altstadt Innenstadt

APS/068/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen die Vorlage? – Die AfD. Enthält sich jemand? – Das sehe ich nicht. Gegenprobe: Wer ist dafür? – Das ist dann in der Tat der Rest. Vielen Dank. Damit ist die Vorlage mehrheitlich angenommen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung den Erarbeitungsprozess (2.2 & 3.) auf der Grundlage der dargestellten Zwischenergebnisse weiter als Teilbaustein des Förderprojekts „KreativRaum D“ fortzuführen.

21

Entwicklung Tetelberg – Beauftragung einer externen Projektsteuerung

APS/070/2025

21.1

Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

RAT/269/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hierzu gibt es einen Ergänzungsantrag. Deshalb rufen wir das gleich noch einmal auf.

22

3. Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP NRW)

APS/072/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das sehe ich nicht. Ist jemand gegen die Vorlage? – Enthält sich jemand? – Ratsherr Lemmer. Dann ist das im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt Düsseldorf stimmt der Stellungnahme der Verwaltung entsprechend der Anlage zu und beauftragt die Verwaltung, die Stellungnahme in das formelle Beteiligungsverfahren einzubringen.

23

Kenntnisnahme des Jahresabschlusses 2024 der Stadtparkasse Düsseldorf, Beschluss zur Gewinnverwendung sowie Entlastung der Sparkassenorgane für das Jahr 2024

RAT/232/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu noch einmal das Wort gewünscht? – Ratsherr Kühbacher nimmt wegen Befangenheit an Beratung und Abstimmung nicht teil, und auch die Mitglieder des Verwaltungsrates dürfen bei der Entlastung des Verwaltungsrates nicht mitstimmen. – Ich sehe keinen Wunsch nach Debatte. Deshalb rufe ich die Ziffern 1 bis 3 getrennt zur Abstimmung auf.

Wir nehmen zunächst den Jahresabschluss 2024 zur Kenntnis unter Ziffer 1. Möchte das jemand nicht zur Kenntnis nehmen oder sich enthalten? – Enthaltung bei den Linken und bei Ratsherrn Lemmer.

Ziffer 2: Beschluss, den Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2024 in Höhe von 22.200.000 Euro der LHD zuzuführen und in Höhe von 35.944.536,07 Euro in die Sicherheitsrücklage der Sparkasse einzustellen. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? – Niemand. Wer enthält sich? – Die Linke und Tierschutz/Freie Wähler. Dann ist das im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu 3 a., Entlastung der Sparkassenorgane – Verwaltungsrat. Ist jemand gegen die Entlastung? – Enthält sich jemand? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

3 b., Entlastung des Vorstandes: Wer ist gegen die Entlastung des Vorstandes? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Damit hätten wir den TOP 23 erledigt.

Beschluss

1. *Der Rat der Stadt Düsseldorf nimmt den Jahresabschluss 2024 der Stadtsparkasse Düsseldorf zur Kenntnis.*
2. *Der Rat der Stadt Düsseldorf beschließt, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2024 in Höhe von 58.144.536,07 Euro*
 - *gemäß § 25 Absatz 1 b) SpkG NRW 22.200.000,00 Euro der Landeshauptstadt Düsseldorf zuzuführen und*
 - *gemäß § 25 Absatz 1 c) SpkG NRW 35.944.536,07 Euro in die Sicherheitsrücklage der Stadtsparkasse Düsseldorf einzustellen.*
3. *Entlastung der Sparkassenorgane*
 - a. *Der Rat der Stadt Düsseldorf erteilt dem **Verwaltungsrat** der Stadtsparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr vom 1.1.2024 bis 31.12.2024 gemäß § 8 Absatz 2 f) SpkG NRW Entlastung.*
 - b. *Der Rat der Stadt Düsseldorf erteilt dem **Vorstand** der Stadtsparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr vom 1.1.2024 bis 31.12.2024 gemäß § 8 Absatz 2 f) SpkG NRW Entlastung.*

24

Beteiligungsbericht 2023 der Landeshauptstadt Düsseldorf

HFA/020/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Eine Kenntnisnahme-Vorlage. Wird hier das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das so **zur Kenntnis** genommen.

25

Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in Tagespflege und im Rahmen der Ganztagsbetreuung im Primarbereich

JHA/038/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Ist jemand gegen die Vorlage? – Tierschutz/Freie Wähler. Enthält sich jemand? – Niemand. Dann ist das im Übrigen mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die anliegende Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in Tagespflege und im Rahmen der Ganztagesbetreuung im Primarbereich (Anlage 1) inklusive der Anpassung der Beitragssätze bezogen auf die Neukonzeption der Ganztagsbetreuung im Primarbereich ab 2026/27.

26

Rahmenverträge für die freie Szene

KUA/018/2025

26.1

Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion

RAT/263/2025

26.2

Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke

RAT/264/2025

26.3

Änderungsantrag der Ratsfraktionen SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen

RAT/274/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Dazu gibt es Änderungsanträge, das heißt, wir rufen es noch einmal auf.

TOP 27 ist geschoben beziehungsweise es gibt dazu Beratungsbedarf und wird heute nicht beraten.

28

Weiterentwicklung der Wochenendöffnung von Stadtbüchereien

KUA/088/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Ist jemand gegen die Vorlage? – Enthält sich jemand? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt beschließt zum 1.10.2025 die Ausweitung der Öffnungszeiten der Stadtteilbücherei Gerresheim von zurzeit 22 Wochenöffnungsstunden auf künftig 32 Wochenöffnungsstunden.

Der Rat der Landeshauptstadt beschließt zum 1.10.2025 die Ausweitung der Öffnungszeiten der Stadtteilbücherei Wersten von zurzeit insgesamt 22 Wochenöffnungsstunden auf künftig 32 Wochenöffnungsstunden.

29

Restitution eines Gemäldes

KUA/101/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das sehe ich nicht. Ist jemand gegen die Vorlage? – Enthält sich jemand? – Die AfD. Dann ist das im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, das Gemälde „Juniabend“ von Karl Schmidt-Rottluff an die Erbin nach Hans Hess zu restituieren.

30

Abgabe eines stehenden Angebots für die Schiedsgerichtsbarkeit NS-Raubgut

KUA/102/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das sehe ich nicht. Ist jemand gegen die Vorlage? – Enthält sich jemand? – Die AfD. Damit ist das im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, die Abgabe eines auf der Webseite der Schiedsstelle NS-Raubgut zu veröffentlichenden Angebots zum Abschluss einer Schiedsvereinbarung im Sinne von § 1029 ZPO (stehendes Angebot) gemäß Anlage 3.

31

Deutsche Oper am Rhein, Verlängerung der Theatergemeinschaft

KUA/115/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen die Vorlage? – Enthält sich jemand? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(Beifall von CDU und SPD)

Ich finde auch, dass das einen Beifall wert ist.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die Fortsetzung der Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gGmbH, Deutsche Oper am Rhein, mit folgender Maßgabe und ermächtigt die städtischen Vertreter/innen in den Gremien der Gesellschaft, den entsprechenden Änderungen des Gesellschaftsvertrages zuzustimmen:

- 1. Die Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gGmbH, Deutsche Oper am Rhein, wird über den 31.7.2027 hinaus für weitere 8 Jahre bis zum 31.7.2035 fortgeführt. Es besteht die Möglichkeit zur Überprüfung der finanziellen Rahmenbedingungen mit Wirkung zur sechsten Spielzeit des Verlängerungszeitraums, das heißt für die Spielzeit 2032/2033. Die Gesellschafter werden somit die zweite Hälfte der fünften Spielzeit des Verlängerungszeitraums (Januar bis Juli 2032) nutzen, um sich in dieser Sache zu verständigen.*
- 2. Ausgangspunkt der Finanzierung ist eine prozentuale Kostenverteilung zwischen den Gesellschaftern Landeshauptstadt Düsseldorf und Stadt Duisburg auf Basis des Wirtschaftsplanes der Spielzeit 2025/2026 mit dem gesellschaftsvertraglich vereinbarten Verhältnis der Zuschüsse zu den Vorstellungszahlen von 70:30 mit den in der Sachdarstellung genannten jährlichen Zuschüssen.*
- 3. Bezüglich der Übernahme der jährlichen Kostensteigerungen je Spielzeit wird folgende Aufteilung vereinbart:
Die Landeshauptstadt Düsseldorf übernimmt 70 Prozent der Personalkostensteigerungen sowie der bezogenen Leistungen, die Stadt Duisburg 30 Prozent. Darüber hinaus übernimmt die Gesellschaft Deutsche Oper am Rhein gGmbH 100 Prozent der jährlichen Sachkostensteigerungen (excl. bezogene Leistungen).*
- 4. Die Anzahl der Vorstellungen in Duisburg von jetzt 78 pro Spielzeit und die Anzahl der Vorstellungen in Düsseldorf von jetzt 180 pro Spielzeit bleibt unverändert.*
- 5. Die Anzahl der Einsätze des Orchesters der Duisburger Philharmoniker bleibt mit 21 Einsätzen pro Spielzeit im Düsseldorfer Opernhaus unverändert.*

32

Neubau der Theodor-Heuss-Brücke

OVA/067/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen die Vorlage? – Enthält sich jemand? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(Beifall von der CDU)

Auch das ist ein guter Beschluss.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, die Theodor-Heuss-Brücke grundsätzlich durch ein neues Brückenbauwerk zu ersetzen und hierfür die notwendigen Vorbereitungen zu treffen:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die weitere Planungs- und Bauaufgabe an das städtische Tochterunternehmen Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH (IPM) im Rahmen einer Inhouse-Vergabe in ausführender Bauherrenfunktion entsprechend zu übertragen.*
- 2. Vor diesem Hintergrund beschließt der Rat, den Unternehmensgegenstand der IPM um die in der Sachverhaltsdarstellung beschriebenen Aufgaben in geeigneter Weise zu erweitern. Zudem ermächtigt der Rat die städtischen Vertreter/innen in den Gesellschaftsgremien der IPM, der erforderlichen Anpassung des Gesellschaftsvertrages zuzustimmen und beauftragt die Verwaltung, die Anpassungen des Gesellschaftsvertrages zu veranlassen.*
- 3. Die IPM wird beauftragt, die erforderlichen Ausschreibungsunterlagen für die HOAI-Leistungsphasen 1 und 2 vorzubereiten sowie notwendige Vorabmaßnahmen, z.B. die Bauvermessung und Baugrunderkundung, soweit wie möglich durchzuführen.*
- 4. Der Rat beschließt für die v. g. Leistungen die Bereitstellung der notwendigen Mittel inkl. der Kosten der IPM sowie der externen Berater- und Ingenieurleistungen in Höhe von 22.200.000 Euro. Die Mittel werden zum Haushaltsplanentwurf 2026 ff. mit gesamtstädtischer Deckung veranschlagt.*
- 5. Nach Abschluss der Leistungsphase 1 sowie Abschluss der Machbarkeitsstudie zum Zielkonzept Stadtbahnbau wird dem Rat eine Entscheidungsvorlage zum Brückenquerschnitt vorgelegt werden.*

33

Bedarfs-, Umsetzungs- und Finanzierungsbeschluss – Modernisierung der Leitstelle des Ordnungsamtes im Rahmen des Projektes „ProSiD 2021“

OVA/089/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen die Vorlage? – Enthält sich jemand? – Dann ist das so beschlossen.

Beschluss

Der Rat beschließt den Bedarf für die Modernisierung der Leitstelle des Ordnungsamtes im Rahmen des Projektes „Prävention, Ordnung und Sicherheit in Düsseldorf 2021+“ (ProSiD 2021+) und vorbehaltlich des Zustimmung des Gebäudeeigentümers zur notwendigen Anpassung der Lüftungsanlage die Ausführung und Finanzierung der Maßnahme „Modernisierung der Leitstelle des Ordnungsamtes“ mit einer Gesamtsumme von 2.680.279 Euro.

34

Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss zur Neugestaltung der Mühlenstraße

OVA/090/2025

34.1

Ergänzungsantrag der Ratsfraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen

OVA/110/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Den TOP rufen wir gleich noch einmal auf.

35

Schulorganisatorische Maßnahmen zur Umsetzung des sukzessiven Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz ab dem Schuljahr 2026/27 im Primarbereich (SOM IX)

SCHUA/029/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Ja, Ratsherr Dr. Graebner wünscht Debatte.

36

Zukunftsfähige Ausrichtung des Schulstandortes Bachstraße 8

SCHUA/031/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

1. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung aufgrund einer durch die IPM durchgeführten qualifizierten Zukunftsbetrachtung mit der Planung eines Ersatzneubaus für das Berufskolleg Bachstraße am Standort Bachstraße 8 und beauftragt die Verwaltung den hierfür erforderlichen Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss herbeizuführen.*
2. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf ermächtigt die Verwaltung, die IPM mit der Planung und Umsetzung der unter Ziffer 1 aufgeführten Maßnahme zu beauftragen.*
3. *Für die weitere Nutzung des Standortes Schmiedestraße 17 wird eine Verlängerung der Anmietung der Containeranlage erforderlich. Hierfür werden nach aktuellem Mietvertrag Mittel in Höhe von 3.498.000 Euro benötigt. Die für 2026 bis 2029 benötigten Mittel werden in den Haushalt 2026 ff. eingebracht.*
4. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt für das Berufskolleg Bachstraße, Bachstraße 8, 40223 Düsseldorf, Schulnr. 187689 gemäß § 81 Absatz 2 SchulG NRW:*
 - a) *Die Verlängerung des befristeten Teilstandortes am Standort Franklinstraße 5, 40479 Düsseldorf ab dem Schuljahr 2025/2026 bis zur Fertigstellung des Ersatzneubaus am Standort Bachstraße 8, avisiert zum Ende des Schuljahres 2028/29*
 - b) *Die Verlängerung des befristeten Hauptstandortes am Standort Schmiedestraße 17, 40227 Düsseldorf ab dem Schuljahr 2025/2026 bis zur Fertigstellung des Ersatzneubaus am Standort Bachstraße 8, avisiert zum Ende des Schuljahres 2028/2029*

37

**Kittelbach – Sanierung Durchlass Heinrichstraße/Münsterstraße (W-0028000000) -
Bedarfsbeschluss**
SEBD/020/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, für das Projekt „Kittelbach – Sanierung Durchlass Heinrichstraße / Münsterstraße“ (W-0028000000) die Planung durchzuführen und eine Kostenberechnung zu erstellen.

38

Mehr Flächen für den Sport: Sportorganisatorisches Maßnahmenpaket
SPOA/024/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

1. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die nachfolgenden sportorganisatorischen Maßnahmen:*
 - a) *Vereinssportanlage Am Heerdter Hof - Neubau von zwei Mehrzwecksportplätzen und eine Bouleanlage*
 - b) *Bezirkssportanlage Vennhauser Allee - Umwandlung eines Tennen-Rasenspielfeldes in ein Kunstrasenspielfeld*
 - c) *Vereinssportanlage Grenzweg - Umwandlung Tennen-Rasenspielfeld in ein Kunstrasenjugendspielfeld, Ertüchtigung eines Kleinspielfeldes und Bau eines Funktionsgebäudes mit Gymnastikraum*
2. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung für die unter Ziffer 1 genannten Sportsstätten die erforderlichen Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüsse herbeizuführen und stimmt der Abwicklung durch die Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH (IPM) zu.*
3. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt den Sperrvermerk im Haushaltsansatz 7.90000053.A0 Sachkonto 7852000 über die etatisierten Planungsmittel in Höhe von 300.000 Euro aufzuheben.*

39

Umsetzung Bäderkonzept 2020: Neubau Hallenbad Unterrath
SPOA/037/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Ja. Dann rufen wir das noch einmal auf.

40

Bestätigung der stimmberechtigten Mitglieder der Fraktionen für den Behindertenrat
RAT/193/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, die in der nachstehenden tabellarischen Übersicht aufgeführten Vertreterinnen und Vertreter der FDP-Ratsfraktion aufgrund des Ausscheidens des bisherigen Mitglieds zur Entsendung in den Behindertenrat zu bestätigen.

41

Bestätigung der stimmberechtigten Mitglieder der Fraktionen für den Seniorenrat RAT/194/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, die in der nachstehenden tabellarischen Übersicht aufgeführten Vertreterinnen und Vertreter der FDP-Ratsfraktion aufgrund des Ausscheidens des bisherigen Mitglieds zur Entsendung in den Seniorenrat zu bestätigen.

42

Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien RAT/213/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

1. Der Rat der Stadt wählt für folgende Ausschüsse Nachfolger/-innen für folgende Ausschussmitglieder:

Ausschuss für Gleichstellung

1. Stellvertretung:

anstelle von

Müller-Gehl, Petra

Die Linke

Müller, Nicole

Die Linke

2. Stellvertretung:

anstelle von

N.N.

Die Linke

Müller-Gehl, Petra

Die Linke

Ausschuss für Wirtschaftsförderung, internationale und regionale Zusammenarbeit

2. Stellvertretung:

anstelle von

N.N.

Die Linke

Meyer, Luca

Die Linke

- 2.** Der Rat der Stadt bestellt gemäß § 27 Absatz 2 Sätze 4 und 5 der Gemeindeordnung NRW für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) eine Nachfolgerin für folgendes Mitglied des Integrationsrates:

Integrationsrat

2. Stellvertretung:

anstelle von

N.N.

FDP

Jenöffy-Lochau, Dr. Marek (R)

FDP

43

Verbandsversammlung des Zweckverbandes IT-Kooperation Rheinland – Ersatzbestellung

RAT/224/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt bestellt für den Rest der laufenden Wahlperiode des Rates

Ratsherrn Dr. Marek Jenöffy-Lochau anstelle von Frau Monika Lehmhaus

zum stellvertretenden Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes IT-Kooperation Rheinland.

44

Mitgliederversammlung des Vereins „Metropolregion Rheinland e. V.“ – Ersatzbestellung

RAT/225/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf bestellt

Ratsherrn Dr. Marek Jenöffy-Lochau anstelle von Frau Monika Lehmhaus

zum stellvertretenden Mitglied in die Mitgliederversammlung des Vereins „Metropolregion Rheinland e. V.“

45

Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Düsseldorf – Ersatzwahl

RAT/227/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt wählt aufgrund der §§ 8 Absatz 1 und 12 Absatz 5 des Sparkassengesetzes NRW (SpkG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.11.2008 (GV NRW S. 696/ SGV NRW 764) für den Rest der laufenden Amtszeit

Ratsfrau Dr. Christine Rachner

zum stellvertretenden Mitglied in den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Düsseldorf.

47

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Nr. 07/019 – Glasmacherviertel

APS/087/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Ja, wenig überraschend.

Dann sind wir am Ende des Schnelldurchlaufes angekommen und greifen die Tagesordnung wieder auf.

11

Sicherstellung des Bestattungsangebotes für muslimische und jüdische Verstorbene in Düsseldorf im Bereich des Friedhofs Itter

AÖE/025/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hierzu hatten sich Ratsherr Mielczarek und Ratsherr Rütz gemeldet – in dieser Reihenfolge. – Sie haben das Wort, Ratsherr Mielczarek.

Ratsherr Mielczarek (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Ratsleute! Wir hatten darum gebeten, noch einmal kurz darüber sprechen zu können, weil wir im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen die Frage gestellt haben, ob bei Umsetzung der Planung zwischen der Friedhofsfläche und der Münchener Straße dann noch genügend Platz für den angedachten Radschnellweg und die angedachte Stadtbahnstrecke vorhanden sein würde. Das konnte im Ausschuss nicht geklärt werden. Daher möchten wir nachfragen, ob Sie uns das hier in der Sitzung bestätigen können, dass genügend Platz verbleiben würde. – Danke.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Beigeordnete Zuschke in Vertretung für Herrn Kollegen Kral.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ratsherr Mielczarek, das ist möglich, und zwar ist bei der Einrichtung des Friedhofs schon bei dem umgebenden Begleitgrün noch einmal ein 2,50 Meter breiter Streifen abgeknappst worden. Somit haben wir den bestehenden Radweg mit 2,50 Metern und den Abstand zum Friedhof. Es gibt auch noch das Friedhofsgrün als Puffer für den Notfall. Insofern passt der Radweg auf jeden Fall darauf. Dann haben wir noch die begleitende Busspur und die Böschung zur Münchener Straße. Diese ist sozusagen im Korridor für eine eventuelle Stadtbahnverlängerung. Das ist damals alles mit eingeplant worden, als der Friedhof geplant wurde. Die Erschließung des Friedhofs geht ja dann über das neue Baugebiet an der Ickerswarder Straße. Insofern kollidiert das auch nicht.

(Ratsherr Mielczarek [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank!)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Ist die Frage damit beantwortet?

(Ratsherr Mielczarek [Bündnis 90/Die Grünen] nickt.)

Ratsherr Rütz, Sie haben das Wort.

Ratsherr Rütz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Ausschuss hat mehrheitlich oder sogar einstimmig diese Vorlage empfohlen. Wir befinden uns ja auf der Ebene

des Bedarfsbeschlusses, deshalb haben wir aber auch die Bitte mitgegeben, die Trassensicherung in regelmäßiger Ausgestaltung zu betreiben.

Der andere Punkt: Es werden ein bis zwei neue Parkplätze geschaffen, weil man glaubt, dass das muslimische Gräberfeld sozusagen einen erhöhten Parkautoverkehr nach sich ziehe. Auch dazu richten wir den Appell an die Verwaltung, dies möglichst landschaftsschonend und in der Weise zu gestalten, dass die anderen Nutzungen nicht beeinträchtigt werden. Wie gesagt, das kann für den Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss alles noch berücksichtigt werden. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Ratsherr Rütz. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 11, AÖE/025/2025. Ich frage: Wer ist für diese Vorlage? – Das sind Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Oberbürgermeister, CDU, FDP, Tierschutz/Freie Wähler und Die Partei-Klima-Fraktion. Enthält sich jemand? – Die AfD enthält sich. Gegenstimmen sehe ich nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung, für das Projekt „Sicherstellung des Bestattungsangebotes für muslimische und jüdische Verstorbene in Düsseldorf im Bereich des Friedhofs Itter“ mit Gesamtkosten von circa 2,91 Millionen Euro die Planung durchzuführen und eine Kostenberechnung zu erstellen und stimmt der überplanmäßigen Mittelbereitstellung in Höhe von 384.252 Euro durch Frau Stadtkämmerin Schneider zu.

12

Planung und Umsetzung der Freianlagen der Baumaßnahme „Grünzug Aaper Wald“ in Düsseldorf Rath/Mörsenbroich

AÖE/035/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Münter, Ratsherr Mielczarek. – Sie haben das Wort, Ratsherr Münter.

Ratsherr Münter (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ehrlicherweise ist dieser Tagesordnungspunkt einfach zu schön, um ihn einfach durchlaufen zu lassen. Deswegen ergreife ich kurz das Wort und möchte Sie in den Planungsprozess mitnehmen. Wir haben diesen Weg, der von einem wirklich schwer belasteten Sozialraum in den Wald führt. Die Planungen dazu haben wir vor circa 15 Jahren aufgenommen, damals, als wir die ersten Anträge dazu gestellt haben. Es war noch in der Bezirksvertretung. Wir als CDU im Rat haben das damals auf den Plan gebracht und wurden belächelt. Es wurde als nicht umsetzbar angesehen. Es gab Kopfschütteln. Dann haben wir Planungsmittel seitens der Bezirksvertretung freigegeben und sind dann in den Planungsprozess eingestiegen. Ich muss sagen, dass sich die Verwaltung an dieser Stelle ausgesprochen gut, ausgesprochen pragmatisch und sehr innovativ verhalten hat.

Ich muss an dieser Stelle sagen, dass ich die Gelegenheit nutzen möchte, der Planungsverwaltung zu danken. Es ging darum, Mittel zu beschaffen, und darum, eine Idee zu finden, wie man die Verbindung zum Wald hinbekommen will. All das hat die Verwaltung mit viel Herzblut, mit viel Engagement getan. Frau Zuschke, ich werde keine Namen nennen, aber Sie wissen, wen ich im Einzelnen meine. Bitte geben Sie den Dank weiter.

(Beigeordnete Zuschke: Ich gebe es weiter!)

Ich muss sagen, eine große Freude ist es deshalb, weil wir durch diesen direkten Zugang in den Wald aus einem, ich habe es eben genannt, problematischen Sozialraum heraus eine Politik machen, die direkt bei den Menschen vor Ort ankommt. Darüber bin ich heute sehr froh, und, liebe

Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr dankbar, wenn wir ein starkes Signal haben und den Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss heute mit großer Mehrheit beschließen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Mielczarek, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Mielczarek (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Ratsleute! Das geht mir und unserer Fraktion ganz genauso. Wir haben interfraktionell wirklich sehr lange in allen Gremien daran gearbeitet, dass wir diesen Grünzug so auch herrichten können. Das ist eine Superchance für den Stadtteil, für das Gebiet, das bisher vor dem Wald lag, aber keinen Zugang zum Wald hatte, weil da eine Barriere war, einen Zugang zum Wald und zur Naherholung zu bekommen. Das ist wirklich toll, und ich freue mich auch ausgesprochen, dass wir das jetzt auf den Weg bringen können.

Wir haben allerdings eine Nachfrage. Es ist geplant, die Strecke als ruhige Route für den Radverkehr herzurichten und freizugeben. Das hatten wir im Vorfeld auch immer wieder thematisiert. Da wir im Bereich der Kleingartenanlage ja einen „Flaschenhals“ haben, ist geplant, in diesem Bereich eine Umleitung über die Derfflingerstraße für den Radverkehr einzurichten. Dann ist es allerdings notwendig, wieder auf den Grünzug zu kommen, und zwar über den vierspurigen Rather Broich von der Derfflingerstraße aus, wo aktuell keine Radverkehrsführung besteht.

Hierzu wollten wir nachfragen, ob Sie uns bestätigen können, dass Sie in dem betroffenen Abschnitt bei uns als Teil dieser Planung eine Radverkehrsführung anlegen, um diese ruhige Route herzurichten. Die Förderung der klimafreundlichen Mobilität ist explizit Teil des Förderbescheids. Insofern müsste das eigentlich geschehen. Können Sie uns das bestätigen?

Ansonsten freue ich mich, wie gesagt, sehr, dass wir das jetzt endlich auch geschafft haben.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Kann das bestätigt werden?

(Beigeordnete Zuschke: Ja!)

Reicht Ihnen das, Ratsherr Mielczarek, dass Ihre Frage mit Ja beantwortet wird?

(Ratsherr Mielczarek [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, wenn Sie das so bestätigen!)

Gut. Vielen Dank. Dann ist das so abgearbeitet. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage unter TOP 12, AÖE/035/2025: Planung und Umsetzung der Freianlagen der Baumaßnahme „Grünzug Aaper Wald“ in Düsseldorf Rath/Mörsenbroich. Wer ist gegen die Vorlage? – Enthält sich jemand? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat beschließt die Ausführung und Finanzierung des Projektes: Planung und Umsetzung der Baumaßnahme „Grünzug Aaper Wald“ in Düsseldorf Rath/Mörsenbroich mit Gesamtkosten von rund 5.500.974 Euro (brutto) und jährlichen Folgekosten von 37.691 Euro netto.

15

Reflexion und Fortschreibung ZUKUNFT QUARTIER.DÜSSELDORF

APS/043/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Frey, danach Ratsfrau Penack-Bielor. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Frey.

Ratsfrau Frey (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Meine Damen und Herren! Das Projekt ZUKUNFT QUARTIER.DÜSSELDORF, dieses ganze Verfahren begleiten wir schon seit Langem sehr positiv. Wir finden es auch ganz toll, dass es hier erneut eine Reflexion und Fortschreibung gibt und sogar Geld heute mitbeschlossen werden soll.

Wir hatten im Bezirk 6 die Anhörung erst nach der HFA-Sitzung und haben noch einige Empfehlungen. Wie ich gesehen habe, haben wir, glaube ich, als einzige Bezirksvertretung Empfehlungen herausgearbeitet, die wir sogar einstimmig beschlossen haben. Diese möchte ich zumindest heute hier nennen, damit sie im weiteren Verfahren eventuell doch noch Berücksichtigung finden können.

Im Handlungsraum 01, Lichtenbroich, haben wir gesagt, soll eine Handlungsraum-Koordination eingerichtet werden. Bisher ist das in dem Papier nicht vorgesehen. Tatsächlich ist eine Handlungsraum-Koordination eine sehr wichtige Person beziehungsweise eine wichtige Funktion, die etwas Wesentliches bewirken kann. Im späteren Verlauf wäre noch mehr erforderlich.

Wir haben des Weiteren gesagt, dass die Maßnahme Workshop und Konzeptskizze, die im Handlungsraum 01, Lichtenbroich, mit diesem Papier festgeschrieben werden soll, bitte schön mit hoher Priorität behandelt werden sollte. Bisher haben wir im Bezirk 6 – das muss ich ganz ehrlich sagen – nicht immer so die Priorität. Ich wohne jetzt schon so lange dort. Wir hätten gern mal etwas Priorität. Ich wäre froh, wenn das ein wenig mit hineinkommt. Ein kleines Geburtstagsgeschenk in dieser Richtung wäre schön.

Anschließend haben wir aber auch gesagt, dass die Werkzeuge Nachbarschaftsaktion und Nachbarschaftsfonds bitte schön geprüft werden, damit auch wirklich etwas passiert, das sichtbar ist. So viel. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Penack-Bielor hat als Nächste das Wort. – Bitte.

Ratsfrau Penack-Bielor (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion unterstützt die Fortschreibung des Programms aus folgenden drei Gründen:

Erstens. Wir stärken mit diesem Programm gezielt die Lebensqualität in unseren Stadtteilen, ob durch Spielplätze, das gute Miteinander, die Nachbarschaft oder Beratung vor Ort. Es sind genau diese Projekte, die das Leben der Menschen vor Ort in den Stadtteilen erheblich verbessern.

Zweitens. Wir setzen auf Zusammenarbeit statt auf Bürokratie. Die drei Quartierskoordinationen haben gezeigt, wie fachübergreifendes und agiles Arbeiten vor Ort wirkt: direkt, lösungsorientiert und bürgernah.

Drittens. Wir investieren mit Augenmaß. Die bereitgestellten Mittel sind überschaubar, aber gut eingesetzt: für mehr Zusammenhalt, Sicherheit und Entwicklung in den Quartieren.

Ich habe schon den Eindruck, dass bei mir im Stadtbezirk 7 die Quartierskoordination und das Quartiersmanagement schon sehr gut angekommen sind. Ich fühle mich da nicht unterversorgt. Im Gegenteil, gerade die Heyestraße hat schon sehr davon profitiert. Wir hoffen, dass diese Entwicklung weitergeht und wir die Stadtteile weiter stärken können. Daher werden wir der Vorlage zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Klinke, bitte, danach Ratsherr Mielczarek. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Klinke.

Ratsfrau Klinke (Bündnis 90/Die Grünen): Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Die BV 1 hat das Papier natürlich auch zur Kenntnis genommen und diskutiert, und das am 27. Juni. Das war exakt der gleiche Tag, der gleiche Nachmittag, an dem im Bereich Stadtmitte Ost auch das große Workshop-Programm stattfand. Das fanden wir sehr misslich, sind aber gespannt zu hören, was aus diesem Workshop SiBu herausgekommen ist, und wir regen an, dass wir die nächsten Workshop-Verfahren in dieser Richtung doch miteinander gestalten. Ansonsten sind wir natürlich sehr froh, dass das dort insgesamt so abgebildet worden ist. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Mielczarek und Ratsfrau Holtmann-Schnieder. – Bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Mielczarek (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Ratsleute! Ich möchte mich Ratsfrau Frey anschließen, also explizit zustimmen. Es ist wirklich so: In Lichtenbroich ist leider noch keine einzige Maßnahme umgesetzt worden. Es ist etwas geplant, aber wir müssen mehr Augenmerk darauf legen. Deswegen möchte ich beantragen, dass wir die Empfehlungen der BV hier mitbeschließen. Das gibt uns die Möglichkeit, in Lichtenbroich genauso effektiv zu agieren, wie es zum Beispiel im Stadtbezirk 7 funktioniert. Ich habe mitbekommen, dass es dort super funktioniert. Lassen Sie uns das jetzt tun! Daher der Antrag, mitzubeschließen, was die BV uns und allen Fraktionen einstimmig empfohlen hat.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Ratsfrau Holtmann-Schnieder, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Teilnehmende am Stream! Die SPD-Fraktion freut sich ebenfalls über diese Vorlage. Wir unterstützen das. Wir finden es sehr wichtig, dass in all den benachteiligten Quartieren gleichzeitig Projekte stattfinden, um die Nachbarschaften zu stärken und die Lebensqualität dort aufzuwerten und zu unterstützen. Darum würden wir auch die Anregungen aus dem Stadtbezirk 6 unterstützen. Das sind Maßnahmen, die schon vorgesehen, aber bis jetzt nicht umgesetzt sind. Natürlich ist es richtig, dort zügig tätig zu werden und diese Punkte aufzugreifen.

Ich möchte trotzdem die Gelegenheit kurz nutzen. Das sind kleine Maßnahmen, die im Rahmen des Projektes ZUKUNFT QUARTIER.DÜSSELDORF in Angriff genommen werden. Das ist auch alles so weit richtig. Aber wir haben Quartiere, in denen es einen hohen Unterstützungsbedarf gibt. Wir haben im Moment zwei Projekte der integrierten Quartiersentwicklung laufen. Das ist in Rath/Mörsenbroich – da kommt der Stadtbezirk 6 dann trotzdem vor –, mit jahrelanger Unterstützung für dieses Quartier. Das andere ist Garath. Wir haben bereits weitere Quartiere auf diese Art und Weise unterstützt, und ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, dass es nötig ist, weil diese beiden Projekte in Rath/Mörsenbroich und in Garath demnächst auslaufen, uns auf den Weg zu machen und das nächste Projekt zu planen, die nächste integrierte Quartiersentwicklung, wo sehr umfangreich geplant und unterstützt wird. Wir hatten als SPD-Fraktion schon Hassels ins Gespräch gebracht. Einige andere kämen auch infrage. Bitte nehmen Sie das alle als Anregung mit, damit wir das bald auf den Weg bringen können. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über TOP 15. Der Antrag der BV ist aus meiner Sicht ein Ergänzungsantrag. Ich würde in dieser Reihenfolge abstimmen lassen und zunächst die Verwaltungsvorlage und dann den Antrag der BV zur Abstimmung stellen.

Deshalb kommen wir zunächst zur Verwaltungsvorlage APS/043/2025. Ich frage: Wer ist gegen diese Vorlage? – Ratsherr Jörres. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu dem Antrag aus der BV 6 als Ergänzung. Ich frage: Wer ist für den Antrag, dass wir das mitbeschließen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, AfD, Tierschutz/Freie Wähler, Die Partei-Klima-Fraktion und Die Linke. Dann haben wir das einstimmig so beschlossen. Damit ist das mitbeschlossen.

Beschluss

- I. *Der Rat der Stadt beschließt die Vorlage Reflexion und Fortschreibung ZUKUNFT QUARTIER. DÜSSELDORF und beauftragt die Verwaltung auf dieser Grundlage*
 - *die Handlungsräume mit den individuellen Werkzeugen weiterhin schrittweise zu bearbeiten.*
 - *den Handlungsraumansatz - nach Bedarf - auszubauen und die fachübergreifende, agile Zusammenarbeit auszuweiten.*
- II. *Der Rat der Stadt stimmt darüber hinaus*
 - *der Etatisierung des im Jahr 2026 zusätzlichen Finanzbedarfs in Höhe von 81.900 Euro mit gesamtstädtischer Deckung zu.*

Der Rat der Stadt beschließt die nachfolgend von der Bezirksvertretung 6 eingebrachten Ergänzungen:

- Für den Handlungsraum 01 Lichtenbroich soll eine Handlungsraumkoordination eingerichtet werden.

- Die beiden Maßnahmen Workshop und Konzeptskizze im Handlungsraum 01 Lichtenbroich sollen mit hoher Priorität umgesetzt werden.

- Anschließend soll die Aufnahme der beiden Werkzeuge Nachbarschaftsaktionen und Nachbarschaftsfonds geprüft werden.

16

Erarbeitung eines integrierten energetischen Quartierskonzepts für Friedrichstadt

APS/044/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Wolf, Sie haben das Wort.

Ratsherr Wolf (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es kommt wirklich nicht alle Tage vor, dass man in einer Verwaltungsvorlage das Forum einer Tageszeitung und einen Bezirksbürgermeister findet. Es hat mich sehr gefreut, dass man direkt darauf eingegangen ist. Es ist auch bemerkenswert, dass man nach einer Initiative, die in etwa schon über drei Jahre dauert, hingegangen ist und die Verwaltung dazu gewinnen konnte, ein Quartier aufzustellen, das sich der Dekarbonisierung anschließt, also ein „Klimaquartier“ schafft und dem dann auch entsprechen möchte. Dabei steht ganz besonders bei den Initiatorinnen und Initiatoren der Wunsch im Raum, auch die Bürgerinnen und Bürger intensiv einzubinden. Es geht nicht nur darum, dass man Gebäude saniert. Es geht auch um die kleinteiligen Dinge, zum Beispiel Balkon-Solaranlagen, aber auch um den freien Raum.

Die Hochschule Düsseldorf ist dazu gewonnen worden. Die Bezirksvertretung hat es vor anderthalb Jahren auch finanziert. Studentinnen und Studenten haben dann ihre Visionen in diesem Quartier, was damals noch gar nicht so benannt war, aufgezeigt. Dabei war auch die Freiraumplanung. Die Quartierskonzepte, das wissen wir, beinhalten viel mehr als nur Klima, sondern auch Kultur und weitere Aspekte.

Ich bin gespannt, wie sich das weiter entwickeln wird, denn das eine oder andere haben wir in dieser Stadt ja auch schon an Programmen: Früher hatten wir SAGA. Wir haben das Gartenamt mit dem Programm „ZusammenWachsen“. Die Bezirksvertretung hat schon vor über drei Jahren

beschlossen, aus der Kirchfeldstraße eine Fahrradstraße zu machen und, und, und. Es ist also spannend zu sehen, wie die Verwaltungen im Einzelnen zusammenarbeiten werden und versuchen, gemeinsam dieses IEQK ins Laufen zu bringen.

Eine schöne kleine Nachricht für mich ist: Ich wohne dort mittendrin. Ich werde das weiter begleiten, und – Antonia ist jetzt gerade nicht da – auch die Nachbarschaft ist zum Teil schon eingebunden, ist aktiv. Ich bin echt gespannt, was herauskommen wird, und wünsche der Verwaltung viel Erfolg.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. –Ratsherr Schwenk, Sie haben das Wort.

Ratsherr Schwenk (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleg*innen! Von meiner Seite noch kurz zwei, drei Rückfragen. Dem Lob schließe ich mich an, dass unsere Fraktion geschlossen dahintersteht. Ich würde gerne noch wissen, ob im weiteren Verlauf für das Quartier ein städtebauliches Sanierungsrecht vorgesehen ist, ein Satzungsgebiet zu beschließen. Das wäre der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Wir wissen alle, Modernisierungen und der daraus folgende Druck lösen Verdrängung aus. Insofern stellt sich uns auch die Frage, ob es zielführend wäre, bereits zum jetzigen Zeitpunkt das Gebiet mit einem besonderen Vorkaufsrecht zu hinterlegen, um so zu verhindern, dass es dort zu spekulativen Verkäufen von Immobilien kommt. Es wäre schön, wenn das die Verwaltung für uns kurz einordnen und sagen könnte, wann der richtige Zeitpunkt wäre, dort mit einem besonderen Vorkaufsrecht heranzugehen. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Beigeordnete Zuschke, bitte.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ratsherr Schwenk, zum Thema Sanierungsrecht hatte ich im AWM und im APS schon berichtet, dass wir das einen spannenden Ansatz finden, den wir dort mit der Verwaltung bereits untersuchen. Ob das Sinn macht oder nicht, hat ja auch immer etwas mit Eigentumsrechten zu tun, mit Eintrittswerten und späteren Abrechnungswerten. Dort sind wir im Moment gerade in der Prüfung.

Auf die Frage nach dem besonderen Vorkaufsrecht würde ich jetzt keine spontane Antwort geben, sondern das würde ich gern erst in die Prüfung mitnehmen; denn ich bin mir nicht ganz sicher, ob das nicht zwei korrelierende Instrumente sind, die sich dann gegenseitig in irgendeiner Form wieder aufheben. Das würde ich jetzt als Prüfauftrag mitnehmen, würde dann in einer der nächsten APS- oder AWM-Sitzungen berichten. Das Thema Sanierungsrecht, wie gesagt, prüfen wir gerade.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frage beantwortet?

(Ratsherr Mielczarek [Bündnis 90/Die Grünen] nickt.)

Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über APS/044/2025. Das ist Tagesordnungspunkt 16. Ich frage: Wer ist gegen die Vorlage? – Die AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist das im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt die Vorlage zur Erarbeitung eines integrierten energetischen Quartierskonzepts für Friedrichstadt mit Mitteln aus dem Klimaschutzetat und beauftragt die Verwaltung gemäß dieser Grundlage mit dem weiteren Vorgehen.

19

Umbenennung des „Jürgensplatz“ im Stadtbezirk 3 in „Edith-Fürst-Straße“ und Benennung der Platzfläche vor dem Polizeipräsidium und dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung in „Am Polizeipräsidium“

APS/067/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ratsfrau Marmulla, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Wir beantragen getrennte Abstimmung für „Edith-Fürst-Straße“ und „Am Polizeipräsidium“.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Rohloff?

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Das hat sich gerade erledigt! – Ratsherr Rohloff [FDP]: Es hat sich erledigt!)

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Dann stelle ich zunächst zur Abstimmung die Umbenennung des „Jürgensplatz“ im Stadtbezirk 3 in „Edith-Fürst-Straße“, und zwar die Straße ohne die Platzfläche. Wer ist für diese Benennung? – Das sind alle außer der AfD. Enthält sich jemand? – Tierschutz/Freie Wähler enthält sich. Ist jemand dagegen? – Die AfD. Damit ist das mehrheitlich so beschlossen.

Dann stelle ich zur Abstimmung die Benennung der Platzfläche vor dem Polizeipräsidium und vor dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung in „Am Polizeipräsidium“. Wer ist für diese Benennung? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Partei-Klima-Fraktion, CDU, FDP und AfD. Enthält sich jemand? – Die Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler. Ist jemand dagegen? – Die Linke ist dagegen. Damit ist es in beiden Komponenten aber mehrheitlich angenommen.

Beschluss

Umbenennung des „Jürgensplatz“ (02068), Gemarkung: Neustadt, Flur: 1, Flurstück: 431, 686, 683 und teilweise 244, in

Edith-Fürst-Straße (02128)

und

Benennung der Platzfläche, Gemarkung: Neustadt, Flur: 1, Flurstück: teilweise 695 und teilweise 684, in

Am Polizeipräsidium (02089)

21

Entwicklung Tetelberg – Beauftragung einer externen Projektsteuerung

APS/070/2025

21.1

Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

RAT/269/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hierzu gibt es einen Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Bürgermeisterin Gerlach, Ratsherr Hartnigk und Ratsherr Raub. – Bitte, Frau Bürgermeisterin Gerlach, Sie haben das Wort.

Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Danke sehr, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Erst einmal freue ich mich natürlich, dass wir die Machbarkeitsstudie, die wir vorgeschlagen haben, für die Handwerkerhöfe am Tetelberg bekommen werden, und wir hoffen, dass es da schnell vorangeht. Aber wir haben uns auch zu einem Ergänzungsantrag

hinreißen lassen, weil wir, wie auch Frau Zuschke eben gesagt hat, jetzt im dritten Versuch sind, den Tetelberg mit Wohnraum zu bebauen, und uns das einfach zu langsam geht.

Wir möchten die Stadtverwaltung gern so ausstatten, dass wir schneller tätig werden können und insgesamt eine wirkungsvolle Struktur für den Wohnungsbau auf städtischen Grundstücken und für den Ankauf von Grundstücken und Gebäuden durch die Stadt schaffen können. Das heißt für uns: vier zusätzliche Stellen im Liegenschaftsamt so schnell wie möglich, die weitere Stärkung der Stadtverwaltung für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen – diese möchten wir gern im dritten Quartal vorgeschlagen haben –, und wir möchten eine Priorisierung der Aufträge an die IPM nach Beteiligung des Aufsichtsrates, der Fachausschüsse und des Rates vornehmen. Dann, glauben wir, können wir deutlich schneller vorankommen.

Wir haben es eben gehört: Es gab eine ganz lange Beantwortung der Anfrage, was alles in diesem Bereich getan wird. Wir glauben, dass es wahnsinnig wichtig ist, hier bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. 50 Prozent der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer könnten einen Wohnberechtigungsschein beantragen. Das heißt, dem gegenüber stehen viel zu wenig bezahlbare Wohnungen. Wir möchten, dass die Stadtverwaltung in die Lage versetzt wird, auf städtischen Grundstücken schneller und effektiver zu bauen.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Hartnigk. Es folgt Ratsherr Raub. – Bitte, Ratsherr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Beitrag von Bürgermeisterin Gerlach zum Ergänzungsantrag zeigt, dass er am Thema vorbei ist. Er ist aus unserer Sicht nicht zulässig, weil er mit dem Tagesordnungspunkt Änderung der Projektsteuerung am Tetelberg überhaupt nichts zu tun hat.

(Bürgermeisterin Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen] macht eine verneinende Geste.)

– Doch, Frau Gerlach, Sie haben hier gerade sehr deutlich erklärt, dass Sie mehr Personal für bestimmte weitere Maßnahmen brauchen. Das hat mit diesem Tagesordnungspunkt gar nichts zu tun, denn ein Ergänzungsantrag, so wie Sie ihn beziffert haben – Sie können ja gleich darauf antworten –, muss inhaltlich eindeutig auf den Hauptantrag der Tagesordnung Bezug nehmen. Sie haben hier ein völlig anderes Thema aufgemacht. Das können Sie machen, dann müssen Sie aber einen eigenen Antrag stellen, denn – ich habe es Ihnen gesagt – der Bezug zum Projekt Tetelberg fehlt in Ihrem Antragstext völlig. Deshalb halten wir ihn nicht für zulässig und stimmen ihm auch nicht zu – im Gegensatz zur Verwaltungsvorlage, über die wir uns freuen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Raub, Sie haben das Wort.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Was Kollege Hartnigk gerade gesagt hat, trifft im Wesentlichen das, was wir ebenfalls schon festgestellt haben, zumal auch das wieder einmal ein Beispiel dafür ist, dass es offensichtlich immer darauf ankommt, wer etwas beantragt, aber nicht, was beantragt wird; denn Dinge, die darin stehen, haben wir schon vor geraumer Zeit beantragt. Das ist damals unter anderem auch von Ihnen, Bündnis 90/Die Grünen, abgelehnt worden.

Wir werden diesem Ergänzungsantrag ebenfalls nicht zustimmen. Er hat keinerlei Bezug zu der Vorlage. Über die Vorlage freuen wir uns ebenfalls. Wir freuen uns vor allem über das, was zum Thema Azubi-Wohnen dort stattfinden wird. Das finden wir ganz besonders charmant. Deshalb werden wir dieser Verwaltungsvorlage zustimmen. Den Ergänzungsantrag lehnen wir ab.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Schwenk, Sie haben das Wort.

Ratsherr Schwenk (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Das finde ich jetzt ein bisschen kleinlich. In der Tat steht es im Antragstext nicht drin, aber in der Begründung durchaus.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Die beschließen wir nicht!)

– Hören Sie mal, wir beschließen jetzt, dass der Oberbürgermeister zum nächsten Stellenplan vorschlägt, beim Liegenschaftsamt Stellen zu schaffen, damit es dann vorangehen kann. Diese sollen dann zum Ersten besetzt werden. Den Stellenplan werden wir voraussichtlich im Februar beschließen. Insofern sind wir weit im nächsten Jahr.

Wir sind – das ist auch Anlass unseres Ergänzungsantrags – einigermaßen entsetzt, dass wir jetzt einen dritten Anlauf für den Tetelberg machen.

Wir hatten im vergangenen Jahr ein präqualifizierendes Verfahren ausgeschrieben, in dem wir Partner für die Entwicklung des Bebauungsplans gesucht haben. Das hat nicht gezündet; darauf muss man nicht eingehen.

Dann haben wir im Frühjahr beschlossen, die IPM muss ran, um dann kurze Zeit später festzustellen: Die IPM hat überhaupt keine Kapazitäten. Dann finden wir auf der Tagesordnung: Na ja, Brücken bauen oder planen kann sie dann schon. Insofern gibt es da durchaus einen Zusammenhang.

Wir wünschen uns nichts mehr, als dass das Grundstück, die Liegenschaft, die städtebauliche Entwicklung, das Projekt am Tetelberg vorankommt. Insofern halten wir es für zwingend geboten, dass die Stellen, die dafür erforderlich sind, sofort besetzt werden oder zumindest bereitgestellt werden, sodass sie besetzt werden können. Gleiches gilt natürlich für die Priorisierung der IPM. Das Liegenschaftsamt operativ in die Lage zu versetzen, auch Projekte zu handeln, hat sehr viel mit den Projekten zu tun, die wir im Rahmen der Wohnungsbauoffensive identifiziert haben und auch dort entwickelt werden müssen. Insofern wünsche ich mir, dass alle noch einmal in sich gehen und unserem Ergänzungsantrag ihre Zustimmung erteilen. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich würde allerdings den Ergänzungsantrag tatsächlich zur Abstimmung stellen.

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen] signalisiert Zustimmung)

Ratsherr Hartnigk war der Auffassung, er sei unzulässig. Bei wohlwollender Auslegung würde ich das etwas anders sehen. Ich stelle ihn jedenfalls zur Abstimmung. Da es ein Ergänzungsantrag ist, wird zunächst die Verwaltungsvorlage aufgerufen, das ist die Vorlage APS/070/2025. Ich frage: Wer ist für diese Vorlage? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, AfD und Die Partei-Klima-Fraktion. Wer enthält sich? – Niemand. Wer ist dagegen? – Die Linke und Ratsfrau Krüger. Damit ist das bei Gegenstimmen aber mit Mehrheit so beschlossen.

Jetzt rufe ich den Ergänzungsantrag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf, das ist die Vorlagennummer RAT/269/2025. Wer ist für diese Ergänzung? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Das ist der Rest des Hauses. Damit ist die Ergänzung mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, eine externe Projektsteuerung zur Entwicklung des Bebauungsplans Auf'm Tetelberg sowie Begleitung der Erschließungsmaßnahmen gemäß nachfolgender Sachdarstellung auszuschreiben und zu beauftragen. Zusätzlich werden

überplanmäßige Mittel zur Planung eines mehrgeschossigen Handwerk-Campus in Höhe von 80.000 Euro für das Haushaltsjahr 2025 bereitgestellt.

26

Rahmenverträge für die freie Szene

KUA/018/2025

26.1

Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion

RAT/263/2025

26.2

Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke

RAT/264/2025

26.3

Änderungsantrag der Ratsfraktionen SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen

RAT/274/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich habe jetzt mehrere Wortmeldungen. Ratsherr Raub hat sich gemeldet sowie Ratsherr Münter, Ratsfrau Marmulla, Ratsherr Jörres und Ratsherr Montanus. Bürgermeisterin Gerlach, waren Sie deutlich früher?

(Bürgermeisterin Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

– Ja, dann nach Ratsherrn Münter. Nach Ratsherrn Montanus hatte ich Sie gesehen. Aber es kommt jeder dran. – Ratsherr Raub, Sie haben das Wort.

Ratsherr Raub (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das ist heute ein guter Tag für die freie Szene in Düsseldorf. Erst einmal vielen Dank an die Verwaltung für den „Aufschlag“, so nenne ich es einmal, den wir durch unseren Antrag ermöglicht haben. Jetzt kommt die Umsetzung mit einer Wirkmächtigkeit, glaube ich, die wir uns vor einigen Wochen oder Monaten noch nicht hätten vorstellen können.

Ihnen liegt ein interfraktioneller Antrag von SPD, FDP, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vor, in dem wir das, was die Verwaltung angesetzt hat, noch etwas angereichert haben, weil wir glauben, dass damit den Bedürfnissen der freien Szene besser Rechnung getragen wird.

Wir haben uns dabei trotzdem im Ergebnis gemäßigt. Wir haben es vermieden, einen Überbietungswettbewerb anzuzetteln nach dem Motto: Noch mehr, und wer legt noch 1 Prozent drauf, und wer legt noch 1 Prozent drauf, und wo können wir noch etwas machen? – Nein, das haben wir nicht getan. Aber was für uns wichtig war: Wir haben entgegen der Verwaltungsvorlage vorgesehen, dass schon im Haushalt 2026 entsprechend mehr Mittel bereitgestellt werden. Wir haben darüber hinaus zunächst für die Folgejahre 2027 und 2028 gesagt, dass wir dann ebenfalls eine Dynamisierung wollen, die auch ein Stück weit an die Inflationsrate gekoppelt ist, aber auch dort einen Deckel eingezogen, dass es nicht durch die Decke geht. Ich kann verstehen, dass man dort jetzt die Tür nicht zu weit aufmachen wollte, habe aber nicht die Befürchtung, dass die Inflationsrate in den nächsten Jahren so hoch werden wird, dass wir uns um exorbitante Beträge streiten müssen.

Wir haben vorgesehen, weil uns allen auch ein wenig das „Fahrgefühl“ fehlte, wohin es denn tatsächlich geht und wie sich auch die Bedürfnisse der Antragstellenden entwickeln, dass wir das rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen 2028 evaluieren, das heißt im zweiten Halbjahr 2027, damit wir wissen, ob das, was wir uns vorgestellt haben, tatsächlich ankommt.

Ein Punkt, der uns noch wichtig war und den wir als letzten Punkt aufgenommen haben, war das, was Bestandteil unseres ursprünglichen Antrags auf Erarbeitung eines Rahmenvertrags war: ein Konzept aufzustellen, wie wir mit den Antragstellenden umgehen, die noch nicht in diesen

Rahmenvertrag fallen können, weil sie noch nicht die entsprechenden Jahre als Zuschussempfänger zurückgelegt haben. Wir wollen mit unserem Antrag daran erinnern, dass wir auch diesen Punkt bearbeiten und einer Lösung zuführen wollen.

Ansonsten aber freue ich mich, dass wir hier und heute das umsetzen können, was Sie, Herr Oberbürgermeister, auch mehrmals – zuletzt am letzten Dienstag bei der Eröffnung des asphalt Festivals – angemahnt haben: dass wir diesen Rahmenvertrag beschließen. Wir freuen uns über das Ergebnis, und wir freuen uns vor allem auch darüber, dass es letztendlich zu einer so breiten Mehrheit und Zustimmung gekommen ist. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Kultur in Düsseldorf und ein noch wichtigeres Zeichen für die freie Szene in Düsseldorf. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Münter. Es folgt Ratsfrau Marmulla. – Sie haben das Wort, Ratsherr Münter.

Ratsherr Münter (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr vieles von dem, was auf meinem Spickzettel stand, hat Markus Raub schon erwähnt. Ich glaube, das ist zunächst einmal ein gutes Zeichen. Aber tatsächlich ist es so, meine Worte wären nicht gewesen: „ein guter Tag für die freie Szene“, aber wir haben heute sehr gute Botschaften für die freie Szene, und das macht mich wirklich sehr froh, denn wir machen die Finanzierung für die freien Kulturschaffenden heute wetterfest. „Wetterfest“ heißt, dass wir ein mehrjähriges Fördersystem aufsetzen. Das bietet unheimlich viel mehr Planungssicherheit, als sie bislang vorhanden ist, und ich muss Ihnen sagen: Meine Erwartung ist, dass die Planungssicherheit für die freie Szene auch zu einer Qualitätssteigerung führen wird. Gute Planungssicherheit heißt: Ich kann die Kulturschaffenden länger an mich binden. Dabei habe ich sehr große Hoffnung, dass wir dadurch auch positive Ergebnisse sehen werden.

Mehrjähriges Fördersystem – damit ist es eigentlich schon gesagt: Wir haben eine Liste derjenigen, die mindestens vier Jahre dabei sind und die wir fördern wollen. Wir werden das Ende nächsten Jahres beziehungsweise im übernächsten Jahr noch einmal evaluieren und schauen. Markus Raub hat eben von „Fahrgefühl“ gesprochen. In der Tat: Wir müssen sehen, wie das wirkt. Ich bin aber auch froh darüber, dass es uns mit diesem System gelingen wird. Alle Kulturpolitiker wissen, wie aufwendig es ist, wenn man im Herbst über den Förderanträgen sitzt. Das Thema ist Arbeitsökonomie. Es ist für diejenigen, die nebenbei noch einen „richtigen“ Beruf haben, gar nicht so einfach, das alles sicherzustellen. Deshalb bin ich auch vor diesem Hintergrund sehr froh, dass wir dieses neue System bekommen werden. Wie gesagt, ich rufe in die freie Szene hinaus: Wir haben gute Botschaften für euch!

Ganz toll, dass wir heute interfraktionell diesen Antrag haben. Das war noch vor wenigen Wochen nicht wirklich so absehbar. Schön finde ich auch, dass es eine kleine Errungenschaft ist, dass wir es nicht mehr an irgendwelchen starren Zahlen festmachen, sondern daran: Wo kommt die Kostensteigerung her? – Über die Inflation, und diese ist jetzt für uns ein maßgeblicher Indikator.

Insoweit: Ich danke den Kolleginnen und Kollegen sowie der Verwaltung für den ersten Aufschlag, dass wir so weit gekommen sind, und bitte Sie sehr herzlich um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Marmulla, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Da wir heute noch viele weitere spannende Themen auf der Tagesordnung haben, mache ich es kurz. Aber eine Sache ist ganz wichtig zu sagen: Wir tragen im Grunde genommen die Verwaltungsvorlage mit. Wir sehen aber den Bedarf, dass die Inflationsrate ausgeglichen wird. Das ist, kurz gesagt, der Inhalt unseres Antrags.

Was den interfraktionellen Antrag anbelangt, bitten wir, über den letzten Absatz separat abstimmen zu lassen.

(Vereinzelt Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Montanus und Frau Bürgermeisterin Gerlach. – Bitte, Ratsherr Montanus.

Ratsherr Montanus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Wir können uns natürlich den großartigen, tollen Reden des Vorfelds nur anschließen. Wir sind sehr, sehr glücklich, dass die freie Szene jetzt Planungssicherheit hat. Das ist ganz, ganz wichtig. Dafür haben wir uns immer eingesetzt. Ich bin auch sehr froh über die Dynamisierung – es ist der Inflationsbereich –, muss aber darauf hinweisen: Wenn der Inflationsbereich einmal in irgendwelche Höhen hineinschneidet, die etwas exorbitant sein sollten, dann haben wir auch noch ganz andere Probleme. Ich hoffe, dass das nicht der Fall sein wird. Insofern bin ich sehr froh, dass wir das gedeckelt haben.

Man muss auch sagen, dass wir noch einmal die Hälfte obendrauf legen. Bei 2 Prozent fangen wir an. Ich finde das eine sehr, sehr großartige, schöne Entscheidung für die freie Szene und bedanke mich recht herzlich, dass wir das so interfraktionell machen konnten, dass alle, die großen und auch die kleineren Parteien, dabei sind. – Herzlichen Dank. Wir werden natürlich selbstverständlich dem Antrag zustimmen.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Frau Bürgermeisterin Gerlach, bitte, Sie haben das Wort.

Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin auch sehr froh, dass wir das heute alle gemeinsam beschließen. Dennoch möchte ich noch einige Kritikpunkte anbringen. Aber grundsätzlich möchte ich sagen, und das habe ich auch im Kulturausschuss schon gesagt: Wir haben uns das als Kooperation vorgenommen, genau diese Planungssicherheit und eine Dynamisierung zu schaffen. Das steht in unserem Kooperationsvertrag. Deshalb finde ich es wahnsinnig wichtig, dass wir das heute beschließen, weil wir jetzt noch alle gewählt sind und auf der Grundlage dieses Kooperationsvertrags handeln.

Ich finde es aber auch wesentlich für die freie Szene, dass endlich Planungssicherheit besteht. Es ist zeitgemäß, das muss man auch klar sagen. Andere Fördermittelgeber haben sich auch schon länger dazu entschieden, längere Zeiträume einzunehmen, weil es einfach ein wahnsinniger Aufwand ist, all diese Förderanträge zu schreiben – und das jedes Jahr –, und ein wahnsinniger Aufwand für die Verwaltung ist, all diese Förderanträge in einem Buch zusammenzufassen und uns zur Verfügung zu stellen, die wir dann alle mit großem Aufwand diese Förderanträge lesen, um sie zu bescheiden, und dann erst ab einem gewissen Zeitpunkt im Jahr die Zusage erteilen können, wenn die Planung eigentlich schon im Jahr davor gelaufen ist.

Das beenden wir heute, und ich bin total dankbar dafür, denn – das hat Marcus Münter auch eben gesagt – das bietet denjenigen, die Kultur für uns machen, die Chance, viel langfristiger zu planen. Sie können auch ganz andere Leute einladen. Ich glaube auch, dass das die Qualität, zum Beispiel auch unserer Festivals, deutlich steigern kann. Außerdem gibt es natürlich eine höhere Flexibilität, weil auch Mittel in andere Jahre übertragen werden können. Auch das hatten wir noch nicht. Das heißt, auch dabei gibt es eine deutlich flexiblere Planungspraxis für die Kulturmacher*innen in dieser Stadt.

Deshalb freue ich mich total, dass das heute stattfindet, dass wir uns alle so einig sind. Das war bei Weitem nicht immer der Fall. Aber es ist schön, wenn zum Ende der Wahlperiode diese Einigkeit herrscht und wir wirklich etwas richtig Gutes für die freie Szene tun können.

Ich bin auch sehr froh, dass wir die Dynamisierung beschlossen haben, weil wir einfach über die Jahre hinweg immer wieder das Problem hatten, dass wir als Politik in unsere Fraktion gehen und noch einmal einen großen Batzen Geld drauflegen mussten, und alle haben sich gefragt: Warum ist das so? – Es ist so, weil natürlich das Geld an Wert verliert. Deshalb finde ich es auch sinnvoll, es an die Inflationsrate zu koppeln. Wir hätten uns allerdings vorgestellt, dass wir auch die Tarifkostensteigerungen in die Berechnung hineinnehmen. Das machen die großen Häuser auch, meines Erachtens zu Recht. Auch in der freien Szene geht es natürlich darum, dass Menschen ordentlich bezahlt werden.

Ein letzter Wermutstropfen – aber wir evaluieren ja; das finde ich auch richtig, dass wir frühzeitig evaluieren – ist, dass wir das Geld aus dem Kulturetat nehmen. Ich hätte sehr, sehr gern vermieden, dass wir das tun, denn so wird es wirklich schwierig, dann miteinander ins Gespräch zu kommen, und der Konkurrenzkampf wird höher. Ich finde das eigentlich nicht richtig und setze mich dafür ein, dass wir das ändern, aber freue mich trotzdem erst einmal über dieses interfraktionelle Zeichen, auch mit der Verwaltung gemeinsam endlich Verbesserungen im Bereich der freien Szene zu machen und wirklich bessere Arbeit zu ermöglichen. – Vielen Dank dafür.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ratsherr Jörres, Sie haben das Wort.

Ratsherr Jörres (AfD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Eine schöne Wahlkampfreda haben Sie gerade gehalten, Frau Bürgermeisterin Gerlach.

(Bürgermeisterin Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das ist doch auch okay!)

Es ist ja auch Kommunalwahlkampf. Das ist auch das, was wir in erster Linie kritisieren: den Zeitpunkt der Einbringung dieses Antrags. Kurz vor der Kommunalwahl will man der freien Szene noch einmal etwas Gutes tun, eine Dynamisierung und Angleichung an die Inflationsrate. Fragen Sie einmal die Beschäftigten der Stadtverwaltung nach TVöD, was sie an Inflationsausgleich für die letzten Jahre bekommen haben! Das will ich jetzt nicht näher aufdröseln. Die würden sich auch freuen, wenn dort eine automatische Dynamisierung oder zumindest ein Inflationsausgleich erfolgen würde.

Alles hängt mit allem zusammen. Wir werden heute auch noch einmal das Thema Oper auf dem Tableau haben. Das ist ja auch so eine Sache. Darüber wird der Stadtrat nächstes Jahr entscheiden. Ich will der Diskussion nicht vorgreifen. Aber die freie Szene und Kultur ist eine freiwillige Aufgabe, keine pflichtige Aufgabe der Stadt. Vielleicht befürchtet man auch, wenn die Kosten für die Oper etwas höher werden, dass man dann der freien Szene etwas abknapsen muss oder nicht mehr genügend Geld hat, um entsprechende Klientelwünsche zu berücksichtigen. Das sind unsere Hauptkritikpunkte. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen. – Danke sehr.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht. Wir haben eine Verwaltungsvorlage und zwei Änderungsanträge, zum einen von der Linken und zum anderen den interfraktionellen Antrag. Da der Antrag der Linken aus meiner Sicht etwas weiter geht, weil er vorbehaltlos die Inflationsrate als Dynamisierung unterstellt, würde ich über diesen Antrag zuerst abstimmen lassen, dann über den interfraktionellen Antrag und anschließend über die möglicherweise geänderte Verwaltungsvorlage.

Deshalb kommen wir zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag mit der Vorlagennummer RAT/264/2025, Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke zur Vorlage KUA/018/2025. Ich frage: Wer ist für diesen Antrag? – Die Linke und Die Partei-Klima-Fraktion. Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Das ist der Rest des Hauses. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu dem interfraktionellen Antrag der Ratsfraktionen SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit der Vorlagennummer RAT/274/2025.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Ich hatte hierzu den letzten Absatz extra gemeint!)

– Entschuldigung. Sie haben recht. Wir stimmen diesen Antrag zunächst mit Ausnahme des letzten Absatzes ab. Der letzte Absatz ist die Beauftragung der Verwaltung, entsprechend dem Beschluss der Vorlage RAT/237/2024/1 noch Vorschläge für Projekte, Veranstaltungen, Festivals und so weiter zu machen. Zunächst einmal der interfraktionelle Antrag ohne den letzten Absatz: Wer ist dafür? – Die Linke überlegt noch, ob sie diesem oder dem anderen Teil zustimmen wollte.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Wir möchten dem letzten Absatz zustimmen!)

Das sind Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP und Tierschutz/Freie Wähler. Wer enthält sich? – Die Linke und Die Partei-Klima-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD. Damit ist dieser Teil des Antrags mehrheitlich angenommen.

Ich lasse jetzt über den letzten Absatz des interfraktionellen Änderungsantrags abstimmen und frage: Wer ist auch für diesen Absatz? – Das sind Die Linke und Die Partei-Klima-Fraktion sowie SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Tierschutz/Freie Wähler. Enthält sich jemand? – Ist jemand dagegen? – Die AfD. Damit ist der Änderungsantrag interfraktionell in Gänze mehrheitlich angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Verwaltungsvorlage in der geänderten Form des interfraktionellen Antrags in Gänze. Ich darf fragen: Wer ist dafür? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Tierschutz/Freie Wähler. Wer enthält sich? – Die Fraktion Die Linke und Die Partei-Klima-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die AfD. Damit ist das in dieser Form mehrheitlich angenommen.

(Beifall von CDU und SPD)

Beschluss

Vorlage KUA/018/2025 in Verbindung mit RAT/274/2025

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die Einführung von Rahmenverträgen für die freie Szene in Form von Zuwendungsverträgen mit einer dreijährigen Laufzeit ab 1.1.2026. Sie betreffen Zuwendungen, die zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung seit mehr als vier Jahren geleistet werden und im Jahr 2025 auf der Transferliste verzeichnet sind.

Vorbehaltlich einer auskömmlichen Beschlussfassung für das Haushaltsjahr 2026 wird eine Dynamisierung der Zuwendungen mit 2 Prozent vorgenommen.

Als Arbeitsgrundlage für 2026, 2027 und 2028 werden grundsätzlich die Ansätze gemäß des Haushaltsjahres 2025 – vorbehaltlich einer Einzelfallbetrachtung und ausgenommen Biennalen und als einmalig gekennzeichnete Erhöhungen – herangezogen.

Für Biennalen wird der jährliche Basiswert der Förderung als Mischkalkulation aus den Zuwendungshöhen für Vorbereitungs- und Durchführungsjahre festgesetzt.

Vorbehaltlich einer auskömmlichen Beschlussfassung für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 wird eine Dynamisierung entsprechend der Inflationsrate des Vorjahres, mindestens aber 2 Prozent, vorgenommen.

Für den Fall, dass die Inflationsrate höher als 3 Prozent liegt, beträgt die Dynamisierung 3 Prozent zuzüglich der Hälfte des über dem Wert von 3 Prozent hinausgehenden Betrages der Inflationsrate.

Die maximale jährliche Dynamisierung wird auf den Mittelwert der Inflationsrate der jeweils letzten drei Jahre begrenzt.

Die Deckung erfolgt aus dem Kulturetat und wird im Produkt 2528101 (Kulturamt) und den Sachkonten 53170000 (Zuwendungen für laufende Zwecke an private Unternehmen) und Sachkonto 53180000 (Zuwendungen an übrige Bereiche) und Sachkonto 53172800 (Förderung der Fotografie) bereitgestellt.

Im zweiten Halbjahr 2027 erfolgt eine Evaluierung im Hinblick auf die Dynamisierung, auf das Erreichen des Konzeptziels (erhöhte Planungssicherheit der freien Szene und Vereinfachung des Verfahrens) sowie auf die Erfüllung der mit den Zuwendungsempfängern getroffenen Zielvereinbarungen. Das Ergebnis dieser Evaluierung ist dem Fachausschuss rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsberatung 2028 vorzulegen.

*Die beiden zusätzlich im Kulturamt geschaffenen Stellen im Fördermittelmanagement unterstützen weiterhin die Akteur*innen der freien Kunst- und Kulturszene bei der Akquise weiterer Drittmittel/Fördermittel.*

*Darüber hinaus beauftragen wir die Verwaltung erneut, entsprechend dem Beschluss der Vorlage RAT/237/2024/1 für Projekte, Veranstaltungen, Festivals und nicht-städtische Kunst- und Kultureinrichtungen, die seit weniger als vier Jahren stattfinden, eine neue Konzeption zur Fördermittelvergabe rechtzeitig bis zu den Haushaltsberatungen 2026 vorzulegen, um die Antragssteller*innen zum frühestmöglichen Zeitpunkt über den Erhalt von Fördermitteln, vorbehaltlich der Entscheidung des Rates, zu informieren.*

34

Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss zur Neugestaltung der Mühlenstraße

OVA/090/2025

34.1

Ergänzungsantrag der Ratsfraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen

OVA/110/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Rütz hat sich als Erster gemeldet. – Sie haben das Wort, Ratsherr Rütz.

Ratsherr Rütz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dieser Beschluss ist ein ganz wichtiges Zeichen und ein Bekenntnis zur Altstadt. 10 Millionen Euro werden hier investiert, um die Aufenthaltsqualität zu steigern, um einen, wenn man ehrlich ist, in die Jahre gekommenen Zustand des Grabbeplatzes wieder in Schuss zu bringen. Erste Schritte sind mit der Polleranlage eingeleitet worden, die den Autoverkehr recht wirkungsvoll – manchmal vielleicht sogar zu wirkungsvoll – vom Befahren der Mühlenstraße abhält. Das ist jetzt die gestalterische Ergänzung. Wir sind sehr froh, dass endlich auch ein Zeitplan vorgelegt wird.

Wir haben Ihnen im OVA auch schon einen Änderungsantrag präsentiert. Ich deute den Umstand, dass dieser heute zur Abstimmung steht, so, dass er noch nicht in die Verwaltungsvorlage eingearbeitet werden konnte. Dieser Änderungsantrag hat vier Zielrichtungen

Erstens. Mehr Barrierefreiheit. Wir wollen geprüft wissen, ob der Besichtigungsbus, dieser Hop-on/Hop-off-Bus, möglicherweise eine barrierefreie Haltekante auf der Mühlenstraße oder im Bereich des Burgplatzes erhalten kann.

Wir wollen zweitens den Verkehrsfluss für den Autoverkehr verbessern. Sie kennen das, wenn Sie aus den Parkhäusern fahren: Die Ampel nach rechts ist grün, aber Sie kommen dort nicht hin, weil es sich auf der Spur zurückstaut, die nach links zur Oper führt. Das wollen wir noch einmal einer Prüfung unterziehen.

Wir wollen drittens die Sicherheit im Kreuzungsbereich der Heinrich-Heine-Allee erhöhen und dort die Markierungen an den Standard anpassen, den wir am Lastring schon erprobt haben.

Viertens zielt die Maßnahme auch auf Verbesserungen für den Radverkehr. Der Radverkehr – der Fußgängerverkehr übrigens genauso – wird nicht nur von diesem maroden Kopfsteinpflaster belastet, sondern wir möchten auch, dass die Verkehre entzerrt werden, dass man eben nicht in der Schlange zum Parkhaus oder in der Schlange vor der Ampel steht. Wir haben dort die Flächen rechts und links, um vernünftige Anlagen vorbeizuführen.

Das ist unser Ergänzungsantrag. Wir wünschen uns dazu Zustimmung.

Ich möchte noch einen letzten Punkt mit auf den Weg geben. Wir haben eben das Thema Modernisierung der Kunsthalle geschoben. Die Bauzeit dort soll von Februar 2026 bis Februar 2029 sein. Die Maßnahme Mühlenstraße soll von April 2026 bis April 2027 stattfinden. Dem Vernehmen nach werden auch an der Tiefgarage der Kunstsammlung und der Brunnenanlage noch Reparaturarbeiten stattfinden. Wir wissen, dass die Stadt schon dabei ist, diese Arbeiten zu koordinieren, aber es wäre uns als CDU-Fraktion sehr wichtig, dass es dort ein abgestimmtes Verkehrskonzept gibt, damit die Belastungen für die Menschen, die in die Altstadt wollen, und für die Anwohner niedrig gehalten werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Ratsherr Rütz. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann würde ich zunächst über die Verwaltungsvorlage und anschließend über den Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU abstimmen lassen.

Deshalb frage ich zunächst: Wer ist für die Verwaltungsvorlage OVA/090/2025, der AuF für den Umbau der Mühlenstraße? – Das sind Die Partei-Klima-Fraktion, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, AfD und Tierschutz/Freie Wähler. Enthält sich jemand? – Ist jemand dagegen? – Die Linke ist dagegen. Damit ist das aber mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Ergänzungsantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, OVA/110/2025. Das ist ein Prüfantrag. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Tierschutz/Freie Wähler und Die Partei-Klima-Fraktion. Enthält sich jemand? – Ist jemand dagegen? – Die Linke und die AfD. Dann ist auch das mehrheitlich so angenommen.

Beschluss

Vorlage OVA/090/2025

Der Rat der Stadt beschließt die Ausführung und Finanzierung des Projektes Neugestaltung der Mühlenstraße mit Gesamtkosten in Höhe von 10.712.000 Euro (brutto).

Vorlage OVA/110/2025

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen bitten Sie, nach folgender Maßgabe, ansonsten vorlagegemäß beschließen zu lassen:

- 1. Die Verwaltung prüft, ob in Fahrtrichtung Heinrich-Heine-Allee eine auf Höhe der Poller-Anlage Mühlenstraße einsetzende durchgehende regelmäßige Radverkehrsanlage (Radfahrstreifen oder Radschutzstreifen), möglichst mit Rotasphalt-Oberfläche, in die Planung integriert werden kann, damit der Radverkehr behinderungsfrei bis zur LZA gelangen kann.*
- 2. Die Verwaltung prüft, wie in Fahrtrichtung Rhein das Ende des Radfahrstreifens auf Höhe Grabbeplatz verdeutlicht, gegebenenfalls etwas nach Westen verschoben und ob eine Rad-Geradeausfahrt ohne Fahrstreifenwechselnotwendigkeit markiert werden kann.*
- 3. Die Verwaltung prüft, ob zur besseren Verkehrsabwicklung in Fahrtrichtung Heinrich-Heine-Allee die MIV-Rechtsabbiegespur bis zur Einmündung Neustraße rückverlängert werden kann.*

4. *Die Verwaltung prüft, ob im Bereich der Mühlenstraße oder des Burgplatzes eine Hochbordkante für einen barrierefreien Einstieg in den Hop-On-/Hop-Off-Bus sowie für den Fall einer Rheinbahn-Bus-Anbindung vorgesehen werden kann.*
5. *Die Verwaltung prüft insbesondere zur Erhöhung der Verkehrssicherheit die aus der Anlage ersichtlichen Anregungen zur Markierung im Einmündungsbereich Grabbeplatz/Heinrich-Heine-Allee (Ziffer 1-7).*

35

Schulorganisatorische Maßnahmen zur Umsetzung des sukzessiven Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz ab dem Schuljahr 2026/27 im Primarbereich (SOM IX)

SCHUA/029/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Dr. Graebner hat sich als Erster gemeldet. Es folgt Ratsherr Dr. Schork. – Sie haben das Wort, Ratsherr Dr. Graebner.

Ratsherr Dr. Graebner (Bündnis 90/Die Grünen): Ich danke Ihnen, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will erst einmal gar nichts Negatives sagen. Wir sind sehr froh über diese Vorlage. Vielen Dank an die Verwaltung, dass sie die schulorganisatorischen Maßnahmen für den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2026 so toll ausgearbeitet hat. Wir müssen Gas geben. Wir haben einfach keine Zeit. Da dies so ist, ist die Beratungsreihenfolge in den Bezirksvertretungen und den Fachausschüssen etwas durcheinandergeraten. Wir haben das zuerst in den Fachausschüssen – natürlich sehr positiv – beraten. Danach haben erst die Bezirksvertretungen getagt.

Es gab jetzt einen Schrecken in der Bezirksvertretung 2, weil in der Vorlage steht, dass die Zügigkeit der sehr beliebten Montessori-Grundschule in Fliegern von vier auf dreieinhalb Züge reduziert werden soll. Die Eltern und auch alle Fraktionen in der Bezirksvertretung waren sehr entsetzt. Sie haben das aufgenommen und sich dafür ausgesprochen, dass von der Verwaltung noch einmal geprüft wird, wie die Schule an dem Standort doch vierzünftig erhalten werden kann. In der Vorlage steht, dass das wirtschaftlich nicht möglich sei. Aber vielleicht ergibt sich doch noch eine Gelegenheit oder eine Idee, wie man den Standort so planen kann, dass der Wunsch der Bezirksvertretung 2 aufgenommen werden kann, die Schule auch weiterhin vierzünftig laufen zu lassen. – Danke schön.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ratsherr Dr. Schork und Ratsherr Dr. Jenöffy-Lochau. – Sie haben das Wort, Ratsherr Dr. Schork.

Ratsherr Dr. Schork (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir müssen das machen, und es ist auch richtig so, dass wir die baulichen Dinge für den Ganztagsplatz vorbereiten. Nun haben wir eine 16-seitige Vorlage zum Ende der Wahlperiode bekommen. Ganz ehrlich, ich bin darüber ein bisschen überrascht. Wir lernen darin, dass bereits seit 2023 intensive Gespräche zu dem Thema geführt werden, auch mit den Betroffenen. Am Ende der Vorlage lesen Sie, es ist eigentlich nur noch in Teil 3 etwas zu machen, und überall steht, es sind bauliche Maßnahmen umzusetzen. Ich hätte mir tatsächlich gewünscht, dass wir, wenn Sie das hier sozusagen als Summary am Ende der Wahlperiode vorlegen, auch genau wissen, was zu tun ist.

Ich würde gern noch eine Frage an die Verwaltung stellen. Vor allem in Teil 3 schreiben Sie eigentlich überall, es seien bauliche Maßnahmen umzusetzen. Was genau ist denn noch zu tun?

(Beifall von Ratsfrau Dr. Rachner [FDP])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Dr. Jenöffy-Lochau, Sie haben das Wort.

Ratsherr Dr. Jenöffy-Lochau (FDP): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Ratsmitglieder! Ich war als beratendes Ratsmitglied in der Bezirksvertretung 2 dabei und kann mich den Worten von Ratsherrn Graebner nur anschließen. Ich denke, das, was er gesagt hat, sollte auch noch berücksichtigt werden. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von Ratsherrn Rohloff [FDP])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Herr Stadtdirektor, Sie haben das Wort.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin fast versucht, die Vorlage zurückzuziehen. Ich werde das aber nicht machen. Ich sage Ihnen auch, warum. Die Argumentation, die hier vorgetragen wird – ich fange bei Ihnen an, Ratsherr Dr. Schork –, ist gegenüber der Verwaltung insofern unfair, dass die Verwaltung eigentlich damit rechnen musste, dass es zu dem Thema, um das es hier geht, nämlich der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz, eine landesrechtliche Regelung geben würde, wie es die Kooperationsvereinbarung zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen auf Landesebene auch vorsieht. Wenn wir eine solche schulgesetzliche Regelung hätten, dann wüssten wir an dieser Stelle auch genau, was wir machen sollten.

Wir haben unabhängig davon über 90 Schulstandorte begangen. Das Ergebnis dieser Begehungen sehen Sie in der Vorlage. Es zeigt sich in der Vorlage, dass unsere bisherige Vorgehensweise in der Schulbauoffensive, nämlich dass wir alle Standorte im Blick hatten, insbesondere auch die Grundschulen, insofern erfolgreich ist, dass wir bei den meisten Schulstandorten gar nichts machen müssen, bei wenigen etwas machen müssen und bei denen, wo wir etwas machen müssen, im Wesentlichen unter der Millionengrenze bleiben – das sind diejenigen, bei denen die Verwaltung selbst handeln kann – und dass wir nur bei 12 oder 13 Schulstandorten größere Maßnahmen einplanen müssen. Wenn Sie überlegen, was Sie im Zusammenhang mit dem Ganzttag alles machen müssen – wir haben heute noch andere Themen zum Ganzttag beschlossen, wir haben die Rahmenkonzeption in den Ausschüssen beschlossen –, bin ich auf meine Verwaltung relativ stolz, dass sie das geleistet hat und Ihnen das heute vorschlägt. Ich werde den Tenor an dieser Stelle nicht mittragen können und weise ihn für die Verwaltung auch ausdrücklich zurück.

Zu dem Thema Reduzierung der Zügigkeiten: Wir haben sehr genau darauf geachtet, dass wir bei den verschiedenen Schulstandorten in der Regel keine Reduzierung der Zügigkeiten vornehmen müssen. Wer das Thema Ganzttag kennt und weiß, dass wir es bei den Grundschulen mit Standorten zu tun haben, die zum Teil hoch verdichtet sind, der weiß auch, vor welche Herausforderungen uns das an dieser Stelle stellt.

An dem einen Standort sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass wir bezogen auf den Schulstandort selbst, wenn wir alle baulichen Maßnahmen an der Stelle ergreifen, nicht dazu kommen werden, die heutige Zügigkeit von vier aufrechterhalten zu können. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, auf eine Zügigkeit von dreieinhalb zu gehen. Das schlagen wir nicht vor, weil wir das als Verwaltung so wollen, sondern weil wir das sehr intensiv mit der Schule erörtert haben und uns die Schulleitung dazu ermuntert hat, genau diesen Schritt an dieser Stelle zu gehen. Ich sage Ihnen aber zu, dass wir bis zur Vorlage des Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses gern noch einmal prüfen werden, was möglich ist, gegebenenfalls auch in der Nähe der Schule.

Ich will aber auch deutlich sagen: Man muss auch einmal so ehrlich sein und erkennen, dass die Möglichkeiten an dem Standort nicht grenzenlos sind. Ich kann Ihnen heute nicht versprechen, auch wenn wir aktiv suchen werden, dass wir dafür eine Lösung finden. Deshalb bleibt die Vorlage auch für heute auf der Tagesordnung.

(Beifall von Ratsherrn Raub [SPD])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Herr Stadtdirektor. – Ich habe noch Ratsherrn Wiedon und Bürgermeisterin Gerlach auf der Redeliste. – Ratsherr Wiedon.

Ratsherr Wiedon (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass die Vorlage jetzt nicht zurückgezogen wird, weil wir sie dringend brauchen, und dass wir das unmittelbar vor Ende der Wahlperiode mit den schwierigen Rahmenbedingungen, eben keine gesetzliche Grundlage vom Land zu haben, trotzdem noch bewerkstelligt haben. An der Stelle muss jetzt auch noch einmal erwähnt werden, was wir im Bereich Schulen jetzt fünf Jahre insgesamt geleistet haben und dass wir mit all den Dingen, die auch nachher noch auf der Tagesordnung stehen, sicherstellen, dass wir gut in den gesetzlichen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz hineingehen. Daher kann ich nur sagen: Die Verwaltung hat sehr gut gearbeitet. Wir haben im Schulausschuss alles fast immer einstimmig verabschiedet. Deshalb bin ich froh über die Vorlage – das haben wir in den Ausschüssen auch überall so abgestimmt – und darüber, dass das heute auf der Tagesordnung bleibt und heute auch so positiv abgestimmt wird. Wir stehen als CDU-Fraktion zu 100 Prozent hinter dieser Vorlage.

Ich habe von der FDP in der letzten Wahlperiode immer gehört: weltbeste Bildung. Von „weltbesten Bildung“ ist bei Ihren Wortmeldungen in dieser Wahlperiode nicht mehr viel übriggeblieben. Ich höre jetzt immer: Was sind die Kosten? – Dann frage ich mich: Was bedeutet das jetzt? – Dass man auch einmal nach den Kosten fragt, ist in Ordnung, aber ich habe bei all den Vorlagen, die wir haben, nicht das Gefühl, dass wir hier goldene Hähne einbauen oder irgendetwas machen, was exorbitant ist. Sie wissen, dass wir gewisse Standards haben, und wir bauen nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen. Wir haben diesen Goldstandard. Sie können diesen natürlich reduzieren wollen, um die Kosten zu senken, dann müssen Sie aber einmal sagen, dass Sie das nicht mehr wollen. Dann ist das doch in Ordnung. Wir haben uns dazu entschlossen, das so zu machen. Wir halten das auch für nachhaltig richtig. Ansonsten sagen Sie einmal, wo Sie Kosten reduzieren wollen oder ob Sie eine Schule gar nicht bauen wollen. Das wäre dann auch ehrlich.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Bürgermeisterin Gerlach. Es folgt Ratsfrau Dr. Rachner.

Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich muss noch einmal zur Vorlage sagen: Ich finde es super, dass wir sie bekommen. Denn es ist total wesentlich, dass wir dann den Rechtsanspruch tatsächlich auch erfüllen können. Das ist keine einfache Aufgabe. Aber die Verwaltung hat bereits viel vorgearbeitet, weil wir schon einen wahnsinnig hohen Anteil an OGS-Plätzen stellen konnten. Deshalb gelingt das dann auch, glaube ich. Ich freue mich, dass diese Vorlage hier ist.

Ich habe aber tatsächlich eine andere kleine Frage, weil es sich um eine Montessori-Grundschule handelt. Es geht dabei um klassenübergreifenden Unterricht von der ersten bis zur vierten Klasse. Das ist ja wesentlicher Bestandteil des Montessori-Konzeptes. Jetzt frage ich mich: Wie ist das denn, wenn sich die Zügigkeiten völlig verändern? Ich denke, dass die Verwaltung das wahrscheinlich auch mit der Schulleiterin abgesprochen hat. Aber ich wüsste doch gern, wie das funktioniert. Ich hätte es ungern, dass dieses Konzept, das ja so wesentlich ist und diese Schule so beliebt macht, von der Reduzierung der Zügigkeit angegriffen wird und nicht mehr durchgeführt werden kann. Ich wüsste gern, ob das beibehalten werden kann.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich nehme zunächst noch die beiden Wortmeldungen an die Reihe: Ratsfrau Dr. Rachner und Ratsherr Dr. Schork haben sich noch gemeldet. – Ratsfrau Dr. Rachner, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Dr. Rachner (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ratsherr Wiedon, zu weltbesten Bildung gehört auch das Lernen vom Umgang mit Geld. Daher muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Wir stehen dazu, hier Dinge zu hinterfragen, die einfach nötig sind. Im Jugendhilfeausschuss muss ich mir vorwerfen lassen, dass ich die Landesregierung bashen würde. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich finde es nicht in Ordnung, dass die Landesregierung diese Stadt hier damit allein lässt und keine Rechtsgrundlage schafft. Ich denke, bei Ihrem guten

Kontakt, den Sie in die Landesregierung haben, sollte es möglich sein, dass es mehr Hintergründe gibt und es einfacher ist, das umzusetzen.

(Beifall von der FDP und Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Dr. Schork.

Ratsherr Dr. Schork (FDP): Herr Oberbürgermeister! Lieber Ratsherr Wiedon, Sie unterbrechen mich immer im Schulausschuss, wenn es darum geht, dass jemand eine Wahlkampfredede hält. Das haben Sie jetzt auch gemacht. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich weise das eindeutig zurück. Wir haben immer für Schulen gestimmt. Sie wissen ganz genau, dass die Freien Demokraten relativ klar an der Seite derer stehen, die für Bildung und für Schule sind, und dass es uns wichtig ist, dass wir Geld für Schule ausgeben. Nur: Man kann den Euro nur einmal ausgeben. Es macht einen Unterschied. Wenn Sie großartige Gebäude bauen, wovon Sie vielleicht auch zwei Schulen bauen könnten, dann ist das einfach ein qualitativer Unterschied. Wir wollen hier gute Bildung. Wir wollen gute Bildung für Schülerinnen und Schüler. Dabei muss man auch auf das Geld schauen. Das gehört dazu. Ich glaube, wir sind im Schulausschuss und offenbar auch im Rat tatsächlich die Einzigen, die noch ein Wort dafür einlegen, dass auch auf das Geld geschaut wird. Deshalb können wir trotzdem gute Schulen bauen und auch den Schülerinnen und Schülern die besten Bedingungen bieten.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Jetzt würde ich den Stadtdirektor bitten, noch etwas zur Montessori-Pädagogik zu sagen.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Bürgermeisterin Gerlach, das war nicht die Frage. Deshalb muss ich die Gott sei Dank auch nicht beantworten. Die Frage war, ob die Pädagogik auch mit einer reduzierten Zügigkeit möglich ist. Mit der Schulleitung ist besprochen, dass von den bisher 16 Klassen dauerhaft 14 Klassen verbleiben und dass mit diesen 14 Klassen an diesem Standort natürlich auch weiterhin Montessori-Pädagogik möglich ist.

Die andere Frage habe ich vorhin schon beantwortet. Wir werden bis zum Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss noch einmal schauen, was man sonst noch machen kann. Aber für die Schulleitung – um das hier auch einmal deutlich zu sagen – wäre es noch viel einfacher, mit einer durchgehenden Dreizügigkeit zu arbeiten.

(Bürgermeisterin Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das meine ich!)

Sie haben das ja gerade an dieser Stelle auch angedeutet. Nein, so weit sind wir als Verwaltung nicht gegangen. Insofern schöpfen wir das Maximale – was das Raumprogramm angeht – an dieser Stelle aus und es bleibt bei dem spezifischen Ansatz dieser Schule. Das kann auch konzeptionell von der Schulleitung und dem Lehrerkollegium so umgesetzt werden. Das ist ja dann der pädagogische Auftrag in der Schule.

(Zuruf von Bürgermeisterin Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen])

– Bürgermeisterin Gerlach, ich muss mich auf das stützen, was die Schulleitung an dieser Stelle sagt. Ich finde es jetzt auch ein wenig schwierig.

(Bürgermeisterin Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das ist spezifisch!)

Der Eingangspunkt war: Es haben sich in der BV alle aufgeregt. Ich will protokollarisch nur sagen: Von der Vorlage ist zustimmend Kenntnis genommen worden. Die Vorlage war in allen Gremien. Den Skandal kann ich an dieser Stelle noch nicht erkennen.

(Bürgermeisterin Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen]: „Skandal“ habe ich auch nicht gesagt!)

– Das war nicht spezifisch an Sie gerichtet, Frau Bürgermeisterin.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Eine skandalfreie Vorlage. Deshalb ziehen wir sie auch nicht zurück. – Aber Ratsherr Dr. Graebner hat sich noch einmal gemeldet. – Sie haben das Wort.

Ratsherr Dr. Graebner (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Herr Oberbürgermeister. – Es gibt da keinen Skandal. Die Frage zur Zügigkeit der Montessori-Schule hätten wir natürlich im Schulausschuss diskutieren können, in den es eigentlich gehört, wenn wir die Beratungsreihenfolge aufrechterhalten hätten. Aber wir wollten Geschwindigkeit haben. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir das heute hier beschließen und dass wir das heute noch einmal kurz diskutieren. Das haben wir jetzt hier gemacht.

Liebe FDP, zum nachhaltigen Bauen: Wir bauen ja nachhaltig. Jetzt ist es vielleicht ein bisschen teurer, aber auf lange Sicht sparen wir Geld. Das haben Sie leider immer noch nicht verstanden. Wir bauen keine Schulen, in denen es durchzieht, sondern wir bauen Schulen, die auch in 40, 50, 60, 70 oder 80 Jahren noch Bestand haben. Wir sparen einfach dadurch Geld, dass wir Wärmeenergie in diesen Schulen einsparen. Wir haben PV-Anlagen auf dem Dach. Wir sparen Strom. Die Gebäude werden zum Teil nach Cradle to Cradle gebaut, also nach Kreislaufwirtschaft. Das heißt, die Gebäude werden nicht bis null abgeschrieben. Auch das haben Sie nicht verstanden. Das heißt, Sie haben in diesen Gebäuden immer noch einen Wert drin. Das heißt, wir geben vielleicht jetzt ein bisschen mehr Geld aus, aber auf lange Sicht sparen wir auf jeden Fall. – Danke.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich habe noch eine Wortmeldung von Ratsfrau Dr. Proschmann. – Sie haben das Wort. Sie dürfen sogar fünf Minuten reden, weil Sie die erste Rednerin Ihrer Fraktion sind.

Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD): Keine Sorge. – Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte nur kurz sagen, weil wir in der Diskussion gar nicht vorgekommen sind, dass die SPD das selbstverständlich auch unterstützen wird.

(Heiterkeit von der CDU – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Fürs Protokoll!)

Wir freuen uns sehr über die Vorlage. Wir fänden es aber natürlich schön, wenn die Städte nicht so sehr für die schwarz-grüne Landesregierung einspringen müssten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Das war ein schönes Schlusswort für die Debatte. – Deshalb kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Vorlage SCHUA/029/2025: „Schulorganisatorische Maßnahmen zur Umsetzung des sukzessiven Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz ab dem Schuljahr 2026/27 im Primarbereich (SOM IX)“. Wer ist für diese Vorlage? – Das sind Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Partei-Klima-Fraktion, CDU, FDP, AfD und Tierschutz/Freie Wähler. Enthält sich jemand? – Ist jemand dagegen? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf

1. *beauftragt die Verwaltung die notwendigen, nicht zu projektierenden baulichen Maßnahmen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz an 60 Schulstandorten gemäß Sachdarstellung (Paket 3) umzusetzen und beschließt hierfür entsprechende Bau- und Planungsmittel in Höhe von 12.492.900 Euro.*

2. *beauftragt die Verwaltung für die notwendigen, zu projektierenden baulichen Maßnahmen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz an 12 Schulstandorten gemäß Sachdarstellung (Paket 4) die Planungen zu veranlassen und darauf basierend erforderliche Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüsse herbeizuführen und beschließt hierfür entsprechende Planungsmittel in Höhe von 13.401.700 Euro.*

3. *beschließt die sukzessive Reduzierung der Zügigkeit von vier auf drei Züge an der Montessori-Grundschule Lindenstraße, Lindenstraße 102, 40233 Düsseldorf, Schulnummer 150850 ab dem Schuljahr 2026/27*

4. *ermächtigt die Verwaltung die IPM mit folgenden unter 2. genannten Projekten zu beauftragen:*

- *Heinrich-Heine-Schule, Teilstandort Pestalozzistraße 30, 40549 Düsseldorf, Schulnummer 101023*
- *KGS Niederkassel, Niederkasseler Straße 36, 40547 Düsseldorf, Schulnummer 100067*
- *GGs Krahnenburgstraße, Krahnenburgstraße 15, Schulnummer 100950*
- *Gumbertschule, Gumbertstraße 191, 40229 Düsseldorf, Schulnummer 100237*
- *Marien-Schule, Rheindorfer Weg 20, 40591 Düsseldorf, Schulnummer 100109 und Henri-Dunant-Schule, Rheindorfer Weg 20, 40591 Düsseldorf, Schulnummer 100213*

39

Umsetzung Bäderkonzept 2020: Neubau Hallenbad Unterrath

SPOA/037/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hierzu haben sich Ratsherr Sültenfuß und Ratsfrau Bednarski gemeldet. – Ratsherr Sültenfuß, Sie haben das Wort.

Ratsherr Sültenfuß (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ein guter Tag für Düsseldorf, ein guter Tag für den Düsseldorfer Nordosten, ein guter Tag für Unterrath und das angrenzende Derendorf! Meine Damen und Herren, wir haben lange dafür gekämpft, dass das Bad kommt, nämlich dorthin, wo es hingehört: an die Grenze zwischen Unterrath und Derendorf. Es gab andere Überlegungen, die nicht umgesetzt werden konnten, aber wir haben dafür gestritten. Wir freuen uns, dass wir ein Bad für knapp 31 Millionen Euro bekommen. Wir freuen uns auch, dass es jetzt kommt. Denn, meine Damen und Herren: Versprochen und auch gehalten, es kommt nicht nur ein Stadtteilbad, sondern ein Bad mit Mehrwert für unser Viertel.

Der eine oder andere wird die Vorlage sicherlich gelesen haben. Wir haben natürlich ein 25-Meter-Becken, eine Großrutsche, ein Schwimmbecken, Kursbecken, Umkleidekabinen, aber auch ein Dampfbad und eine Sauna. Auf weitere Dinge hatten wir gehofft. Aber die werden wir jetzt tatsächlich im neuen Bürgerhaus umsetzen, das irgendwann auf der Mettlacher Straße entstehen wird. Vielleicht erhalten wir die erste Vorlage schon im Herbst. Auch dazu hatten wir im Dezember letzten Jahres bereits die ersten Schritte eingeleitet. Es freut uns für Unterrath und für Düsseldorf, dass es dort weitergeht.

Des Weiteren haben wir auch dafür gesorgt, dass das alte Bad an der Mettlacher Straße weiter läuft. Es gab ja auch einmal das Versprechen: Wir wollen das so lange aufrechterhalten, bis das neue Bad steht. – Versuchen wir gemeinsam mit ein bisschen Glück, dass das auch gelingt. Auch damit wird ein Mehrwert für unser Stadtviertel geschaffen; denn wir bekommen ein Bürgerzentrum und vielleicht sogar eine neue Stadtteilmitte für Unterrath.

Meine Damen und Herren, heute ist ein guter Tag für uns alle. Lassen Sie uns gemeinsam die nächsten Schritte gehen! Ich freue mich, dass wir gleich alle zustimmen werden. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Bednarski hat als Nächste das Wort. Es folgt Ratsfrau Frey. – Bitte, Ratsfrau Bednarski.

Ratsfrau Bednarski (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauende und Zuhörende! Ein guter Tag für Ratsherrn Sültenfuß von der CDU! Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! Aber ich möchte doch etwas Wasser in den Wein schütten. Denn dieser Beschluss heute ist lange überfällig.

(Beifall von der SPD)

Vor zehn Jahren haben wir beschlossen, dass wir in Unterrath ein neues Bad bauen. Damals gab es noch keine schwarz-grüne Kooperation. Aber wir haben den Sinn erkannt und das damals beschlossen.

Dann haben wir vor fünf Jahren einen Bedarfsbeschluss gefasst. Das hat schon lange genug gedauert. In der Zwischenzeit wurde auch schon in der BV 6 angekündigt, dass der Baubeginn 2023 wäre. Das ist leider schon wieder zwei Jahre her. Jetzt müssen wir noch einmal drei Jahre warten, bis dieses Bad endlich eröffnet wird. Ich finde, 13 Jahre für ein banales Schwimmbad ohne tausend Sprungtürme oder Ähnliches sind schon eine sehr lange Zeit. REWE plant 2026 seine Eröffnung. Warum haben die schon einen Bauantrag gestellt und wir nicht?

Ich finde es gut, dass es endlich vorangeht. Aber ich bin etwas desillusioniert, ob die Eröffnung 2028 wirklich kommt. So lange, wie wir bisher gebraucht haben, werden wir vermutlich noch einmal fünf Jahre benötigen. Aber wir werden der Vorlage natürlich trotzdem zustimmen in der Hoffnung, dass es jetzt endlich schneller vorangeht.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Frey, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Frey (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Spannend, oder? Die einen so, die anderen so. Unterm Strich sind wir uns alle einig: Es ist trotzdem eine tolle Sache.

Ich finde die Verzögerung auch schlecht. In der Bezirksvertretung 6, von der wir heute schon gesprochen haben, haben wir das natürlich auch angemahnt. Fakt ist: Jetzt dauert es leider noch so lange. Ich begrüße es aber wirklich, dass es kommt. Ich bin sonst niemand, der andauernd unkt, aber in dem Fall habe ich gedacht: Die Letzten beißen die Hunde. Es sind mehrere Schwimmbäder entstanden; das sind keine geringen Investitionen. Insofern bin ich persönlich sehr dankbar, dass es jetzt gelingt und wir heute diesen Beschluss haben und nicht wieder hinterher sagen: Jetzt warten wir noch eine Runde. Ich glaube, das meinte Ratsherr Sültenfuß. Er hat es vielleicht nur höflicher ausgedrückt als ich.

Ich bin sehr dankbar, dass wir das heute beschließen. Ich hoffe, dass es vielleicht doch noch zügiger kommt. Vielleicht kann man da noch irgendetwas beschleunigen. Keine Ahnung, ich bin nicht vom Fach. Aber es wäre natürlich wünschenswert, wenn es schneller geht. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Rasp, Sie haben das Wort.

Ratsherr Rasp (SPD): Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Nach den zwei Geburtstagskindern muss ich auch noch einmal kurz etwas sagen. Ich will nichts wiederholen. Deshalb nur noch der Aspekt: Was passiert mit dem alten Standort? Denn das gehört einfach in den Zusammenhang. Als SPD-Vertreter aus dem Stadtbezirk möchte ich noch einmal eindringlich darum bitten, dass wir es diesmal anders machen, dass wir nicht erst rauchen und dann Zeitung lesen, sondern die drei Jahre, die der Neubau des Bads noch braucht, sinnvoll nutzen. Ziel muss

sein, dass wir am alten Standort bereitstehen – mit dem Bagger um die Ecke – und nicht erst in drei Jahren anfangen zu diskutieren, wie lange es noch dauert, bis Bebauungspläne und Ähnliches fertig sind.

Die kurze Bürgeranhörung war gut, aber das reicht nicht. Es braucht Druck dahinter. Wir können den Menschen draußen nicht erzählen, dass wir zehn Jahre brauchen, um das Schwimmbad zu bauen, wenn wir seit 15 Jahren wissen, dass dort oben Platz wird. Wir können dann nicht argumentieren und sagen, wir müssen noch fünf Jahre planen, nachdem der letzte die Badehose ausgezogen hat. Das wäre noch mein Hinweis und auch meine Bitte. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deshalb stelle ich zur Abstimmung die Vorlage SPOA/037/2025: „Umsetzung Bäderkonzept 2020: Neubau Hallenbad Unterrath“. Wer ist für diese Vorlage? – SPD, Die Linke, Die Partei-Klima-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, AfD und Tierschutz/Freie Wähler. Das dürften alle sein. Gegenprobe: Enthält sich jemand? – Ist jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt beschließt

- 1. die Ausführung und Finanzierung der Maßnahme Umsetzung Bäderkonzept 2020 – Neubau Hallenbad Unterrath mit einer Gesamtsumme von 31,2 Millionen Euro (netto),*
- 2. die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Durchführung der Investitionsmaßnahme in Höhe von 28,8 Millionen Euro für den Haushaltsplan 2026 ff. Die Planungsmittel in Höhe von 2,4 Millionen Euro sind bereits im Haushalt 2025 veranschlagt.*

47

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Nr. 07/019 – Glasmacherviertel

APS/087/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Penack-Bielor, Ratsherr Raub und Ratsherr Schwenk. – Bitte, Ratsfrau Penack-Bielor.

Ratsfrau Penack-Bielor (CDU): Danke schön, Herr Oberbürgermeister. – Meine Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion begrüßt diesen Beschluss. Es muss etwas passieren. Das Glasmacherviertel liegt schon sehr lange brach. Wir hatten einen Eigentumswechsel oder einen Wechsel der Anteilseigner. Wir hatten uns eigentlich erhofft, dass die LEG bald tätig wird. Im Moment sieht es ein wenig so aus, als ob auch sie das für eine gewisse Zeit liegen lässt oder nicht mit der für uns notwendigen Schnelligkeit daran geht. Daher sind diese städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen, die hier vorbereitet werden sollen, genau der richtige Weg, um auch etwas Druck auf den Investor auszuüben.

Das ist ein Gelände, das etwa 1.500 Wohnungen hergeben würde, das schon vorbereitet ist und das eigentlich danach ruft, dass es bebaut werden will. Wir haben den entsprechenden Wohnbedarf. Wir müssen hier jede Maßnahme ergreifen – und sei es auch eine, die relativ stark in Eigentumsrechte eingreift –, damit wir dort in der nächsten Wahlperiode Wohnungen sehen können, dass dort gebaut wird und dass wir auch im Rahmen der Wohnungsbauoffensive dieses Gelände und diese Wohnungen für uns verbuchen können. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Raub hat als Nächster das Wort. – Bitte, Ratsherr Raub.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ratsfrau Penack-Bielor, Sie haben eben von der Schnelligkeit gesprochen, die wünschenswert wäre. Ich habe mich daran erinnert, dass wir zu diesem Thema „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme im Glasmacherviertel“ schon 2022, also vor drei Jahren, gesprochen haben. Seitdem ist nichts passiert außer einem weiteren Anteilseignerwechsel – oder in der Zwischenzeit wahrscheinlich zweier; ich zähle das schon gar nicht mehr mit, weil es ja inzwischen fast so wie die *Reise nach Jerusalem* ist: Derjenige, der nicht mehr auf den Stuhl kommt, darf das Grundstück haben. Das ist nicht die Schnelligkeit, die ich mir vorstelle. So etwas stelle ich mir schon gar nicht bei einem Grundstück vor, das so wichtig für diese Stadt ist. Sie haben ja vollkommen richtig darauf hingewiesen, welches Potenzial wir dort an Wohnungen haben. Dort müssten sich eigentlich schon längst zumindest die Kräne drehen, damit wir endlich das umsetzen, was wir dort haben.

Stattdessen wird dieses Grundstück hin- und hergestochert und hin- und hergeschachert. Jeder versucht, noch eine schnelle Mark oder einen schnellen Euro damit zu machen, anstatt das zu tun, was eigentlich für jeden Eigentümer, seitdem die Glashütte dort weggekommen ist, verbindlich und verpflichtend gewesen wäre, nämlich es einer Wohnbebauung zuzuführen. Das wurde an dieser Stelle nicht getan. Das ist ein Skandal. Das ist wirklich ein Skandal. Ich rege mich jetzt auch bewusst auf, weil es wirklich unglaublich ist, wie dort mit solchen Potenzialen Schindluder getrieben wird.

Deshalb kann ich nur sagen: Wir müssen dieses Mittel nutzen, auch wenn uns natürlich klar ist, dass das ein ziemlich stumpfes Schwert ist. Ich könnte mir durchaus auch noch andere Möglichkeiten vorstellen. Ich nehme es jetzt aber einmal als Anlass beziehungsweise als Beginn dafür, dass die Schritte, die wir in der letzten Konsequenz alle wollen, durch diese Maßnahme eingeleitet werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so wie es bisher gelaufen ist, darf es jedenfalls nicht weitergehen!

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Schwenk. Dann Ratsherr Rohloff und Ratsherr Dr. Fils. – Ratsherr Schwenk.

Ratsherr Schwenk (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleg*innen! Unsere Position zum Grundstück der ehemaligen Glashütte ist völlig klar. Deshalb schließe ich mich an der Stelle nicht an. Ratsherr Raub, danke dir für die Aufregung, aber ich habe es mir inzwischen abgewöhnt, mir darüber die Haare zu raufen.

Vor drei Jahren hat der Rat beschlossen, städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen vorzubereiten. Jetzt haben wir die Vorbereitung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme. Ohne Frage hat das zu lange gedauert. Wir hätten uns insbesondere vor dem letzten Eigentümerwechsel gewünscht – also schon im vergangenen Jahr –, dass wir in eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme eintreten. Aus diesem Grund haben wir bereits im Frühjahr einen Antrag eingebracht, der sich darum bemüht, dass die Stadt endlich das Grundstück ankauft und über diverse rechtliche Konstruktionen in das Eigentum des Grundstücks kommt, um die Entwicklung voranzutreiben. Wir haben die Nase voll, uns auf der Nase herumtanzen zu lassen. – So weit erst einmal.

Die LEG hat das Grundstück beziehungsweise die grundstückhaltende Gesellschaft zu Beginn des Jahres mit knapp 90 Prozent übernommen. Mittlerweile ist seit dem 23. April – das können wir dem Quartalsbericht des ersten Quartals der LEG entnehmen – die Gesellschaft Brack Capital Properties (BCP), also die grundstückshaltende Gesellschaft, zu 100 Prozent im Eigentum der LEG. Insofern interessiert uns jetzt natürlich vonseiten der Verwaltung: Hat die LEG die Übernahme der Gesellschaft, die das Grundstück vollständig hält, bei der Stadt angezeigt? – Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Wir sehen in dem Vorgang die Umgehung eines Vorkaufsfalls. Insofern haben wir auch hier die Frage an die Verwaltung, wie das rechtlich geprüft wurde.

Gegebenenfalls melde ich mich gleich noch einmal. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Rohloff, bitte. Es folgen Ratsherr Dr. Fils und Ratsherr Albes. Dann würde ich die Verwaltung bitten. – Ratsherr Rohloff, bitte.

Ratsherr Rohloff (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns hier im Haus alle einig, dass dieses Grundstück ein großes Potenzial bietet und schnellstmöglich der Wohnbebauung zugeführt werden sollte, weil der Düsseldorfer Wohnungsmarkt das dringend nötig hat. Wir sprechen jetzt seit 20 Jahren über Leerstand auf dieser Fläche. Das ist in der Tat – da gebe ich dem Kollegen Markus Raub recht – durchaus zu lange.

Wir haben hier vor drei Jahren die Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (SEM) verabschiedet. Da fragt man sich dann schon, warum wir heute dann sozusagen vorbereitende Untersuchungen erst einmal in Auftrag geben müssen und warum es nicht schneller geht, den Grundstücksspekulanten dort auch ein wenig die Daumenschrauben anzuziehen.

Eigentum verpflichtet. Das gilt auch für uns als FDP. Dort ein Grundstück leer stehen zu lassen und nur Spekulationsgewinne mitnehmen zu wollen, das funktioniert nicht. Deshalb stimmen wir der Vorlage selbstverständlich zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Dr. Fils, bitte. Es folgt Ratsherr Albes. – Bitte.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Ratsherr Raub hat sich eben mächtig aufgeregt und in Rage geredet und so getan, als ob das Grundstück dutzende Male verkauft worden wäre. De facto ist es zweimal verkauft worden, davon einmal unter einem anderen Oberbürgermeister. Unter einer anderen Kooperation hier im Stadtrat hätte es vielleicht auch eine Chance gegeben zuzugreifen.

Jetzt versuchen wir hier in Düsseldorf, einen sehr komplizierten, erstmaligen Prozess auf den Weg zu bringen. Dabei müssen wir vorsichtig Schritt für Schritt vorangehen. Ich kann für die CDU nur sagen: Danke an die Verwaltung, dass hier sehr korrekt und sehr vorsichtig Schritt für Schritt vorangegangen wird. Um das Ganze nicht zu vernebeln: Auch hier gab es andere Perspektiven. Es gab bis vor Kurzem auch noch Hoffnungen, dass es über andere Wege möglich wäre. Aber letztlich müssen wir, wenn wir hier etwas erreichen wollen, jetzt den vorgeschlagenen Weg der Verwaltung gehen. Es gibt an der Vergangenheit nichts zu kritisieren – höchstens, dass man beim zweiten Verkauf hätte zuschlagen können.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Albes. Es folgen Ratsfrau Marmulla und Ratsfrau Dr. Proschmann. – Bitte, Ratsherr Albes.

Ratsherr Albes (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es auch ganz kurz. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass das Wohnen natürlich im Mittelpunkt steht und wir es umsetzen müssen. Aber die Infrastruktur muss auch passen. Man hört in den Medien immer wieder: Kitas und Schulen werden geschaffen, Spielplätze entstehen. Und natürlich steht das Wohnen im Vordergrund. Ich möchte als Vorsitzender des Sportausschusses jedoch einmal darauf hinweisen – das kam heute auch im Rat zur Sprache –: Wir

haben zu wenig Sportflächen. Es wurde bereits beschlossen, dass wir danach suchen und Entscheidungen treffen müssen, wo solche Flächen entstehen können.

Doch in diesem Projekt finde ich dazu nichts, auch in den Medien wird darüber nicht berichtet. Dabei haben wir schon über Sportflächen diskutiert und im Prinzip auch schon mit auf den Weg gegeben. Ich bitte nur noch einmal darum, dass man das auch zur Kenntnis nimmt. Wir brauchen Sportflächen. In einem solchen Gebiet brauchen wir Infrastruktur und unsere Sportflächen. Ich bitte darum, dass man auch darauf achtet. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Marmulla, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Ratsherr Dr. Fils hat ernsthaft gesagt, es gebe nichts zu kritisieren. Hallo? Es gibt wirklich etliches zu kritisieren! Eine solche Fläche, die seit so langer Zeit brachliegt, auf der 1.500 Wohnungen gebaut werden könnten, dort ist eine Spekulation sondergleichen passiert. Wir haben den Investoren, den Spekulanten, nie geglaubt, dass sie die Fläche wirklich bebauen wollen. Es war ziemlich schnell klar, dass dort reine Bodenspekulation stattfinden wird.

Wenn ich mir Bündnis 90/Die Grünen anschau, dann hätten sie dieses Thema zu Beginn der Wahlperiode ganz nach vorn stellen und gemeinsam mit ihrem Kooperationspartner, der CDU, mit Nachdruck daran arbeiten können.

Wir brauchen auch definitiv auf Bundesebene ein anderes Recht, damit solche Fälle in Zukunft nicht mehr passieren. Sie alle waren in der Vergangenheit in der Verantwortung, und Sie haben sich nicht darum gekümmert. Das ist ein Skandal, und das, was in Düsseldorf passiert, ist auch ein Skandal.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Dr. Proschmann, bitte.

Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Weil hier gerade von einem einzigartigen Prozess gesprochen worden ist, möchte ich noch einmal an die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Südlich Hildener Straße erinnern: Diese gibt es, und wir verfolgen sie durchaus auch. Daher kommt ein wenig der Vorbehalt, den wir haben, weil es sich um ein rechtlich sehr intensives Mittel handelt, bei dem sehr viel geprüft werden muss und das viele Vorstufen beinhaltet. Nur damit Sie wissen, woher unsere Zurückhaltung rührt und warum wir jetzt nicht in Jubel ausbrechen.

Wir werden das unterstützen. Selbstverständlich unterstützen wir alle Mittel, um dieses Grundstück zurückzubekommen. Aber es ist eben auch nicht so, dass wir innerhalb von zwei Monaten bereit wären, diese städtebauliche Entwicklungsmaßnahme anzuwenden, weil es sehr viele kleinteilige Schritte und sogenannte Null-/Minus-1-Phasen gibt. Deshalb stimmen wir zu, aber ohne den übererfreulichen Jubel. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Jetzt würde ich Frau Zuschke bitten, die angesprochenen oder aufgeworfenen Themen noch einmal kurz zu erläutern. – Vielen Dank.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich noch einmal für den letzten Beitrag, Ratsfrau Dr. Proschmann, weil damit deutlich wird, dass es sich um eine eigentumseingriffsmaßstäbliche Maßnahme handelt. Die Gesetzgebung hat hier wirklich hohe Hürden eingebaut, und genau deshalb ist das Verfahren so schwierig.

Ich stimme Ihnen durchaus zu: Aufregung ist gerechtfertigt und skandalöses Verhalten ist zu kritisieren, ganz klar und ganz ausdrücklich auch gegenüber jenen, die hier spekulieren.

Ich möchte aber noch einmal daran erinnern, dass wir uns bereits im Zusammenhang mit der Hildener Straße sehr intensiv mit dem Eintritt in die sogenannte SEM – die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme – beschäftigt haben. Diese Maßnahme besteht aus zwei grundsätzlichen Phasen. Die eine ist die Vorbereitungsphase. In dieser muss umfassend untersucht werden. Dieser Untersuchung muss auch ein Wertgutachten über diese Fläche zugrunde gelegt werden, denn mit dem Eintritt in die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme muss auch eine Übernahme gewährleistet sein.

Das Wertgutachten für das Glasmacherviertel haben wir bereits vor geraumer Zeit beauftragt. Im Zuge dessen haben wir lange darum gekämpft, die Bahnflächen zu erhalten, die für die Erschließung und eine gute Ausnutzung notwendig sind. Dass wir das Wertgutachten dann sowohl mit als auch ohne Bahnflächen angepasst haben, ist eine weitere wesentliche Voraussetzung, um in die Untersuchung einsteigen zu können. Dieses Wertgutachten wird in Kürze fertiggestellt sein, sodass wir gewappnet sind, um in die Untersuchungsphase einzutreten und so die nötigen Hintergründe zu bekommen.

Zur Frage, die Ratsherr Schwenk gestellt hat: Man hat uns informiert, dass die 100 Prozent jetzt in der Gesellschaft sind. Ich glaube, darüber wurden wir in einem Telefonat informiert.

Nun vielleicht noch einmal zum Thema des Vorkaufsrechts: Sie haben dies in mehreren Ausschüssen hinterfragt und auch eine Antwort erhalten. Dieser Vorkaufsfall, ein sogenannter Share Deal, ist ein – vielleicht für die Allgemeinheit – Verkauf beziehungsweise Ankauf von Gesellschaftsanteilen und nicht von der Fläche. Deshalb wird landauf, landab juristisch sehr trefflich darüber gestritten, ob das Vorkaufsrecht auch solche Share Deals erfasst.

Es gibt einen Tatbestand, den sogenannten „Umgehungstatbestand“. Wenn dieser vorliegt, kann auch bei einem Share Deal das Vorkaufsrecht wirksam werden. Das ist hier jedoch leider nicht gegeben. Wir haben das juristisch geprüft, nicht nur damals, sondern auch noch einmal nach all den Ausschüssen und Nachfragen. In diesem Fall ist es nicht gegeben. Diese Realität muss man zur Kenntnis nehmen.

Zur städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme noch einmal: Auch sie hat harte Eintrittspforten. Es muss gewährleistet sein, dass durch vorgreifliche Untersuchungen nachgewiesen wird, dass eine Gesellschaft oder ein Investor nicht willens und nicht in der Lage ist. Das sind zwei wesentliche Voraussetzungen. Im letzten Jahr hat es Verkaufsbestrebungen gegeben, die von uns sehr eng begleitet wurden, und dann kam es zu diesem Share Deal. Den weiteren Verlauf kennen Sie alle. Wir haben das auch hinreichend diskutiert.

Heute bitten wir Sie, den Eintritt in diese vorgreiflichen Untersuchungen zu beschließen, damit wir zusammen mit dem Wertgutachten und diesen vorgreiflichen Untersuchungen die Handhabe nach dem Baugesetzbuch haben. Gleichzeitig begleiten wir auch weiterhin die Aktivierungsabsichten positiv.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Noch einmal Ratsherr Dr. Schwenk. – Bitte, Ratsherr Schwenk.

Ratsherr Schwenk (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Frau Zuschke, das blieb jetzt etwas unscharf. Wir reden ja nicht mehr über den Share Deal. Die LEG ist mittlerweile hundertprozentige Eigentümerin der Brack Capital Properties und somit auch sämtlicher Folgegesellschaften. Das heißt, die LEG ist mittlerweile, vermittelt über diverse Untergesellschaften, Eigentümerin zu 100 Prozent der ehemaligen Glashütte.

Jetzt steht in Ihrer Antwort auf unsere Anfrage – die leider verschleppt wurde –: „sowie die vollständige Übertragung der Anteile auf die Erwerberin“. Das sei ein Umgehungsgeschäft. Ich möchte eine Antwort darauf, ob rechtlich geprüft wurde, ob es in diesem Vorkaufsfall einen Umgehungstatbestand gibt. Wenn dem nicht so ist, würde ich einen Ergänzungsantrag zu der Vorlage stellen, dass dies rechtlich zu prüfen und gegebenenfalls auch vor Gericht zu klären ist.

Es ist durchaus ein diffiziler Fall, an welcher Stelle der Umgehungstatbestand für den Vorkaufsfall gegeben ist. Aber ich glaube, wir sollten nichts unversucht lassen, um in eine vorteilhafte Verhandlungsposition mit der LEG zu kommen. Am Ende des Tages wird man sich mit ihr einigen müssen, und da sollten wir unser Pulver nicht vorher nass machen. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich glaube, die Auskunft der Beigeordneten eben war ziemlich eindeutig, dass wir das geprüft haben und wir keinen Fall sehen, der als Umgehung unzulässig wäre. Wir haben ja hier noch das besondere Thema, dass es sich nicht um einen Share Deal im Sinne einer Veräußerung eines Anteils an einen Dritten handelte, sondern dass es um eine Verschiebung von Anteilen innerhalb eines Eigentümerkonsortiums ging. Insofern ist das, glaube ich, auch eine plausible Auskunft.

(Beigeordnete Zuschke: Ich nehme es gern noch einmal mit! – Ratsherr Schwenk [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist es rechtlich jetzt geprüft oder nicht?)

– Ja. Eindeutiges Ja. Es ist geprüft worden, sagt die Dezernentin. Wir haben ein Ergebnis. – Ich darf die Vorlage zur Abstimmung stellen, weil ich keine weiteren Wortmeldungen mehr sehe. APS/087/2025: Wer ist für diese Vorlage? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Die Partei-Klima-Fraktion, CDU, FDP, AfD und Tierschutz/Freie Wähler. Das dürfte einstimmig sein. Gegenprobe: Enthält sich jemand? – Ist jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung vorbereitender Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme gemäß § 165 Absatz 4 in Verbindung mit § 141 BauGB im Gebiet Glasmacherviertel. Die Untersuchungen beziehen sich auf das in Anlage 1 dargestellte Gebiet.

46

Anträge

46.1

Antrag der Ratsfraktionen SPD und Die Linke: Evaluierung der OGS-Ferienbetreuungsangebote

JHA/055/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Holtmann-Schnieder hat als Erste das Wort. Es folgen Ratsherr Wiedon, Ratsherr Born und Ratsfrau Elsholz. – Bitte, Ratsfrau Holtmann-Schnieder.

Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen, dass dieser gemeinsame Antrag der Ratsfraktionen SPD und Die Linke schon eine kleine Tour durch die Ausschüsse hinter sich hat. Denn dieser Antrag wurde zunächst im JHA und dann in der gemeinsamen Sitzung von Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss gestellt. Weil es zum Thema „Offene Ganztagschule“ viele unterschiedliche Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten gibt, war der Beschluss, diesen Antrag dem Rat vorzulegen. Aus diesem Grund haben wir ihn heute hier auf der Tagesordnung.

Worum geht es? – Im Rahmen der Offenen Ganztagschule wird den Familien für einen Teil der Schulferien Ferienbetreuung angeboten. Das ist ein wichtiges Angebot für die Familien, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen zu können. Darum ist es gut und richtig, dass dieses Angebot pro OGS-Gruppe von der Stadt mit 2.500 Euro bezuschusst wird.

Dieses Geld wird gezahlt, ohne dass es dafür Vorgaben gibt oder irgendwelche Nachweise geben muss. Insofern ist die Frage: Was wird damit gemacht? – Denn ich sagte bereits, dass es gut für die Familien ist. Jedoch muss man bedenken, dass die Schülerinnen und Schüler einen Teil ihrer

Ferienzeit in der Schule verbringen. Das ist so ähnlich, als säßen Sie mit Badeschlappen und Badehose vor Ihrem Unternehmen oder vor Ihrem Büro. Es macht also nicht sehr viel Spaß, wenn dort nichts Besonderes stattfindet.

Aus diesem Grund möchten wir, dass in diesem Sommer evaluiert wird, wofür jeweils diese 2.500 Euro von den Trägern verwendet werden: Werden sie für zusätzliches Personal eingesetzt? Werden dafür Ausflüge oder besondere Events für die Kinder angeboten? Braucht man zusätzliches Personal? – All das wissen wir nicht, und auch die Verwaltung kann dazu keine Auskunft geben. Insofern bitten wir darum, das in diesem Sommer nachzuhalten – im Moment ist noch Zeit, das zu tun – und eine Rückmeldung seitens der Träger zu geben, was sie mit diesem Geld gemacht haben.

Damit das für alle Beteiligten gut handhabbar ist, möchten wir lediglich, dass nur der größte Teil benannt wird: Wofür wird dieses Geld im Wesentlichen ausgegeben? – Wir erwarten an dieser Stelle natürlich keinen lückenlosen Nachweis für kleinste Summen. Das ist damit also nicht gemeint. Jedoch möchten wir wissen: Für welche großen Blöcke wurde dieses Geld ausgegeben? – Das ist auch wichtig; denn die Stadt hat einen Auftrag mitgegeben: Dieses Geld soll dafür eingesetzt werden, dass vor Ort ein auf die Bedürfnisse und Interessen der Schüler*innen angepasstes Ferienangebot vorgehalten wird. Dabei stellt sich natürlich die Frage: Ist es OGS wie immer, also Spielen auf dem Schulhof und ein bisschen Basteln, oder gibt es tatsächlich Angebote, die sich wirklich wie Ferien anfühlen? – Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Antrag gleich zustimmen.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Wiedon, bitte. – Es folgen Ratsherr Born, Ratsfrau Elsholz und Ratsfrau Dr. Rachner.

Ratsherr Wiedon (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich will die Ablehnung unsererseits kurzhalten. Die 2.500 Euro sind genannt worden, und ich halte das immer noch für ein niederschwelliges Angebot, also ein Freizeitangebot. Wir haben, glaube ich, 95 Standorte, und die Schulverwaltung muss nun 95 Standorte abfragen und für 95 Standorte einholen: Was wurde mit dem Geld gemacht? – Auch wenn es nur um die wesentlichen Dinge geht, muss das evaluiert werden. Wir werden gleich noch bei einem sehr umfangreichen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu diesem Thema, was gemacht werden sollte, darüber sprechen. Dabei ist der Punkt, wie wir uns hinsichtlich des Rechtsanspruchs aufstellen, wirklich entscheidend.

Zudem sprechen wir immer über Bürokratieabbau. Ich will nicht ausschließen, dass die eine oder andere Ferienfreizeitmaßnahme nicht dem entspricht, was man sich vorstellt. Aber ich halte den Aufwand, den wir betreiben müssen, um das zu evaluieren, im Verhältnis zu dem, worum es bei diesem Thema geht, nämlich um die Ferienfreizeit, für zu hoch. Wenn wir genügend Man-beziehungsweise Womanpower in den Verwaltungen zur Verfügung hätten, um das durchführen zu können, wäre das in Ordnung. Aber wir haben ab dem 1. August ein sehr wichtiges Thema zu besprechen, für das wir die Kapazitäten freihalten sollten. Deshalb werden wir diesem Antrag nicht folgen.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Born, bitte.

Ratsherr Born (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Es mag sein, dass das ein gewisser Aufwand ist, aber es wurde bereits in der Begründung gesagt, es müsse nicht jede Einzelheit erfasst werden und nicht jede Schule einen großen Bericht abliefern. Wir haben verschiedene Schulformen, die solche Angebote unterbreiten, bei denen es leider sehr große Unterschiede gibt. Ratsfrau Holtmann-Schnieder sagte bereits, die einen bieten hauptsächlich im OGS-Gebäude und auf dem Schulhof etwas an und machen vielleicht nur einen Ausflug, andere wiederum machen zwei oder drei Ausflüge. Insofern wäre es gut, wenn das auf gleicher Ebene stattfinden würde. Schließlich gibt es auch Diskussionen unter den Eltern: Warum ist in der Schule meiner Freundin oder meines Freundes die Tochter oder der Sohn in der Ferienfreizeit mehr

unterwegs und erlebt mehr? – So etwas gibt es leider auch. Zudem ist das teilweise auch davon abhängig, welche finanziellen Möglichkeiten die Eltern haben, um gewisse Zuschüsse für ihre Kinder leisten zu können.

Wir wissen, dass das nicht ganz einfach ist, möchten das aber auch nicht sprengen, indem sich zahlreiche Beschäftigte aus der Verwaltung intensiv darum zu kümmern hätten. Wir würden es aber sehr befürworten, diesbezüglich einen Überblick zu bekommen. – Schönen Dank.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich habe nun noch Ratsfrau Elsholz und Ratsfrau Dr. Rachner auf der Redeliste. – Bitte, Ratsfrau Elsholz.

Ratsfrau Elsholz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Anwesende! Sehr geehrte Zuhörende! Ich fasse mich kurz und finde, man kann durchaus eine Kapazitätenfrage daraus machen und diese auch insofern beantworten: Die Verwaltung hat vielleicht Besseres zu tun. – Das ist völlig in Ordnung.

Wir sind aber zu einem anderen Ergebnis gekommen. Zahlen, Daten, Fakten sind die Grundlage unserer politischen Arbeit. Sich zurückmelden zu lassen, welche Ferienangebote im Sommer stattfinden und wie die Auslastung ist, muss also drin sein. Von daher werden wir dem Antrag folgen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Bitte, Ratsfrau Dr. Rachner.

Ratsfrau Dr. Rachner (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auf der einen Seite ist uns schon wichtig, dass wir die Aussage, die im Jugendhilfeausschuss getroffen worden ist, wonach es keine verbindlichen Qualitätsstandards für Ferienangebote gibt, jetzt genau hinterfragen. Das ist uns wirklich wichtig.

Auf der einen Seite schätzen wir sehr, dass die Träger vor Ort eigenverantwortlich arbeiten und auch selbst entscheiden, was sie machen wollen. Wir wollen aber Transparenz, damit Eltern wissen, dass ihre Kinder gut versorgt werden. Es soll keine neue Vorschrift geschaffen werden, aber auch keine Einheitslösung geben. Vielmehr wollen wir einfach nur wissen, was dort passiert, damit wir für Transparenz und Vergleichbarkeit sorgen können, die Eltern wichtig ist, wenn sie wissen wollen, dass ihre Kinder gut betreut sind.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Insofern kommen wir zur Abstimmung über 46.1: JHA/055/2025. Ich frage zunächst: Wer ist für diesen Antrag? – Das sind Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Partei-Klima-Fraktion und FDP. Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Das sind CDU und AfD. Das ist die Minderheit. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall von der SPD und der Linken)

Beschluss

Die Verwaltung möge für den Zeitraum der Sommerferien 2025 erfassen, wofür die 2.500 Euro Bezuschussungen zur OGS-Ferienbetreuung verwendet werden und standortspezifisch evaluieren, welche Ausflüge und besondere Ferienangebote seitens der Träger angeboten werden. Zudem möge erhoben werden, wie viele Schüler:innen pro Standort zur OGS-Ferienbetreuung angemeldet werden.

46.2

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Durchführung eines Ratsbürgerentscheids über die Weiterführung des Vorhabens eines Opernneubaus („Opernhaus der Zukunft“)

RAT/228/2025

46.2.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion

RAT/266/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Zunächst Ratsfrau Lehmann und anschließend Ratsfrau Mirus zur Einbringung. Es folgen Ratsherr Dr. Fils, Ratsherr Montanus, Ratsherr Jörres, Bürgermeisterin Gerlach und Ratsfrau Dr. Proschmann. – Bitte, Ratsfrau Lehmann.

Ratsfrau Lehmann (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauende! Heute könnte ein guter Tag für direkte Demokratie werden – um das aufzunehmen, was heute schon öfter gefallen ist. Wir haben heute auf jeden Fall einen guten Tag.

Projekte brauchen gesellschaftliche Zustimmung, damit sie langfristig gelingen. Insbesondere dann, wenn Projekte gigantisch werden, brauchen sie eine sehr große gesellschaftliche Zustimmung. Das ist beim Projekt Opernneubau respektive Haus der Musik noch unklar. Klarheit würde eine Befragung durch einen Bürger*innenentscheid auf jeden Fall bringen – egal, in welche Richtung: Unterstützung oder Ablehnung, Fortführung oder Beendigung des Projekts. Günstig wäre es, das gleichzeitig mit der Kommunalwahl stattfinden zu lassen, weil dann die Beteiligung einfach größer ist. Laut einer Umfrage sind 75 Prozent der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer für einen Bürger*innenentscheid. Das ist eine deutliche Mehrheit.

Es geht um ein gigantisches Projekt, das kreditfinanziert ist und die Stadtgesellschaft über Jahrzehnte belasten würde. Wir alle wissen, dass wir auch in anderen Kulturbereichen große Ausgaben zu tätigen haben. Die Liste der zu sanierenden Kulturbauten ist extrem lang. Zudem müssen wir in Soziales, in Wohnen, in die Infrastruktur – Stichwort: Brückenbau, Fahrradinfrastruktur und ÖPNV für das Gelingen der Verkehrswende –, in den Klimaschutz beziehungsweise in die Klimaanpassung investieren. Aber – das wurde gerade schon gesagt – der Euro kann nur einmal ausgegeben werden.

Liebe CDU, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Wovor haben Sie Angst? Warum befragen Sie nicht die Bürgerinnen und Bürger?

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Wir haben keine Angst!)

– Dann befragen Sie sie doch einfach. Wenn Sie davon ausgehen, dass es eine große Zustimmung in der Bevölkerung gibt, dann können Sie sie befragen.

Laut Presseberichten ist die erste Runde des Architekturwettbewerbs auf Ernüchterung gestoßen, was nicht dazu führen würde, eine weitere Befürwortung des Projekts günstig zu gestalten. Wie geht man also mit dem Projekt weiter voran, wenn man die Bürgerinnen und Bürger nicht befragt?

Liebe FDP, Ratsherr Neuenhaus hatte sich vor Jahren sehr positiv für die Idee eines Bürgerentscheids ausgesprochen und diese begrüßt. Das klingt heute bei Ihnen vielleicht ganz anders.

(Ratsherr Rohloff [FDP]: Nein!)

Liebe Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ihr habt eure Position so oft gewechselt – erst wart ihr für das Projekt, dann dagegen. Ihr habt ins Wahlprogramm geschrieben, dass ihr für einen Bürger*innenentscheid seid, aber nicht jetzt, sondern später. Was soll man denn glauben? – Wir bitten einfach um ein bisschen mehr Glaubhaftigkeit. Das würden die Wählerinnen und Wähler vielleicht auch goutieren.

Liebe SPD, es sollten Wohnungen gebaut werden. Von den 8.000 versprochenen Wohnungen ist bisher keine einzige gebaut worden, was wir heute erfahren haben. Das heißt, der Deal ist eigentlich geplatzt, weshalb man ihn aufkündigen könnte. Auch Sie oder ihr solltet die Bürgerinnen und Bürger einfach befragen lassen, damit wir endlich Klarheit bekommen. Das wäre nur konsequent.

Wir möchten die Entscheidung, die hier im Rat getroffen wurde, an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben. Das ist der Sinn von direkter Demokratie. Noch nie hat ein vergleichbar gigantisches Bauprojekt stattgefunden, weshalb die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger umso notwendiger ist. Aus diesem Grund beantragen wir die Durchführung eines Ratsbürgerentscheids über die Weiterführung des Vorhabens eines Opernneubaus:

„Der Rat setzt für den 14.09.2025“

– Kommunalwahl –

„einen stadtweiten Bürgerentscheid nach § 26 der Gemeindeordnung NRW über den Neubau des Düsseldorfer Opernhauses an. Die Fragestellung des Bürgerentscheids lautet:

„Soll die Landeshauptstadt Düsseldorf von einem Neubau des Opernhauses für die Deutsche Oper am Rhein absehen?““

Die Beschlüsse des Stadtrates zum Neubau des Düsseldorfer Operngebäudes sollen nach Auffassung von uns, der Linken, nachträglich durch einen Bürger*innenentscheid direktdemokratisch legitimiert oder aufgehoben werden. Wir bitten um große Zustimmung für unseren Antrag. – Danke.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Mirus hat zur Einbringung des Änderungsantrags als Nächste das Wort. – Bitte, Ratsfrau Mirus.

Ratsfrau Mirus (Die Partei-Klima-Fraktion): Danke. – Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleg*innen! Sehr geehrtes Publikum auf der Zuschauertribüne und auf den Sofas dieser Stadt! Ein Bürgerentscheid zur Oper? – Da sind wir gern dabei, aber nicht jetzt und nicht als politischer Schnellschuss zwei Monate vor der Kommunalwahl. Das, was hier von der Linken präsentiert wird, ist aus strategischer Sicht durchaus clever: ein maximal emotionales Thema mitten im Wahlkampf mit scheinbar einfachen Antworten auf eine sehr komplexe Frage. Aber ein genialer Trick bleibt eben auch nur ein Trick, und ein Bürgerentscheid ist keine Bühne für Wahlkampfmanöver. Deshalb sagen wir: Kein Bürgerentscheid ohne solide Grundlage! Das ist mehr als ein Titel, nämlich unsere Forderung. Denn direkte Demokratie darf nicht zur direkten Desinformation verkommen.

Der allgemeine Konsens über den Neubau der Oper ist unklar. Das Jury-Verfahren läuft noch, die Kosten sind nicht bezifferbar und die langfristigen Folgen für Finanzen, Spielbetrieb, Kulturleben noch nicht vorhersehbar. Trotzdem fordert Die Linke: Bürgerentscheid jetzt sofort – ohne Zahlen, ohne Szenarien und ohne Überblick, aber mit Verzerrungen nicht vorhandener Tatsachen. Ich frage Sie: Ist das Demokratie oder einfach nur Wahlkampftheater mit populistischem Bühnenbild?

(Beifall von der SPD)

Danke.

Wir sagen Ja zu einem Bürgerentscheid, aber erst, wenn ein belastbarer Entwurf vorliegt, wenn die Finanzierung geklärt ist und wenn die Optionen transparent auf dem Tisch liegen, also ein Entscheid auf Augenhöhe und nicht auf Stammtischniveau. Denn wer echte Teilhabe will, muss sie ermöglichen, und zwar mit sachlichen Informationen und nicht mit Bauchgefühl und Mutmaßungen.

Ich verstehe den Reiz, sich medienwirksam gegen ein teures Opernhaus für die Reichen zu positionieren. Das klingt kämpferisch und fühlt sich gut an, aber ist genau die Art von vermeintlich systemkritischer Rhetorik, wie wir sie sonst von ganz rechts kennen.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Es tut mir leid, aber ich kann dieses Vorgehen so nicht durchgehen lassen, weil es den Werten widerspricht, die ich eigentlich mit der Linken teile. Populismus zu Wahlkampfzwecken steht euch nicht. Stimmen Sie darum unserem Änderungsantrag zu: für eine informierte Stadtgesellschaft, für einen fairen Entscheidungsprozess und, ganz ehrlich, für ein bisschen mehr Würde im politischen Geschäft. – Danke.

(Beifall von der SPD und Ratsherrn Montanus [FDP])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Dr. Fils hat als Nächster das Wort. Es folgen Ratsherr Montanus, Ratsherr Jörres, Bürgermeisterin Gerlach, Ratsfrau Dr. Proschmann und Ratsherr Rohloff. – Bitte, Ratsherr Dr. Fils.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Herr Oberbürgermeister! Werte Kollegen! Liebe Zuhörer! Das Wort „Populismus“ ist jetzt schon gefallen, und nichts anderes ist es, was die Linken hier treiben. Die Linken versuchen hier, mit einem angeblich antikapitalistischen Statement die Oper in eine Schiene zu drücken, in die sie nicht gehört. Die Oper ist nicht nur etwas für Reiche oder Kapitalisten, sondern – wenn Sie sich auf Ihre eigene Vergangenheit besinnen – etwas, was in der DDR ganz oben stand.

(Heiterkeit von der CDU)

Die DDR war das Land mit den meisten Opernhäusern in Relation zur Bevölkerung. Es gab 42 Opernhäuser. Aber nicht nur in der DDR stand die Oper ganz oben, sondern auch in der Sowjetunion. In der DDR wurden trotz Mangelwirtschaft die Häuser in Dresden und Leipzig exorbitant aufwendig ausgebaut.

(Unruhe)

Ich möchte aber noch einmal weiter in die Geschichte zurückgehen, sage aber vorab: Vom Feind lernen heißt siegen lernen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich bitte Sie, zur Ruhe zu kommen und dem Redner zuzuhören.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Ja, vielleicht ist es unterhaltsam.

Auch Friedrich Engels war ein Fan vom Musiktheater. Versuchen Sie also nicht weiter, das hier aufzuputtschen in der Art und Weise, dass Oper nur etwas für eine Gesellschaftsschicht ist, die Sie nicht vertreten und nicht vertreten wollen.

Kommen wir in die Gegenwart und in den Westen: Sie waren in Köln gegen einen Neubau. Sie und alle Kölner haben jetzt das Ergebnis zu erleiden, nämlich mit einer Vervierfachung der Kosten, mit einer Vervierfachung des Zeitraums und ohne ein absehbares Ende. In Bonn schwenken die Linken inzwischen von einer Sanierung zu einem Neubau um. In Frankfurt fordern sie vehement einen Neubau, wenn auch mit der Ergänzung, dies könnte ein Vorort noch mitfinanzieren.

Tun Sie also nicht so, als ob Oper nur etwas für Menschen ist, die sich das leisten können. Vielmehr ist die Oper für alle da. Das Haus, das wir hier bauen wollen, wird ein ganz besonderes Haus sein. Die Oper wird nämlich in Verbindung mit einer Jugendmusikschule und einer Musikbibliothek entstehen.

Wenn Sie sich aber auf Umfragen stützen und die Menschen mit einer polemischen Formulierung fragen, ob sie 1,5 Milliarden Euro für eine Oper in Düsseldorf ausgeben wollen, dann bekommen Sie natürlich schnell Ihre Zustimmung und Ihren Applaus. Wenn Sie diese Umfrage dann auch noch im Umland durchführen, dann bekommen Sie auch noch den Neidfaktor auf Düsseldorf aus dem Umland und die Aussagen, die Sie sich wünschen, die aber heute – wie eben schon angesprochen – überhaupt noch nicht möglich sind, weil wir noch kein Ergebnis vom Wettbewerb und keine Kalkulation haben.

Die große Mehrheit hier im Rathaus möchte dieses Verfahren weiterbringen und auch in Zukunft eine Oper in Düsseldorf. Mit dem Bestandsgebäude gibt es aber keine Zukunft für die Oper. Das wurde so ausführlich und umfangreich analysiert, dass wir darüber überhaupt nicht mehr zu sprechen brauchen. Vielmehr geht es nur darum: Gibt es eine Oper oder nicht? – Wir sind für die Oper!

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Montanus, bitte.

Ratsherr Montanus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Mit den beiden vorangegangenen Reden wurde eigentlich fast alles schon gesagt. Ratsfrau Mirus, herzlichen Dank an Sie und Ihre Partei. Das, was Sie gesagt haben, ist vollkommen richtig: Es handelt sich hierbei um Wahlkampf der Linken. Es ist fürchterlich, sich das anhören zu müssen. Das ist eine Suggestivumfrage, was Ratsherr Dr. Fils eben schon einmal ganz deutlich erklärt hat. In dieser Umfrage werden Kosten für den Opernneubau in Höhe von 1,5 Milliarden Euro suggeriert, wozu wir natürlich nur sagen können: Nein, das wollen wir nicht haben. Insofern können wir den Antrag – so, wie Die Linke ihn formuliert hat – nur ablehnen.

Wir brauchen und benötigen eine Oper, und zwar für alle und nicht nur für die wohlhabenden Menschen. Wir brauchen sie für jeden Menschen in der Stadt und auch außerhalb der Stadt, die zu uns kommen. Wir haben eine Operngemeinschaft mit Duisburg geschlossen, die ich sehr begrüße. Insofern werden wir eine sehr schöne Oper mit integrierter Musikschule haben.

Ich kann mich wirklich nur über Ihren Wahlkampf – mit dem Ziel, die Oper nicht haben zu wollen – wundern. Der Bau wird keine 1,5 Milliarden Euro kosten, was ich Ihnen jetzt schon versichern kann. Hören Sie also auf, mit solchen Suggestivumfragen die Bevölkerung hinters Licht zu führen. Diesem Antrag werden wir natürlich nicht zustimmen. – Ich bedanke mich recht herzlich.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Jörres, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Jörres (AfD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Vieles ist schon gesagt worden, und das ist natürlich eine Wahlkampfrede.

Ratsfrau Marmulla, Sie waren noch nie im real existierenden Sozialismus; denn dafür sind Sie zu jung. Sie haben das also nicht mitbekommen. Aber das ist nur eine Randbemerkung. Erstaunlich ist aber, dass Sie uns oder anderen Leuten Populismus vorwerfen.

Wir werden diesen Antrag natürlich ablehnen, weil er Blödsinn ist. Ratsfrau Mirus hat das eben schon sehr schön zusammengefasst. Es macht keinen Sinn, etwas zur Abstimmung zu stellen, wozu die Entwürfe und der Kostenrahmen noch nicht feststehen. Erst, wenn Entwürfe und Kostenrahmen feststehen, kann man darüber nachdenken, so etwas zu tun. Das befürworten wir auch als Fraktion, weil es in der DNA unserer Partei liegt. Allerdings müssen vorher Kosten, Entwürfe und Planungen feststehen. Alles andere ist reiner Populismus. Deswegen ist das abzulehnen. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Bürgermeisterin Gerlach, bitte.

Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Ulf Montanus, ich finde es interessant, dass ihr bei den Schulgebäuden die ganze Zeit nachhakt und immer auf die einzelnen Kleinigkeiten schaut, aber wenn die Oper aufgerufen wird, fragt bei euch irgendwie niemand danach, wie viel das Gebäude denn kosten soll.

(Ratsherr Montanus [FDP]: Doch!)

– Das ist mir erstaunlicherweise noch nicht so oft aufgefallen. Aber das ist einfach nur kurz als Vorrede gedacht.

Wir haben uns mit der Frage der Finanzierung dieses Operngebäudes sehr kritisch auseinandergesetzt, wie, glaube ich, auch jeder im Rat weiß. Natürlich ist es das größte Projekt, das diese Stadt Düsseldorf jemals bauen wird – so es denn gebaut wird. Deswegen glauben wir schon, dass es sinnvoll ist, zu einem solchen Projekt die Bevölkerung zu befragen – gerade, weil es diese große Dimension hat. Aus diesem Grund haben wir uns dazu durchgerungen, diesen Wettbewerb mitzutragen, weil der Wettbewerb Grundlage dafür ist, einen solchen Entscheid durchzuführen. Er ist also Grundlage für eine qualifizierte Entscheidung, die wir im Rat treffen müssen, weil wir mit dem Wettbewerb tatsächlich auch eine Kostenberechnung bekommen, aber auch eine Einordnung in den Haushalt dieser Stadt, also zu den mittel- und langfristigen Finanzfragen. Daran kann man dann sehen: Können wir uns diese Summe überhaupt leisten? – Das ist wesentlich, um einen Bürgerentscheid durchzuführen. Wir können schließlich nicht mit der Frage, ob wir jetzt ein Opernhaus bauen sollen oder nicht, in solch einen Bürgerentscheid gehen. Eine Beteiligung lebt davon, dass sie qualifiziert ist. Wenn man nicht qualifiziert beteiligt, dann kann man es eigentlich auch sein lassen. Auf welcher Grundlage sollen Bürgerinnen und Bürger denn sonst entscheiden? – Eine Beteiligung muss also Bürgerinnen und Bürger auch ernst nehmen. Nur dann ist es auch wirklich sinnvoll, in eine solche Beteiligung zu gehen.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Ich war bei zwei Bürgerentscheiden dabei – das waren keine Ratsbürgerentscheide, sondern Bürgerentscheide –, bei denen wir natürlich darauf geachtet haben, dass es qualifiziert ist. Deswegen kann ich mich Ratsfrau Mirus anschließen. Ich kann Die Linke zwar aus wahlkampfaktischen Gründen verstehen, aber ich finde, dass jetzt noch nicht die Zeit für solche Umfragen ist. Wir werden abwarten müssen, was bei diesem Wettbewerb herauskommt, wir werden auf die Kosten schauen und dann sehen, wie dieses Vorhaben in die mittel- und langfristige Finanzplanung eingeordnet wird. Dann können wir auch einen Bürgerentscheid dazu machen. Das wird aber erst in der nächsten Wahlperiode der Fall sein. Insofern würde ich sagen: Diejenigen, die die Bürgerinnen und Bürger beteiligen wollen, sollten dafür sorgen, dass wir hierfür eine Mehrheit bekommen – zwei Drittel sind notwendig –, aber heute ist nicht der Tag dafür.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Dr. Proschmann, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD): Danke schön. – Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon viel gesagt worden, weshalb ich mich kurz fassen werde.

Es gibt zwei Punkte, warum wir dem Antrag der Linken heute nicht zustimmen werden. Der erste Punkt liegt schlicht in der Frage, die gestellt worden ist. Ich habe mich einmal damit befasst, wie Fragen gestellt sein müssen, und es ist einfach eine zu hohe Barriere, wenn man mit Ja stimmen muss, obwohl man für Nein ist. Das halte ich für einen grundsätzlichen Konstruktionsfehler bei der Frage, die gestellt wird.

Der zweite Punkt ist, dass ich beziehungsweise meine Fraktion die Sache mit dem Zeitpunkt unterstützen würde. Wir sind der Meinung, dass es einfach besser ist, wenn wir klar informieren

können, worum es geht: Wie soll das aussehen? Wie viel wird es tatsächlich kosten? – Wenn wir das wissen, können wir eine bewusste Entscheidung treffen, und zwar auch für die Bürgerinnen und Bürger. Das sage ich ganz ehrlich. Denn ich muss auch sagen, dass ich immer wieder überrascht darüber bin, wenn ich höre, was man mittlerweile für den Gegenwert einer Oper so alles bekommen kann. Das finde ich in der Debatte ganz schwierig. Schließlich haben all diese Sachen auch Preisschilder, und wenn man die zusammenrechnet, kommt man auch ganz schnell auf sehr viel Geld. Insofern finde ich es ein bisschen schwierig, wenn alles aufgezählt wird, und dagegen steht dann die Oper. Das ist einfach nicht ordentlich und auch nicht ordentlich gemachte Politik, muss ich sagen.

Wir in der SPD-Ratsfraktion haben dieses Thema sehr intensiv diskutiert und werden heute mehrheitlich dagegen stimmen, aber nicht einstimmig. Das ist aber nur als Hinweis gedacht. Zudem sind wir der Meinung, dass über einen Bürgerentscheid der neue Rat entscheiden muss, wenn tatsächlich etwas vorliegt und es überhaupt eine Mehrheit im neuen Rat dafür gibt, die mit diesem Projekt weitermachen möchte. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Rohloff, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Rohloff (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich heute Mittag ins Rathaus ging und die versammelte Linke vor dem Rathaus sah, die dort eine Konfettikanone abschoß, war ich – das muss ich schon sagen – ein Stück weit irritiert, was hier für ein Kulturkampf betrieben wird. Die Entscheidung über eine Oper wird hier zu einer Wahlkampfshow mit allem Tralala, das Die Linke nur auffahren kann, inszeniert. Es wird mit Zahlen argumentiert – ich las etwas von bis zu 1,5 Milliarden Euro –, bei denen mir völlig unerklärlich ist, woher Sie diese Zahlen auch nur im Ansatz nehmen. Die Kostenschätzungen, die wir damals im Rahmen der Sanierung hatten, waren deutlich niedriger – so auch alle anderen kommunizierten Zahlen, die mir vorliegen. Mit 1,5 Milliarden Euro heranzugehen, ist einfach nur unseriös.

Auf Ihren Plakaten erwecken Sie auch den Eindruck, dass mit dem Bau der Oper die sozialen Angebote in dieser Stadt gestrichen würden. Dazu muss ich sagen: Das eine gegen das andere auszuspielen, empfinde ich als wirklich schwierig. Insofern seien Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, doch bitte auch so ehrlich – wenn Sie diese Oper nicht wollen – und sagen Sie einfach, dass Sie das Opernhaus schließen wollen, aber veranstalten Sie bitte nicht solch eine große Show. Das Gutachten liegt vor: Das bisherige Gebäude ist marode und baufällig; der Spielbetrieb ist dort mehr nicht zu gewährleisten. Wenn Sie gegen einen Neubau sind, ist die logische Konsequenz, dass Sie die Oper in dieser Stadt schließen wollen. Es gehört zur Wahrheit dann aber auch dazu, das zu sagen.

Derzeit liegen noch nicht einmal öffentliche Entwürfe vor. Jetzt also über einen Bürgerentscheid ohne Kostenschätzung, Entwürfe oder Jury-Entscheidung sprechen zu wollen, wäre gar nicht möglich. Wir können uns in der neuen Wahlperiode gern über einen Bürgerentscheid unterhalten, aber diese Entscheidung muss dann der Rat, also der Souverän, in der neuen Wahlperiode treffen. Das können wir nicht als Abschiedsgeschenk an dieser Stelle machen.

Liebe Frau Bürgermeisterin Gerlach, seien Sie versichert: Wir als FDP-Ratsfraktion werden auch bei diesem Opernbau auf die Kosten achten. Das tun wir jetzt schon in der Jury und bevorzugen Entwürfe, die nicht Wolkenkuckucksheim sind. Das werden wir auch im gesamten Verfahren tun. Seien Sie dessen versichert. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Vorspel hat sich gemeldet. – Bitte, Ratsfrau Vorspel, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den einzelnen Statements jeweils nur ganz kurz eine Reaktion meinerseits.

Die Partei-Klima-Fraktion: Die Zahlen sind bereits vorhanden.

(Ratsherr Raub [SPD]: Was?)

Wenn es auch nur 1 Milliarde Euro ist, sind das immerhin 1.000 Millionen, über die man diskutieren muss und über die die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer abstimmen müssen. Eventuell werden es auch mehr; denn: Bei welchem Bauprojekt sind die Preise gesunken?

Ratsherr Fils von der CDU, wir gehen gern in die Oper. Schließlich haben wir eine schöne Oper. Zum Thema Renovierung der alten Oper möchte ich nur sagen: Heute ging der Beschluss zur Renovierung beziehungsweise zur energetischen Sanierung der Kunsthalle hinaus, die Tonhalle wird in Angriff genommen

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Nein!)

und das Schauspielhaus, das Herr Geisel damals abreißen wollte, ist renoviert.

Nun zum Thema Bürger*innenvotum: Bei der Diskussion über die Bewerbung zur Olympiade waren sich hier alle einig, dass wir die Bürgerinnen und Bürger befragen. Da war von Populismus keine Rede. Das führte jedoch dazu, dass wir – wenn wir die Bürger*innen befragen – alles auch erst einmal beschließen können. Da frage ich mich: Wo ist der Unterschied zwischen einer Olympiade und dem Neubau einer Oper? – Wahrscheinlich liegt der im Preis, der für Düsseldorf deutlich steigen wird. Wenn Sie aber bei einer Olympiade die Bürgerinnen und Bürger befragen wollen, können Sie das auch bei einem Opernhaus.

Zur FDP-Ratsfraktion möchte ich nur sagen: Wir haben heute gehört, dass die FDP-Ratsfraktion keine 1,5 Milliarden Euro für eine Oper ausgeben will. Das schreiben wir uns einmal dick in die Bücher und werden dann sehen, was daraus wird.

Zum Punkt der SPD-Ratsfraktion bezüglich unserer Fragestellung: Die Frage zu diesem Bürgerentscheid muss wohl so gestellt werden. Dazu hatten wir einen Rechtsanwalt befragt und hoffen, dass er recht hat.

So viel zu den Themen. Mit Populismus hat das Ganze überhaupt nichts zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Lemmer hat sich als Nächster gemeldet. Es folgt Ratsfrau Mirus. – Bitte, Ratsherr Lemmer.

Ratsherr Lemmer (Tierschutz/Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister, vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren bis eben noch nicht sicher, was wir machen wollen. Wir haben zwar den Slogan, am Luxus zu sparen und nicht an den sozialen Notwendigkeiten des Bürgers, aber wenn hier alle Leute die ganze Zeit auf Die Linke einschlagen – ich finde, es ist ein demokratisches Recht, dass die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer über solch ein großes Projekt abstimmen dürfen; das fanden wir damals auch bei den Stadtwerken und beim Tausendfüßler recht gut –, werden wir als Tierschutz/Freie Wähler auf jeden Fall Die Linke unterstützen, weil wir einfach sagen: Das ist in Ordnung. – Danke.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Mirus, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Mirus (Die Partei-Klima-Fraktion): Hier wird direkt wieder etwas verzerrt. Populismus hat in dem Fall nichts mit Bürgerbeteiligung an sich zu tun, sondern mit dem Zeitpunkt der Bürgerbeteiligung, wann das Ganze stattfinden soll, nämlich zur Kommunalwahl, damit ihr gut

dasteht. Das ist ein strategisches Mittel, was ich als ein ekelhaftes Instrument empfinde, das sehr gut vorbereitet worden ist. Wenn nun alle gegen eine Bürgerbeteiligung stimmen, dann können Sie von der Linken sagen: Ja, es sind alle gegen eine Bürgerbeteiligung. – Darum geht es aber gar nicht. Denn wir sind für eine Bürgerbeteiligung oder sagen zumindest Folgendes: Wir überlassen die Entscheidung der nächsten Wahlperiode. – Das jetzt wieder zu verzerren, finde ich nicht angebracht.

(Beifall von SPD und FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Born, Sie haben das Wort.

Ratsherr Born (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Es ist alles so, wie wir es erwartet haben. Aber es ist auch nicht so, dass wir hier im Stadtrat keine intensive Debatte darüber hatten. Das ist auch total okay. Zudem finde ich es schon lustig, uns mit der DDR-Vergangenheit in Verbindung zu bringen.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Das mag er gar nicht, nicht wahr!)

– Nein, das ist alles andere als fair; denn nicht nur Ratsfrau Marmulla hatte damit nichts zu tun. Man braucht uns also nicht zu erzählen, was in der DDR passiert ist. Diese ideologische Auseinandersetzung ist in der Tat obsolet.

Dann möchte ich noch Folgendes sagen: Wir haben – dazu kommen wir gleich noch – einen weiteren Antrag, in dem wir die Veröffentlichung der Entwürfe fordern. Wir wollen also Transparenz. Es ist doch für die Situation in Düsseldorf bezeichnend, dass die große *Rheinische Post* bereits weiß, wie diese acht Entwürfe aussehen, aber die Öffentlichkeit es nicht erfährt. Wer hält denn die Informationen zurück?

Zudem haben wir diese 1,5 Milliarden Euro nicht berechnet, sondern sie lediglich dem übernommen, was zum Beispiel die Presse ausgerechnet und berichtet hat. Wir sollten also nicht so tun, als wenn es diese Informationen nicht gäbe.

Man kann uns auch vorwerfen, was man will – Populismus, Wahlkampfgetöse oder sonst etwas –,

(Ratsherr Raub [SPD]: Zu Recht!)

aber wir haben immer betont: Wir wollen eine Abstimmung darüber, ob die Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger dieses Opernhaus an diesem Standort wollen. Wir finden, der 14. September ist der ideale Zeitraum dafür, weil wir an diesem Tag die beste Beteiligung an dieser Abstimmung hätten. Das ist die Motivation. – Schönen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Dr. Proschmann hat das Wort. – Bitte.

Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Erstens finde ich die Debatte nicht nicht intensiv. Ich weise es, ehrlich gesagt, auch für meine Fraktion zurück, dass wir uns nicht ehrlich und intensiv mit dieser Frage beschäftigt haben.

(Beifall von der SPD und vereinzelt von der CDU)

Zweitens verstehe ich – das muss ich ehrlich sagen – den Gedanken zu sagen, das liege parallel zur Kommunalwahl. Deshalb haben wir in diesem Rat überhaupt erst den Weg dafür freigemacht, dass man das so handhaben kann. In der Theorie würde ich Ihnen zustimmen, dass das ein guter Termin ist, aber in der Praxis, in der sich dieses Verfahren, das von der Mehrheit eines demokratisch gewählten Rates beschlossen wurde – das schon einmal im Vorgriff auf den Antrag, der gleich kommt –, gerade befindet, macht dieser Termin für einen Bürgerentscheid schlicht keinen Sinn. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Bitte, Ratsherr Rasp.

Ratsherr Rasp (SPD): Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Ich warte immer bis zum Schluss, damit ich nichts zu wiederholen brauche, was schon gesagt wurde, denn das mache ich normalerweise nicht.

Ich wollte nur noch zwei Sätze sagen, weil ich, glaube ich, dafür bekannt bin, ein Skeptiker dieses Opernneubaus zu sein, aber zu keinem Zeitpunkt aggressiv oder offensiv dagegen geworben habe. Ich persönlich habe einfach eine persönliche Haltung zu dem Thema: Wofür bin ich von meiner Seite aus bereit, mit gutem Gefühl Geld auszugeben, und wofür nicht? – Dazu bilde ich mir meine eigene Meinung.

Ich hatte eigentlich gehofft, dass mir dieses Thema in meiner vorletzten Ratssitzung nicht mehr begegnet, da ich nicht mehr kandidiere. Aber nun bringen Sie mich natürlich in die Bredouille, weil ich nicht so abstimmen will, dass bei meinen Leuten, mit denen ich viel zu tun habe, der Eindruck entsteht, ich würde jetzt doch dafür stimmen. Alles, was gegen den Antrag der Linken gesagt wurde, unterstreiche ist. Das ist bis zu diesem Datum einfach viel zu knapp.

Mir gefällt aber der Antrag von Die Partei-Klima-Fraktion, weswegen meinerseits eigentlich nur die Frage ist: In welcher Reihenfolge gedenken Sie abzustimmen? – Denn ich persönlich würde dem Antrag von Die Partei-Klima-Fraktion gern zustimmen, weil ich ihn für vernünftig halte, und zwar auch die Argumente, dass die nächste Wahlperiode darüber entscheiden soll. Dem würde ich persönlich zustimmen, ohne dass ich dafür werbe, dass andere das Gleiche tun; denn das ist meine ganz persönliche Haltung. Das habe ich mit meiner Fraktion auch abgesprochen, weil ich das bis hierher auch konsequent durchgezogen habe. Sollte es eine andere Reihenfolge sein, werde ich mich enthalten, wobei mir Variante 1 viel besser gefallen würde. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Zu der Abstimmungsreihenfolge beziehungsweise zu der Frage, was abzustimmen ist, komme ich natürlich auch zum Ende der Debatte. Die Linke hat einen Ratsbürgerentscheid mit einer klaren Fragestellung beantragt, die ich so auch für zulässig halte und den wir hier zur Abstimmung stellen können. Der benötigt – damit er angenommen wird und es zu einem Bürgerentscheid kommt – eine Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder. Das wären 61 Ratsmitglieder, die diesen Antrag unterstützen müssten.

Die Partei-Klima-Fraktion hat, ehrlich gesagt, keinen Antrag auf einen Ratsbürgerentscheid gestellt, weil sie keine Frage formuliert hat, sondern lediglich gesagt hat, dass sie das gern einen zu einem Zeitpunkt, der noch zu definieren ist, hätte. Das ist aber kein Antrag für einen Ratsbürgerentscheid. Insofern würde ich den nicht zur Abstimmung stellen. Wenn Sie einen Ratsbürgerentscheid wollen – zu einer aus Ihrer Sicht dafür reifen Zeit –, müssten Sie dem Rat einen Antrag mit einer Fragestellung, die zulässig ist, vorlegen, und dann würde gegebenenfalls mit der qualifizierten Mehrheit darüber entschieden werden.

Können Sie damit leben, Ratsfrau Mirus?

(Ratsfrau Mirus [Die Partei-Klima-Fraktion]: Ja, klar!)

Wie gesagt, Sie können jetzt nicht beantragen, irgendwann einmal einen Ratsbürgerentscheid durchzuführen. Das würde nicht den Erfordernissen entsprechen.

Wenn heute der Antrag der Linken angenommen werden würde, dann wäre die Frage geklärt; denn dann stimmen wir am 14. September ab. Wenn er aber nicht angenommen werden würde, dann hätten Sie jederzeit das Recht, einen eigenen Antrag zu stellen, und zwar zu einem Zeitpunkt, den Sie für richtig halten.

(Ratsfrau Mirus [Die Partei-Klima-Fraktion] nickt.)

Ratsfrau Lehmann, bitte.

Ratsfrau Lehmann (Die Linke): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Ratskollegen! Noch einmal ganz zum Schluss: Immer, wenn Populismus-Vorwürfe kommen, sind einfach keine Argumente mehr vorhanden. Als Betrag, der für den Neubau der Oper ausgegeben werden soll, wurde von der Verwaltung 1 Milliarde Euro genannt. Dazu kommen die Zahlen für die Grundstückskäufe und Baukostensteigerungen. Das heißt, wir wären dann eher bei 2 Milliarden Euro anstatt bei 1 Milliarde Euro. So viel dazu.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Wer bietet mehr?)

– Es wird vielleicht sogar mehr; das werden wir dann im Fall der Fälle sehen.

Mehr Demokratie e. V. rät ebenfalls dazu, dass der Bürger*innenentscheid parallel zur Kommunalwahl stattfinden soll, weil man eine 10-prozentige Beteiligung braucht und dadurch noch mehr Resonanz aus der Bevölkerung kommt. Das heißt, man hat ein klareres Ergebnis, wenn sich mehrere Leute dafür oder dagegen entscheiden. Das ist eine klare Entscheidung von Mehr Demokratie e. V.

Noch einmal: Wir haben diesen Satz natürlich anwaltlich prüfen und aufsetzen lassen. Das ist alles wasserdicht, was man dort an Sätzen liest. – Danke.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich hatte Ratsfrau Dr. Proschmann so verstanden, dass sie den Antrag nicht für opportun hält. Sie hat, glaube ich, nicht gesagt, dass sie ihn für unzulässig hält.

(Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD]: Richtig, das habe ich nicht gesagt!)

Wir halten ihn für zulässig. Dennoch stellt sich die Frage, ob es eine schlaue Formulierung ist. Aber das ist eine Opportunitätsfrage und keine Frage der Rechtmäßigkeit.

Jetzt sehe ich keine Wortmeldungen mehr und lasse über den Antrag RAT/228/2025 abstimmen, Ratsfraktion Die Linke: „Durchführung eines Ratsbürgerentscheids über die Weiterführung des Vorhabens eines Opernneubaus“. Ich weise Sie noch einmal darauf hin: Dieser Antrag bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder – das sind 61 –, sonst ist er abgelehnt.

Insofern frage ich jetzt: Wer ist für diesen Antrag und möchte einen Ratsbürgerentscheid am 14.9.2025 mit der vorgelegten Fragestellung? – Das sind drei Stimmen bei der Fraktion Die Linke und zwei Stimmen von Tierschutz/Freie Wähler, also insgesamt fünf Stimmen. Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Das ist der Rest. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Die Partei-Klima-Fraktion überlegt dann, wie sie mit ihrem Anliegen verfahren wird.

46.3

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Wettbewerb Neubau der Düsseldorfer Oper: Entwürfe der 2. Phase jetzt veröffentlichen

RAT/229/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Lehmann zur Einbringung; es folgen Ratsfrau Klinko und Ratsherr Dr. Fils. – Ich bitte den Bürgermeister, mich hier oben zu vertreten.

(Bürgermeister Hinkel [CDU] übernimmt um 18.46 Uhr den Vorsitz.)

Bitte, Ratsfrau Lehmann, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Lehmann (Die Linke): Danke, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Ratskollegen und -kolleginnen! Mal wieder fordern wir Transparenz und eine ergebnisoffene Diskussion und wünschen

uns, dass die acht ausgewählten Entwürfe nach der ersten Runde des Wettbewerbs veröffentlicht werden, damit die Bevölkerung weiß, worum es geht.

Aus der Presse konnten wir entnehmen, dass diese Entwürfe Ernüchterung hervorgerufen haben. Das heißt, es ist fraglich, ob diejenigen, die bisher glühende Verfechter dieses Neubaus sind, nach der Veröffentlichung diesem Projekt noch weiterhin positiv gegenüberstehen werden. Insofern sollten die Entwürfe jetzt veröffentlicht werden, weil sonst später die Dynamik vielleicht eine nicht sehr gute sein wird.

Ausformuliert haben wir:

„Der Rat fordert die Verwaltung auf, die acht Entwürfe, welche sich für die 2. Phase des Architektur- und Ingenieurwettbewerbs für einen Neubau der Düsseldorfer Oper am Standort Am Wehrhahn 1 qualifiziert haben, bis spätestens zum 01.08.2025 auf den Internetseiten der Stadt Düsseldorf zu veröffentlichen.“

Wir bitten um Zustimmung. – Danke.

(Beifall von der Linken)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsfrau Lehmann. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Klinke. – Ratsfrau Klinke, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Klinke (Bündnis 90/Die Grünen): Herzlichen Dank, Herr Bürgermeister. – Meine Damen und Herren! Wir sollen uns hier mit einem Antrag beschäftigen, der sich auf einen Zeitungsartikel bezieht, der deshalb geschrieben werden konnte, weil jemand aus der Jury offensichtlich den Grad der Vertraulichkeit nicht richtig verstanden hat. Das ist also ein Antrag, der auf Indiskretion beruht. Es wird verlangt, dass am 1. August das veröffentlicht wird, was in der ersten Runde erarbeitet worden ist, was für die erste Runde zur Verfügung gestellt und was im Wettbewerb eingereicht worden ist.

Wir hatten gestern das Teilnahmekolloquium, in dem es von der Jury noch einmal verschiedene Empfehlungen an die Teilnehmenden gab. Es ging um die Fassade, um den Auslobungstext und um die Anlieferung. Jetzt haben alle Teilnehmenden noch einmal die Möglichkeit, ihre Entwürfe zu überarbeiten. So war es zumindest verabredet. Aber hier sollen wir jetzt zwischengrätschen, und am 1. August soll nun das veröffentlicht werden, was für die erste Runde eingereicht wird. Das ist unlauter. Es kann nicht sein, dass wir während des Verfahrens die Bedingungen eines Wettbewerbs ändern, auf die wir uns vorher eingelassen haben. Dafür möchte ich in keiner Art und Weise stehen. Wir haben uns zu diesem Verfahren entschlossen und haben das auch den Teilnehmenden, die sich auf diese Bedingungen eingelassen haben, so mitgeteilt. Insofern kann es nicht sein, dass wir diese Bedingungen ändern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsfrau Klinke. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsherrn Dr. Fils. – Ratsherr Fils, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Herr Bürgermeister! Liebe Kollegen! Liebe Zuhörer! Dieser Antrag ist noch absurder als der vorhergehende. Wenn wir diesem Antrag folgen würden – das wissen Sie ganz genau –, dann würde der Wettbewerb annulliert werden. Es sind nun einmal die Bedingungen für einen anonymen Wettbewerb, dass das Projekt so weitergeht und im vollen Vertrauen weiterentwickelt wird.

Da das Wort eben fiel, kann ich nur sagen: Ich als Jury-Mitglied bin nüchtern und nicht ernüchtert. Alles andere können Sie sich ausdenken oder von irgendjemandem erzählen lassen, der irgendwelche Behauptungen in den Raum stellt, aber Sie können hier jetzt nicht fordern, dass

morgen oder übernächste Woche alles veröffentlicht wird, was im Vertrauen von einer hochkarätigen Jury aus Düsseldorfern und internationalen Vertretern entwickelt wird.

Machen Sie sich darauf gefasst: Die Wähler werden im September wissen, welche Parteien für den Kulturstandort Düsseldorf eintreten und das weiterentwickeln wollen oder Düsseldorf als Kulturstandort schädigen wollen. Wenn wir jetzt den Wettbewerb kaputtmachen und die Projekte veröffentlichen, würde Düsseldorf auch für Architekten in Zukunft indiskutabel werden. Das geht einfach nicht.

(Beifall von der CDU)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Dr. Fils. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsherrn Raub. – Bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich diesen Antrag gelesen habe, dachte ich: Was wollen die Linken damit wirklich bezwecken? – Eigentlich müssten doch auch Sie von den Linken verstehen, dass wir uns hier in einem Verfahren befinden, welches dieser Rat mit sehr großer Mehrheit beschlossen hat. Ich weiß nicht, ob Sie dabei waren, aber wahrscheinlich eher nicht. Das dürfen Sie sich jetzt aber auch nicht auf die Fahne schreiben – so nach dem Motto: Wir haben damals schon dagegen gestimmt, weswegen wir jetzt machen, was wir wollen. – Das geht nicht!

Wir haben hier ein Verfahren mit großer Mehrheit beschlossen, wonach es ausgeschlossen ist, dass die Entwürfe nach der ersten Runde veröffentlicht werden. Wenn wir das tun würden – Ratsherr Dr. Fils hat darauf hingewiesen –, könnten wir den Wettbewerb in die Tonne kloppen. Wahrscheinlich wollen Sie das auch. Aber das sollten Sie dann auch sagen, damit Sie richtig verstanden werden. Insofern muss ich feststellen, dass das, was Sie mit diesem Antrag veranstalten, ein sehr merkwürdiges Demokratieverständnis ist.

(Beifall von der SPD)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Raub. – Es gibt eine weitere Wortmeldung von Ratsherrn Montanus. – Ratsherr Montanus, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Montanus (FDP): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Meine Damen und Herren! Ich kann es relativ kurz machen. Ratsfrau Lehmann, Sie müssten es eigentlich wissen, da Sie, glaube ich, auch dabei waren: Wir mussten die Handys abgeben, als wir zur Jury-Sitzung kamen, damit wir keine Fotos von Entwürfen machen. Das würde nämlich den Wettbewerb verzerren. So etwas machen wir nicht, weshalb wir diesen Antrag natürlich ablehnen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Montanus. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Insofern kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag unter TOP 46.3 der Fraktion Die Linke mit der Vorlagennummer RAT/229/2025. Wer stimmt für den Antrag? – Das ist Die Linke. Gibt es Enthaltungen? – Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, AfD und Tierschutz/Freie Wähler. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

46.4

Antrag der FDP-Ratsfraktion: Mehr Wohnraum für Düsseldorf – Handlungsspielräume strategisch nutzen

RAT/230/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ratsherr Rehne, kommen Sie bitte nach vorn und bringen den Antrag für uns ein.

Ratsherr Rehne (FDP): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wer heute in der Situation ist, in Düsseldorf eine Wohnung zu suchen, für den ist die Situation heute genauso schwierig und verzweifelt wie vor fünf Jahren. Vielleicht ist es sogar noch schlimmer geworden. Das ist im Grunde genommen der einzig relevante Bewertungsmaßstab für Wohnungspolitik. Wenn heute noch gebaut wird, dann sind es meistens Bauvorhaben – einige wurden heute schon genannt –, für die die Fördermittel des Landes und zusätzlich die Fördermittel der Stadt vollumfänglich abgerufen werden können. Ansonsten ist im Neubau im Moment ziemlich Flaute. Es wird nicht mehr gebaut, weil es in vielen Fällen wirtschaftlich gar nicht mehr darstellbar ist. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass wir den Fokus darauf legen müssen, die besten Rahmenbedingungen zu schaffen, damit hier endlich neue Wohnungen entstehen.

Heute Nachmittag ist auf die offene Anfrage der SPD-Ratsfraktion ein kleiner Filibuster von Frau Zuschke zum Thema Wohnungsbauoffensive gemacht worden. Dabei fiel die Zahl von 12.000 Wohneinheiten, die in Planung seien. Davor kann ich nur warnen: Die Zeiten und die aktuelle Situation sind wahrlich nicht rosig. In vielen Fällen stehen, wie gesagt, aufgrund der fehlenden Wirtschaftlichkeit die Wohnungsbauvorhaben zur Diskussion beziehungsweise zur Debatte.

Deshalb sollten wir nicht auf einen Booster aus Berlin warten, sondern können in Düsseldorf selbst einen solchen schaffen, wenn wir den Mut haben, die Handlungsspielräume, die wir hier haben, auch endlich zu nutzen. Das fängt damit an, dass wir erstens die Quoten, die wir vor zehn Jahren aus guten Gründen eingeführt haben, die heute aber bauverhindernd wirken, hinterfragen beziehungsweise auf den Prüfstand stellen. In all den Jahren haben ich gelernt, dass ohnehin jedes Bauvorhaben im Grunde genommen ein individuelles Verhandlungsergebnis mit der Stadt ist, da jedes Bauvorhaben einzeln geprüft werden muss. Es ist also kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand. Vielmehr haben wir, wenn wir der Verwaltung hier einen größeren Spielraum geben, die Möglichkeit, mehr Wohnraum zu schaffen.

Zweitens brauchen wir endlich ein Beteiligungsmodell für Werks- und Azubi-Wohnungen, damit sich die Wirtschaft finanziell am Wohnungsbau beteiligen und daraus Kontingente abrufen kann. Dieses Potenzial sollten wir endlich nutzen und nicht liegen lassen. Dafür müssen wir die Verwaltungskräfte einsetzen und nicht für die komplizierte Gestaltung von Satzungen, die das eigentliche Problem nicht lösen.

Zudem mache ich mich hier drittens nicht zum ersten Mal dafür stark, dass wir die Wohnungsbaugenossenschaften stärken und den Düsseldorferinnen und Düsseldorfern damit endlich die Möglichkeit geben, sich solidarisch zusammenzuschließen, damit sie für sich selbst die Situation beziehungsweise die Not lösen können. Dazu haben wir immer wieder Vorschläge unterbreitet. Die Gründung einer Genossenschaft muss so einfach werden und so gut gefördert werden wie bei einem IT-Start-up. Daran müssen wir uns ein Beispiel nehmen.

Viertens brauchen wir beim Thema Aufstockung einen neuen Impuls. Wir glauben, dass wir – wenn wir uns die Stadtbezirke noch einmal anschauen – überall die Möglichkeit und das Potenzial haben, um ein Stockwerk aufzustocken, wenn wir das systematisch für unsere Bezirke untersuchen lassen. Auch das ist eine Möglichkeit, private Investitionen freizumachen, um einen Beitrag gegen die Wohnungskrise zu leisten.

Fünftens folgt das Thema Bürokratieabbau, wozu wir heute noch einmal dezidiert kommen. Wir brauchen einen kritischen Umgang mit den kommunalen Sonderauflagen, die wir auch hier in Düsseldorf haben. Wir brauchen die Auseinandersetzung mit dem einfachen Bauen, womit das Bauen deutlich günstiger werden würde.

Sechstens ist beim Thema Digitalisierung – das haben wir heute in der Stellungnahme von Frau Zuschke gehört – noch eine riesige Wegstrecke zu gehen. Diesbezüglich müssen wir auf 100 Prozent kommen, damit wir hier endlich neue Wohnungen schaffen und das Problem an der Wurzel packen.

Wir Freien Demokraten geben das Versprechen, dass wir jeden Hebel umsetzen, um neue Wohnungen zu schaffen. Dieses Versprechen ist wertvoller als die schärfste Satzung, die Sie hier beschließen können, die am Ende das Problem aber nicht löst, sondern wahrscheinlich noch deutlich verschlimmert. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Rehne. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Frey. – Ratsfrau Frey, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Frey (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Ein veritabler Antrag, in dem es um ein „Nicht weiter so!“ geht. Ich sage ganz ehrlich: Wer von uns möchte ein „Weiter so!“ bei den Dingen, die nicht funktionieren? – Wir hatten heute schon die Debatte um den Erhalt von Wohnraum beziehungsweise werden sie auch noch führen. Zudem stritten wir sehr stark über die Gerresheimer Glashütte. Es gibt also Themen, bei denen wir sehr wohl sehen, dass wir noch genauer vorgehen müssen. Insofern sehe ich dieses „Weiter so!“ nicht in jeder Hinsicht, weil wir darüber ständig diskutieren.

Ich war schon sehr entsetzt darüber – und ich bin selten entsetzt, weil ich mir gut vorstellen kann, was man alles beantragen kann; wir haben heute auch schon einiges gesehen und gehört –, dass man die sogenannte „starre Quotenregelung“ – wie Sie es nennen –, also etwas, was wir mühselig errungen haben – vor zehn Jahren, wie Sie gesagt haben –, jetzt wieder aussetzen will. Das schlägt für mich dem Fass den Boden aus.

In den Jahren 2012/2013 hatten wir eine sehr schlechte Situation. Ich weiß nicht, ob sie genauso schlecht war wie heute, etwas schlechter oder weniger schlecht. Die Diskussion war jedoch exakt die gleiche: Man muss den Investoren mehr Spielraum geben, damit sie vielleicht doch irgendetwas tun. – Wir wissen aber, dass das nicht funktioniert. Dass jemand freiwillig geförderten Wohnraum baut, sehe ich nirgendwo gegeben. Die Quotenregelung ist also eine Errungenschaft, die wir uns erhalten sollten. Wir haben sie einige Male angepasst, wodurch sie schon sehr gut ausgebaut ist.

Mit dem derzeitigen Impulsprogramm wurde erkennbar, dass es um die freifinanzierten Wohnungen geht, die sehr teuer sind. Aus diesem Grund haben wir nachjustiert, weshalb es nun auch schneller geht. Insofern bin ich dagegen, die Tür wieder zu öffnen und jedes Projekt einzeln zu diskutieren. Es gab und gibt Städte, die das mit ihrer Quotenregelung steuern. Dann kommt der Investor und sagt, dass das doch nicht gehe, worauf man entgegnet: Gut, vielleicht müssen wir doch etwas ändern. – Dann hat man aber 50.000 Gründe, weshalb man es letztlich doch nicht macht. Ich sage hier für uns ganz klar: Das wollen wir auf keinen Fall.

Das Thema Firmen- und Azubi-Wohnen haben wir im AWM rauf- und runterdiskutiert und letztlich einen Beschluss gefasst, der, wie ich finde, jetzt auch erst einmal umgesetzt werden muss. Darauf sollten wir uns jetzt konzentrieren, anstatt noch Zusätzliches zu erfinden. Ich glaube nämlich, dass versucht wird, immer wieder neue Säue durchs Dorf zu schicken. Dabei sollten wir uns vielmehr konzentrieren. Das gilt auch für das Überarbeiten von B-Plänen.

Zu den Aufstockungspotenzialen kann ich sagen, dass ich mich immer für Aufstockungen ausspreche. Gehen Sie in Ihre Fraktionen und schauen Sie einmal, was in den Bezirken zum Thema Aufstockungen beziehungsweise Neubauten so läuft. Es wird nämlich abgestockt statt aufgestockt. Dabei sollten wir uns doch daran halten, was ursprünglich geplant wurde. Es ist nämlich unglaublich, dass bei allen Projekten mindestens eine Etage oder gar anderthalb Etagen wieder abgetragen werden. Insofern muss man sich auch ehrlich machen und hinterfragen, ob das dann nicht wieder ein Moloch wird, bei dem am Ende nichts passiert, weil der Nachbar XY die Aufstockung nicht will oder sich die Verwaltung mit irgendwelchen Nacharbeiten total überarbeitet.

Zur Digitalisierung und Beschleunigung muss ich sagen – Frau Zuschke hat es unlängst auf dem Sommerfest der AdW gesagt –: Dieser Teil der Digitalisierung läuft anscheinend. Zumindest hoffen wir es; denn er ist auf dem Weg. Natürlich kann man immer alles noch schneller machen. Jedoch

sei gesagt, dass wir als Bündnis 90/Die Grünen das einfache Bauen vor etwa 20 Jahren diskutiert haben. Es gab damals schon erste Versuche in diese Richtung. Die Konservativen dagegen wollten das einfache Bauen nicht, weil dann zum Beispiel der Keller oder andere Sachen fehlten. Die Leute, die quasi das einfache Bauen bekommen haben, nahmen dies auch an. Insofern müssen wir vielleicht noch einmal darüber sprechen, was unter einfachem Bauen zu verstehen ist. Heißt das, dass wir auf alles verzichten, so auch auf Barrierefreiheit? – Das können wir sicher nicht. Sie sehen, es gibt noch viel zu diskutieren. Aber für heute sei gesagt: Wir lehnen den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, liebe Ratsfrau Frey, für Ihren Redebeitrag. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Penack-Bielor. – Liebe Ratsfrau Penack-Bielor, Sie haben jetzt das Wort.

Ratsfrau Penack-Bielor (CDU): Lieber Herr Bürgermeister Hinkel! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen: Düsseldorf braucht mehr bezahlbaren Wohnraum. Gerade junge Familien sowie Seniorinnen und Senioren, die nur ein mittleres oder kleineres Einkommen haben, stehen unter hohem Druck. Aber leider ist der Antrag der FDP-Ratsfraktion – okay, wir haben Wahlkampf – kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Die vorgeschlagenen Punkte überzeugen nicht. Insofern darf ich an die Ausführungen von Ratsfrau Frey anschließen: Ja, die Quote haben wir hart errungen, die sich auch bewährt hat. Wenn wir die Quote irgendwann anpassen müssen, werden wir das auch tun, aber im Moment hat sich noch nicht herausgestellt, dass die Quote den Wohnungsbau hindert.

Was hindert aber den Wohnungsbau derzeit? – Die Marktbedingungen mit den hohen Preisen und Zinsen. Das hindert die Quote. Der soziale Wohnungsbau ist hochsubventioniert und wird im Moment auch gern gebaut. Die Quote muss also derzeit nicht angepasst werden. Natürlich können wir das immer wieder neu bewerten, aber heute sehen wir dafür keinen Bedarf.

Zum Thema Werkswohnungen – Ratsherr Rehne ist ebenfalls im Wohnungsausschuss vertreten – ist zu sagen, dass wir mit dem Kollegen der FDP-Ratsfraktion über Werkswohnungen, Genossenschaften und deren Förderung immer wieder heftig diskutiert haben. Das ist also kein neues Thema. Zudem haben wir bereits alle Möglichkeiten des Förderns von Werkswohnungen aufgezeigt. Jedoch liegt es nicht an uns als Rat oder an den Beschlüssen, wenn keine Werkswohnungen gebaut werden, sondern daran, dass die Unternehmen es nicht mehr zwingend in ihrem Portfolio sehen, Werkswohnungen bauen zu müssen. Vielmehr fördern sie ihre Mitarbeiter anders oder suchen für sie Wohnungen. Es ist also nicht mehr so wie zu Zeiten von Henkel oder bei Bayer, dass die Leute 30 oder 40 Jahre in einem Unternehmen bleiben, in dieser Zeit in eine Werkswohnung ziehen und dann in Rente gehen. Es gibt eine hohe Fluktuation, und die Bedingungen sind schwierig. Insofern überzeugt dieser Punkt nicht.

Bei den Aufstockungen ist es tendenziell einfach gedacht: Super, wir bauen eine Etage darauf. – Das ist aber nicht preiswert und in vielen Fällen statisch auch nicht möglich. Die städtische Wohnungsgesellschaft hat das an verschiedenen Stellen versucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass sie das nicht mehr machen wird, weil es zu schwierig und zu teuer ist und nicht das bringt, was gewünscht ist. Zudem sind dabei viele Vorschriften zu beachten. Diese Vorschläge überzeugen uns also auch nicht.

Die bisherige Bilanz ist, dass wir viele Wohnungen auf den Weg gebracht haben. Unser Ziel von 8.000 Wohnungen werden wir erreichen – wir können dazu gern eine Wette abschließen –; denn das Impulsprogramm wirkt. Es wirkt vor allem im Mietwohnungsbau. Im Eigentumsbereich schwächelt es noch, weshalb wir dort sicherlich nachsteuern müssen. Folgende Projekte bringen wir aber auf den Weg: die Benrather Rochade mit 350 Wohnungen, die Elisabethstraße/Bachstraße mit 190 Wohnungen, die Deiker Höfe mit 350 Wohnungen, den Belsenpark mit mehr als 1.000 Wohnungen und den Heerdterhof-Garten mit 750 Wohnungen: Wir haben auch schon einiges auf den Weg gebracht. Zudem ist sichtbar, dass Wohnungen gebaut werden.

Wir haben aber auch andere Instrumente geschärft. So wird die Wohnungsaufsicht – das lesen wir auch immer wieder in der Zeitung – viel eher tätig und ist personell verstärkt. Auch über das Potenzialflächenkataster hatten wir schon berichtet. Natürlich braucht Düsseldorf weiterhin Wohnraum, aber wir als CDU-Ratsfraktion halten unseren eingeschlagenen Weg für richtig und lehnen den Antrag der FDP-Ratsfraktion ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsfrau Penack-Bielor. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Dr. Proschmann. – Ratsfrau Dr. Proschmann, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD): Danke, Herr Bürgermeister. – Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal beginne ich damit, dass wir die fünf Punkte gern getrennt abstimmen wollen würden, weil wir unterschiedliche Meinungen zu den einzelnen Punkten haben.

Die Änderung der Quotenregelung werden wir ablehnen. Sie haben gerade davon gesprochen, dass Sie einen Booster für den Wohnungsbau schaffen wollen. Aber wenn wir anfangen, die Quoten aufzuweichen, ist das vor allen Dingen ein Booster für den unbezahlbaren Wohnraum.

Den Punkt zu den Werkswohnungen haben wir schon beantragt und gedacht: Doppelt hält besser. Insofern werden wir zustimmen.

Zu den Start-up/Genossenschaften müssen wir uns irgendwann einmal in Ruhe zusammensetzen, damit wir wissen, wie das überhaupt funktionieren kann. Hier bleiben wir bei unserem Nein.

Bei den Aufstockungen haben wir, ehrlich gesagt, die Sorge, dass es so, wie es angelegt ist, ein riesiges Bürokratiemonster ist, bei dem am Ende wenige Wohnungen herauskommen. Deshalb werden wir das ablehnen.

Beim seriellen Bauen werden wir uns erst einmal enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Vielen Dank, liebe Ratsfrau Dr. Proschmann. – Für die nächste Wortmeldung bitte ich Ratsherrn Rohloff zu mir nach vorn. – Ratsherr Rohloff, Sie haben das Wort.

Ratsherr Rohloff (FDP): Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir haben vor zehn Jahren die Quoten gemeinsam auf den Weg gebracht und vor fünf Jahren die Quote auf 50 Prozent erhöht. Aber in diesen letzten zehn Jahren hat sich in dieser Stadt auch etwas getan: Es sind die Grundstückspreise, die Zinsen und die Baukosten gestiegen. Wenn man jetzt im freifinanzierten Bereich schon jenseits der 20 Euro ist, damit es sich überhaupt noch rechnet, dann ist es in der Tat so – das hören wir auch aus der Wohnungswirtschaft –, dass sich viele Projekte nicht mehr rechnen. Dabei müssen Sie sich zumindest bei 1 oder 2 Prozent Rendite einfahren. Bauunternehmen, Wohnungsbaubetriebe und -entwickler sind natürlich auch nicht die Caritas, die noch Geld zugeben. Insofern muss man sich den neuen Rahmenbedingungen ein Stück weit anpassen.

Wir sagen auch nicht, dass die Quote wegfallen sollen. Vielmehr wollen wir nur etwas Flexibilität hineinbringen und uns jedes einzelne Projekt, das bereits durchgeführt wird, ein Stück weit anschauen. Die Bebauungspläne sind oftmals in den 1960er-Jahren oder davor entstanden und noch immer gültig. Wir haben in den Außenbezirken eine eingeschossige Bebauung. Dort täte es niemandem weh, wenn man moderat ein halbes oder ganzes Geschoss hinzufügt oder zumindest die Möglichkeit dafür gibt. Ich sage Ihnen: Dieses Programm, allein die B-Pläne unter die Lupe zu nehmen, würde in dieser Stadt locker 1.500 Wohnungen schaffen.

Liebe Ratsfrau Penack-Bielor, natürlich trägt nicht jedes Gebäude ein weiteres Stockwerk, aber wenn wir zusammen mit der Bauindustrie in dieser Stadt die Möglichkeit und Angebote schaffen, wie man dort aufstocken kann, wäre das in der Tat ein Bau-Booster für diese Stadt. Stattdessen hören wir lauter Bedenken von Ratsfrau Frey, Ratsfrau Penack-Bielor und Ratsfrau Proschmann: statisch nicht möglich, Impulsprogramm wirkt nicht. – Lauter Bedenken, die Sie hier auf den Weg geben.

Wir haben heute 19 Seiten vorgelesen bekommen, was alles passiert, und eben auch von Ratsfrau Penack-Bielor erzählt bekommen, was alles gebaut wird. Aber wenn man in dieser Stadt eine Wohnung mieten möchte, gestaltet es sich sehr schwierig, eine passende zu finden. Deshalb wäre dieses Programm beziehungsweise dieser Plan für Düsseldorf wirklich eine Wende auf dem Wohnungsmarkt und würde dieser Stadt sehr helfen. Geben Sie sich also einen Ruck – über Parteigrenzen hinweg – und stimmen Sie der Sache zu. Der Düsseldorfer Wohnungsmarkt würde es Ihnen danken. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Rohloff. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr, weshalb wir jetzt zu einer umfangreichen Abstimmprozedur über den Tagesordnungspunkt 46.4, RAT/230/2025 – Antrag der FDP-Ratsfraktion –, kommen, bei dem die fünf Absätze einzeln abgestimmt werden. Wir beginnen mit Absatz 1, in dem es um „mehr Flexibilität und Handlungsspielraum für die Verwaltung“ geht. Ich bitte um das Handzeichen, wer dafür stimmt. – Das sind FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Wer stimmt dagegen? – Das ist der ganze Rest. Damit ist der erste Teil mehrheitlich abgelehnt.

Zweiter Absatz: „Werkwohnungen 2.0“. Wer stimmt für die Werkwohnungen 2.0? – Das sind SPD, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist der Rest des Rates. Damit ist auch der zweite Teil mehrheitlich abgelehnt.

Dritter Absatz: „Start-up-Förderung für Wohnungsbaugenossenschaften“. Ich bitte um das Handzeichen, wer dafür stimmt. – Das sind FDP und AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Wer stimmt dagegen? – Das ist wieder der ganze Rest inklusive des Bürgermeisters. Damit ist auch Absatz 3 mehrheitlich abgelehnt.

Absatz 4: „Aufstockung statt Flächenfraß – B-Pläne jetzt anpassen“. Wer stimmt dafür? – Das sind FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist der Rest des Rates, also ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Absatz 5: „Einfach bauen, schneller genehmigen – für mehr Tempo im Wohnungsbau“. Ich bitte um das Handzeichen, wer dafür ist. – Das sind wieder FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltung bei der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler. Damit ist auch dieser Teil des Antrags sowie der komplette Antrag mehrheitlich abgelehnt.

46.5

Antrag der SPD-Ratsfraktion: (Wieder-)Herstellung und Schutz der Biodiversität am Himmelgeister Deich

RAT/238/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ich bitte um die Einbringung des Antrags. – Ratsfrau Holtmann-Schnieder, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD): Lieber Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten heute beim Thema Himmelgeister Deich den Blick in die Zukunft richten, nämlich in die Zeit, wenn der Deich erneuert sowie Himmelgeist und alles, was dahinter liegt, gut geschützt ist. Die erforderlichen Bauarbeiten bedeuten einen großen Einschnitt in die Flora und Fauna sowohl des Deiches, weil er abgetragen wird und neu gebaut werden muss, als auch in die

ganzen angrenzenden Flächen. Denn für den Bau wird vieles an Strecke, Aufstellungsflächen und dergleichen benötigt.

Aus diesem Grund möchten wir, dass sehr frühzeitig ein Konzept in Auftrag gegeben wird, in dem die Verwaltung gebeten wird, ein Konzept zu erstellen, wie der Deich mit den ganzen Flächen wiederhergerichtet werden kann, und zwar so gut wie möglich mit einem sehr hohen ökologischen Qualitätsstandard. Wir möchten dabei keine Zeit verlieren, erst einmal bauen und dann vielleicht schauen, was wir dort machen, sondern wir wollen die Zeit bis zur Fertigstellung des Baus nutzen und dazu das entsprechende Konzept entwerfen. Es ist sicher einiges möglich, um dort wieder eine vielfältige Flora und Fauna anzusiedeln. Dazu gehört natürlich auch, in das Konzept die notwendigen Schutzmaßnahmen während der Bauarbeiten aufzunehmen, damit möglichst wenig kaputtgeht. Wir bitten die Verwaltung, bis zum Ende dieses Jahres den entsprechenden Gremien und dem Rat diese Konzepte vorzustellen.

Als letzten Punkt beantragen wir, eine wohlwollende Prüfung durchzuführen, ob das dort vorhandene Naturschutzgebiet – ein breiter Streifen entlang des Ufers ist bereits als Naturschutzgebiet ausgewiesen, aber eben nicht die gesamte Fläche beziehungsweise das gesamte Deichvorland – nicht bis zum Deich ausgeweitet oder zumindest größer werden kann, als es bisher ist. Wir hoffen auf Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, liebe Ratsfrau Holtmann-Schnieder. – Die nächste Wortmeldung kommt von Rats Herrn Mielczarek. – Kommen Sie doch bitte nach vorn, Sie haben das Wort.

Rats Herr Mielczarek (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Liebe Ratsleute! Liebe SPD-Fraktion, ich muss gestehen, dass mich Ihr Antrag doch etwas verwundert hat. Denn in der letzten Sitzung hatten wir bereits über den Deich gesprochen, aber da haben Sie unseren Vorschlag – die ökologisch eindeutig bessere Lösung – abgelehnt.

(Rats Herr Hartnigk [CDU]: Nein, nein, nein!)

– Doch, Rats Herr Hartnigk!

Es ging sogar so weit, dass uns aus allen Richtungen entgegnet wurde, in Bezug auf die ökologischen Aspekte einer Bestandssanierung bestünde überhaupt kein Grund zur Sorge, und es sei alles in Ordnung. Aber jetzt kommen Sie plötzlich mit solch einem Antrag um die Ecke, der den Titel trägt: „(Wieder-)Herstellung und Schutz der Biodiversität“. Dann gibt es also doch Grund zur Sorge?

Liebe SPD-Ratsfraktion, ich kann mir denken, warum Sie den Antrag jetzt gestellt haben. Zum einen war die Berichterstattung unschön für Sie, und zum anderen wurden Sie wahrscheinlich auch von den Umweltverbänden und Bürger*innen angeschrieben, die vermutlich gesagt haben: Leute, was soll das denn? – Daraufhin haben Sie gedacht: Ach, Mensch, das ist ja blöd und uns jetzt doch auf die Füße gefallen, da die Leute Umweltschutz doch irgendwie für relevant halten; dann stellen wir doch lieber mal einen Antrag, um zu sagen, dass uns das doch wichtig ist. – Schöne Titel reichen aber nicht. Die Umweltverbände und Bürger*innen sind nicht blöd und lassen sich auch nicht in die Irre führen. Sie erkennen nämlich, dass Ihr heutiger Antrag ein einziges Feigenblatt ist. Es tut mir leid, dass ich das so herausstellen muss. Ich will es Ihnen aber auch näher erläutern.

Zum ersten Absatz: Das, was Sie hier beantragen, also die Wiederherstellung des ökologischen Bestands und die Minimierung der Eingriffe, ist gesetzliches Mindestmaß. Sie beantragen etwas, das laut Bundesnaturschutzgesetz genau so gemacht werden muss. Das ist also nicht freiwillig, sondern Pflicht: Eingriffe sind zu minimieren und die Ökologie wiederherzustellen. – Das müssen Sie hier nicht beantragen, weil das nämlich so ist.

Das Entscheidende ist: Sie ignorieren leider bis heute den Umstand, dass Sie die Bienen nicht einfach in irgendein Ersatzquartier umsiedeln können, um sie nach der Bestandssanierung wieder zurückzusiedeln. Das sind nämlich nicht einfach Bienenvölker, wie Sie sie vom Imker kennen, sondern Solitärbienen, die höchst spezialisiert sind. Sie haben Höhlen in der Erde, und es gibt keine Königin und kein Volk, das Sie umsiedeln können, sondern das sind Einzelgänger.

Das Problem dabei ist: Das sind sehr seltene und teilweise vom Aussterben bedrohte Arten, bei denen eine Umsiedlung entweder unerprobt, höchst riskant oder gar unmöglich ist. Versuchen Sie das mal, aber ich empfehle Ihnen nicht, das zu tun, da es laut den Fachleuten zum Scheitern verurteilt ist. Das ist das entscheidende Problem. Man kann also nicht einfach naiv hingehen und sagen: Wir siedeln um. – Das ist schlicht und ergreifend nicht möglich. Die Fachleute sagen eindeutig: Wenn irgendwo Solitärbienen leben, die vom Aussterben bedroht sind, dann erhältet diesen Lebensraum. – Ihr erster Absatz soll also darüber hinwegtäuschen – das muss ich so deutlich sagen –, dass Sie beim Schutz der Wildbienen leider völlig blank sind.

Zum zweiten Absatz: Hierin haben Sie geschrieben, dass wir doch bitte im Bestand sanieren sollen. Dazu haben wir als Bündnis 90/Die Grünen in der letzten Sitzung mehr als deutlich gemacht, dass wir das aus der Sicht des Schutzes der Wildbienen, der Erhöhung des Retentionsraums und auch aus rechtlicher Sicht als höchst zweifelhaft erachten und deshalb auch nicht mitgehen können. Insofern kann ich Ihnen sagen: Wir werden dem natürlich nicht zustimmen. Wir werden keinem Antrag zustimmen, in dem steht: Wir wollen im Bestand sanieren. – Das können wir an dieser Stelle nicht machen, und das können Sie von uns auch nicht erwarten.

Zum Schluss noch ein Hinweis zum Thema Ausweitung des Natur- oder Landschaftsschutzgebietes: Das hört sich schön an, aber ich würde aufpassen, was Sie den Bürger*innen versprechen. Denn uns allen hier Anwesenden ist gut bekannt – auch dank Herrn Böhmermann –, wo die Widerstände für ein solches Unterfangen liegen, nämlich im Grundbesitz. Der Grundbesitz ist der Widerstand, warum wir nicht in eine Rückverlegung gehen. Insofern ist es, ehrlich gesagt, mehr als Augenwischerei, wenn Sie das hier versprechen, und extrem schwierig. Das müssen Sie dann den Leuten erklären, wenn Sie sie mit diesem Versprechen am Ende des Tages enttäuschen. Wir dagegen müssen das den Leuten nicht erklären. Insofern werden wir Ihren Antrag an dieser Stelle ablehnen, weil die sinnvolle und ökologische Option die Rückverlegung ist und nicht die Bestandssanierung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Vielen Dank, Ratsherr Mielczarek. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsherrn Montanus. – Sie haben direkt das Wort, bitte.

Ratsherr Montanus (FDP): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Meine Damen und Herren! Man merkt, dass Wahlkampf ist, Ratsherr Mielczarek. Sie wollten den Deich nach hinten verlegen, was aber nicht machbar war. Denn wir können dort keine Auenlandschaft schaffen, was wir hier auch geklärt haben. Insofern steht das überhaupt nicht im Zusammenhang mit dem, was die SPD-Ratsfraktion fordert. Das, was die SPD-Ratsfraktion nämlich gefordert hat, ist eine Selbstverständlichkeit. Natürlich müssen wir uns darum kümmern, dass die eventuell entstehenden Schäden behoben werden, und uns um Biodiversität bemühen. Dass man sich dafür einsetzen möchte, ist mehr als gerechtfertigt, richtig und eine Selbstverständlichkeit. Insofern werden den Antrag auf jeden Fall unterstützen.

Auch die Prüfung halten wir für richtig. Eine Prüfung heißt schließlich noch lange nicht, dass man es auch umsetzen kann. Dennoch sollte man eine Prüfung vornehmen, was wir auch unterstützen werden.

Kurzum: Der Wahlkampf ist angekommen, danke schön. Aber es ist der falsche Moment; denn hier machen wir beziehungsweise macht die SPD-Ratsfraktion etwas richtig. Aus diesem Grund werden wir das auch unterstützen. – Danke.

(Beifall von der FDP)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Montanus. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsherrn Thämer. Es folgt Ratsfrau Vorspel. – Ratsherr Thämer, Sie haben das Wort.

Ratsherr Thämer (CDU): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Meine Damen und Herren! Mehr Biodiversität nach der Wiederherstellung des Deiches – das klingt insoweit erst einmal toll. Ratsherr Mielczarek hat es gerade schon angesprochen: Die Stadt wird aufgefordert, entsprechende Konzepte dafür zu erarbeiten. Diese gibt es aber schon. Die Stadt hat also solche Konzepte schon erarbeitet, weil es um einen vernünftigen Umgang mit der Natur geht und es in der Tat eine pflichtige Geschichte im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses ist. Man muss solche Pläne erarbeiten und sie mit der Bezirksregierung absprechen; denn es muss wieder hervorragend hergestellt werden. Insofern gibt es das alles schon. Führt der Antrag also dazu, dass wir mehr, bessere und durchdachte Biodiversität bekommen? – Die Antwort ist: Nein.

Dennoch werden wir dem Antrag zustimmen. Das mag vielleicht etwas absurd klingen, aber ich kann das begründen. Der Himmelgeister Deich ist ein sehr sensibles Thema; das bekommt man hier und auch vor Ort mit. Die Stadt hat, wie gesagt, entsprechende Konzepte erarbeitet. Insofern sorgt der Antrag nicht dafür, diese Konzepte zu erstellen, sondern dafür, sie in der politischen Öffentlichkeit zu präsentieren. Damit schaffen wir ein größeres Maß an Transparenz und Öffentlichkeit dessen, was vor Ort geschieht, und das ist wichtig. Er sorgt nicht dafür, dass wir mehr bekommen, aber dafür, dass mehr Leute es wissen. Gerade in einem solch diffizilen Gebiet spielt das eine sehr große Rolle.

Die häufig gestellte Frage zum Naturschutzgebiet wurde auch in diesem Zusammenhang wieder richtig gestellt. Ratsherr Mielczarek, das ist kein Versprechen, sondern es geht darum, dass man noch einmal prüft: Was kann man dort tun? – Das ist einfach ein vernünftiges Vorgehen. Ich weiß nicht, was dabei herauskommt, aber das Gebiet spielt, glaube ich, für die Menschen vor Ort und auch für die Biodiversität eine große Rolle. Deshalb ist der Gedanke, das Naturschutzgebiet auszuweiten beziehungsweise zu prüfen, welche Möglichkeiten es dort gibt, vernünftig. Aus diesem Grund werden wir dem Antrag zustimmen. Denn er sorgt für mehr Öffentlichkeit, was in dem Fall richtig ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, lieber Ratsherr Thämer. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Vorspel. – Bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinkel, vielen Dank. – Die Linke war bei der letzten Ratssitzung sehr enttäuscht darüber, dass wir unsere Corneliusplatz-Mehrheit nicht genutzt haben, um über die Rückverlegung des Himmelgeister Deichs abzustimmen. Das wäre die Gelegenheit gewesen, das Naturschutzgebiet zu vergrößern und die Wildbienen zu schützen. Ich möchte das noch einmal kurz erklären, auch wenn es vielen bekannt ist, aber eben nicht allen: Bei einem Neubau des Deichs an derselben Stelle, wo er jetzt ist, wird der alte Deich komplett zerstört, was die Wildbienen vertreibt. Diese kann man dann auch nicht im Gartencenter einkaufen, sondern sie sind einfach weg.

(Heiterkeit)

So leichtfertig gehen Sie also damit um, wenn Sie sagen, die Biodiversität könne einfach wiederhergestellt werden. Nein, das kann sie eben nicht; denn sie ist dort über Jahre gewachsen. Bei einer Rückverlegung des Deichs, die wir in der letzten Ratssitzung hätten beschließen können, hätte sich die Möglichkeit aufgetan, das Gebiet für die Anwohnerinnen und Anwohner zu vergrößern, in dem Naturschutz und Biodiversität geboten werden. Das wurde durch die Ablehnung der SPD-Ratsfraktion leider verhindert, was sehr traurig war. Nun müssen wir darauf warten, dass die Naturschutzverbände mit ihren Klagen die Geschichte dann doch noch auf die richtige Seite bringen. Die Linke lehnt also diesen Verschönerungswettbewerb der SPD-Ratsfraktion ab.

(Beifall von der Linken)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, liebe Frau Vorspel. – Eine weitere Wortmeldung kommt von Frau Bürgermeisterin Zepuntke. – Ich bitte Sie, zu uns nach vorn zu kommen und uns mit Ihrem Beitrag zu erfreuen. Sie haben das Wort.

Bürgermeisterin Zepuntke (SPD): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Ich sage jetzt einmal ganz ehrlich: Natürlich wäre eine Rückverlegung des Deichs im Sinne der Biodiversität und anderer naturschutzrechtlicher Dinge dienlich gewesen. Nun werden hier oft die Bienen genannt, und als Imkerin – das können Sie sich sicherlich vorstellen – schlägt mein Herz für sie natürlich auch etwas höher. Es geht also um die Bienen, für deren Schutz wir eintreten, aber auch um den Hochwasserschutz für Menschen. Dabei muss man sich in einer gewissen Weise der Realpolitik stellen, wofür es nötig ist, den Hochwasserschutz – uns ist bewusst, dass dieser auch sehr viel mit Umweltschutz zu tun hat – jetzt anzugehen. Insofern stehe ich auch voll hinter der Entscheidung in der letzten Ratssitzung.

An dieser Stelle jetzt nochmals zu betonen, wie wichtig uns die Biodiversität ist, steht diesem Rat in Gänze an. Insofern kann ich nur sagen: Unterstützen Sie diesen Antrag. Denn hier wird noch einmal klar und deutlich gesagt: Bei all dem, was wir an Hochwasserschutz verpflichtend leisten müssen, haben wir die Biodiversität beziehungsweise die Erweiterung der Naturschutzgebiete im Blick. Das betonen wir heute auch. Aus diesem Grund kann ich nicht verstehen, dass irgendjemand gegen diesen Antrag sein kann. Schließlich setzt er ein Zeichen für die Bevölkerung: Wir tun das Nötige für den Hochwasserschutz, haben aber das andere weiter scharf im Auge.

Ich weiß natürlich, dass die Verwaltung all das auf dem Schirm hat. Wir haben heute an anderer Stelle in der Tagesordnung bereits über Biodiversität entschieden. Aber mit diesem Antrag wird noch einmal ein deutliches Zeichen gesetzt, dass wir als Politik weiter daran arbeiten wollen. Natürlich können Sie jetzt darauf beharren, was in der letzten Ratssitzung entschieden wurde. Jedoch hat das hier noch einmal eine andere Qualität, weshalb ich um die Unterstützung des ganzen Hauses bitte.

(Beifall von der SPD)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Frau Bürgermeisterin Zepuntke. – Es gibt eine weitere Wortmeldung von Rats Herrn Mielczarek. – Ich darf Sie bitten, zu uns nach vorn zu kommen. Sie haben auch direkt das Wort.

Rats Herr Mielczarek (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister! Liebe Ratsleute! Frau Bürgermeisterin Zepuntke, Sie haben recht, es hat eine andere Qualität, aber leider eine geringere Qualität. Das muss ich ganz ehrlich sagen.

(Bürgermeisterin Zepuntke [SPD]: Dann verbessern Sie es!)

– Das haben wir beim letzten Mal gemacht.

(Rats Herr Raub [SPD]: Sie wollen es nur zurückverlegen!)

Wir können den Änderungsantrag, zurückzuverlegen, auch noch einmal stellen, aber Sie werden ihm dennoch nicht zustimmen, was Sie deutlich gemacht haben. Sie machen es sich wirklich zu leicht – mit dem „Hochwasserschutz versus Bienen erhalten“ machen Sie es sich wirklich zu einfach.

(Bürgermeisterin Zepuntke [SPD]: Sie machen es sich einfach!)

Mit einer Rückverlegung bekommen wir beides und den Hochwasserschutz sogar noch besser hin. Ich sage nur: neun Stunden Retentionsvolumen. Damit hätte meine Kollegin Ratsfrau Hebel dann neun Stunden, um sich aus Itter zu evakuieren. Diese neun Stunden zusätzliches Wasservolumen

sind mir, ehrlich gesagt, eine Rückverlegung dann auch wert – wenigstens meiner Kollegin Hebeler zuliebe.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich steht die Frage des Geldes im Raum; das ist vollkommen richtig. Sie können das in Ihren Ablehnungsgründen auch noch ein bisschen deutlicher aufzeigen, weil es am Ende auf diese Frage ankommt. Aber aus genau diesem Grund haben wir in der letzten Ratssitzung gesagt: Leute, untersucht doch die Frage einer Enteignung. – Das haben Sie aber leider umschifft, obwohl genau das der Hebel gewesen wäre, um an dieser Stelle etwas zu erreichen. Leider haben Sie sich dagegengestellt. Das wäre für uns eine Chance gewesen, und ich sage Ihnen: Wir treten weiterhin dafür ein, diese Chance zu nutzen; denn noch gibt es sie.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Mielczarek. – Es gibt eine weitere Wortmeldung von Ratsfrau Krüger. – Ich bitte Sie, zu uns nach vorn zu kommen; schreiten Sie ruhig mutig voran. Ratsfrau Krüger, herzlich willkommen. Sie haben das Wort.

Ratsfrau Krüger (Tierschutz/Freie Wähler): Danke, Herr Bürgermeister Hinkel. – Es ist sehr charmant, wie Sie einen begrüßen.

Das, was ich in diesem Hause höre, ist: Sie reden von Biodiversität. Das klingt unwahrscheinlich toll – besonders im Wahlkampf. Jedem, der sich darüber beschwert, dass jemand Wahlkampf betreibt, kann ich sagen: Sie alle betreiben Wahlkampf. Das ist aber auch ganz normal; denn Sie wollen wiedergewählt werden.

Das, was ich zu Biodiversität sagen kann, ist: In den letzten Monaten beziehungsweise in den letzten zwei Jahren wurde in Düsseldorf so viel Fläche versiegelt, dass zahlreiche Tiere vernichtet wurden. Ich nenne zum Beispiel Westlich Hinter der Böck, wo 18.000 Quadratmeter versiegelt wurden, oder die nördliche Stromstraße mit 800 Quadratmeter versiegelter Fläche. Außer der Linken, die meistens dagegen stimmen, segnen Sie alle – so auch Bündnis 90/Die Grünen – fast jeden Bebauungsplan ab beziehungsweise stimmen Sie fast allen Bauvorhaben zu, bei denen Flächen in Düsseldorf versiegelt werden. Sie brauchen jedoch keine teuren Projekte, um zu sehen, wo Biodiversität entsteht. Sie müssen einfach nur mal Bauprojekte fördern, bei denen nicht ständig Flächen versiegelt, sondern entsiegelt werden. Dafür brauchen Sie keine Projekte oder Arbeitsgruppen, sondern ganz einfache Maßnahmen.

Nun zum Antrag der SPD-Ratsfraktion: Natürlich stimmen wir dem zu, weil es um die Natur geht. Viele meiner Vorredner haben schon sehr gut begründet, warum es eigentlich lächerlich ist, dass die SPD-Ratsfraktion diesen Antrag überhaupt formuliert hat. Schließlich hatte sie zugestimmt, als es darum ging, die ganze Biodiversität auf diesem Fleck – die Bienen sowie die Hunderttausenden oder gar Millionen Tiere, die gar nicht aufgeführt werden, davon aber sehr wohl betroffen wären, zu vernichten.

Aber jetzt fordern Sie publikumswirksam – ich weiß es nicht, aber vielleicht wollen Sie noch einige Tierschützer auf Ihre Seite ziehen –, dass man dort etwas Positives schaffen kann. Man kann dort aber eigentlich nichts Positives mehr schaffen. Das einzige Positive wäre gewesen, wenn Sie dagegen gestimmt und somit vielleicht noch einige andere Fraktionen mitgezogen hätten, sodass wir noch etwas gewartet hätten. Schließlich sind schon sehr viele Jahre vergangen, in denen dort nie etwas passiert ist. Nun heißt es auf einmal: Wir müssen das jetzt ganz schnell machen, weil nichts anderes mehr geht; wir müssen also die Natur wegen des Hochwassers vernichten.

Im Großen und Ganzen hoffe ich, dass die neuen oder auch alten Ratsleute bei den Baumaßnahmen darauf achten, die Flächen nicht so zu versiegeln, sodass sich die Tiere ungestört an den Plätzen, an denen sie noch freie Natur finden, entfalten können. – Danke.

(Beifall von Tierschutz/Freie Wähler)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsfrau Krüger. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deshalb kommen wir jetzt zur Abstimmung über TOP 46.5: RAT/238/2025, Antrag der SPD-Ratsfraktion – (Wieder-)Herstellung und Schutz der Biodiversität am Himmelgeister Deich“. Ich bitte um Handzeichen, wer für diesen Antrag stimmt. – Das sind SPD, CDU, FDP, AfD und Tierschutz/Freie Wähler. Wer enthält sich der Stimme? – Wer stimmt dagegen? – Das sind Die Linke, Die Partei-Klima-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Beschluss

In einer Zeit, in der viele Düsseldorferinnen und Düsseldorfer unter steigenden Mieten und Wohnungsmangel leiden, dürfen wir uns nicht mit einem „Weiter so“ zufriedengeben. Wohnungspolitik ist auch Sozialpolitik – und ein zentraler Standortfaktor. Der Mangel trifft längst nicht mehr nur sozial Schwache, sondern auch die Mitte der Gesellschaft. Gleichzeitig ist der kommunale Spielraum begrenzt – umso wichtiger ist der strategische Einsatz der verfügbaren Mittel und Instrumente. Daher möge der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließen:

- 1) *Mehr Flexibilität und Handlungsspielraum für die Verwaltung
Die starre Quotenregelung des Düsseldorfer Baulandmodells wird bis auf weiteres ausgesetzt. Künftig soll die Verwaltung bei jedem Bauvorhaben die Möglichkeit haben, im Dialog mit Investoren und Bauherren flexible, projektbezogene Lösungen zu verhandeln.*
- 2) *Werkwohnungen 2.0
Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der IHK, HWK und weiteren relevanten Partnern ein Beteiligungsmodell „Werkwohnungen 2.0“ zu entwickeln, das es Unternehmen ermöglicht, sich an Wohnbauprojekten zu beteiligen und dadurch gezielt Wohnungen für ihre Beschäftigten zu schaffen.*
- 3) *Start-up-Förderung für Wohnungsbaugenossenschaften
Die Verwaltung soll ein Modell entwickeln, das genossenschaftliches Wohnen wie ein „Franchise-System“ skalierbar macht. Es wird eine städtisch koordinierte Gründungs- und Förderstruktur für neue Wohnungsbaugenossenschaften aufgebaut. Ziel ist es, das genossenschaftliche Modell durch Informationsangebote, rechtliche Unterstützung, Beratungsleistungen und ggf. Anschubfinanzierung zu fördern – orientiert an einem Franchise-Ansatz, der Gründungen erleichtert.*
- 4) *Aufstockung statt Flächenfraß – B-Pläne jetzt anpassen
Die Verwaltung wird beauftragt, bestehende Bebauungspläne systematisch auf ihre Aufstockungspotenziale hin zu überprüfen und diese baurechtlich nutzbar zu machen, wo es städtebaulich verantwortbar ist.*
- 5) *Einfach bauen, schneller genehmigen – für mehr Tempo im Wohnungsbau
Die Verwaltung setzt sich für das Prinzip des „einfachen Bauens“ ein, um kostengünstigen und zügigen Wohnungsbau zu ermöglichen. Dafür sollen kommunale Sonderanforderungen über die Landesbauordnung hinaus vermieden und das serielle Bauen gezielt zugelassen werden. Genehmigungsverfahren sind konsequent zu digitalisieren – mit dem Ziel, dass Bauanträge spätestens nach zwei Monaten bearbeitet sind. Die Verwaltung schafft so Klarheit, Tempo und Planungssicherheit für alle Beteiligten.*

46.6

Antrag der SPD-Ratsfraktion: Lastenräder auch für Düsselpass-Berechtigte erhältlich machen

RAT/239/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ratsfrau Holtmann-Schnieder, kommen Sie bitte nach vorn und bringen Sie den Antrag für die SPD-Ratsfraktion ein. Sie haben das Wort.

Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD): Lieber Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt noch die Lastenräder – mal schauen, vielleicht bin ich danach für heute fertig.

Die SPD-Ratsfraktion beantragt ein Konzept zur Förderung des Erwerbs von Lastenrädern für Menschen mit geringem Einkommen, also für Düsselpass-Berechtigte. Wir sind natürlich – wie von vielen immer wieder vorgetragen wird – dafür und stimmen auch zu, dass Lastenräder ökologisch ein sehr verträgliches Fortbewegungsmittel sind. Sie sind praktisch, weil man damit Kinder, Hunde, Waren und alles Mögliche transportieren kann. Zudem sind wir alle daran interessiert, dass die Menschen für den innerstädtischen Verkehr ökologisch vernünftige Fahrzeuge nutzen, anstatt all diese Wege beispielsweise mit dem eigenen Pkw zu erledigen.

Lastenräder sind aber sehr teuer. Meistens handelt es sich dabei um E-Räder, damit man die Lasten gut und bequem transportieren kann. Die bisherigen städtischen Fördertöpfe zur Unterstützung des Erwerbs von Lastenrädern haben noch eine beträchtliche Restsumme übrig gelassen. Das heißt, auch mit der Unterstützung war der Kauf eines Lastenrades nur für Menschen erschwinglich, die noch einiges an Geld zur Verfügung hatten, um den Rest bezahlen zu können. Menschen mit geringem Einkommen waren dagegen raus und konnten sich solch ein Lastenrad nicht leisten.

Um diese Möglichkeit nun zu eröffnen, bitten wir die Verwaltung, ein Konzept zu erstellen und in den entsprechenden Ausschüssen vorzustellen, mit dem ein deutlich höherer Fördersatz – 70 Prozent oder 80 Prozent, wo immer wir dort herauskommen – vorgesehen wird, der mit der Förderung für die Balkon-Solaranlagen für Düsselpass-Berechtigte vergleichbar wäre, um auch den Menschen mit weniger Geld die Möglichkeit zu bieten, sich mit einem überschaubaren eigenen und noch zu leistenden Beitrag ein eigenes Lastenrad kaufen zu können.

Zudem schlagen wir vor, dass gleichzeitig überlegt wird, wie Mietsysteme geschaffen werden können, um Lastenräder ausleihen zu können. In der letzten Ratssitzung haben wir schon darüber gesprochen, dass die geförderten Lastenräder, die vor einiger Zeit erworben wurden, vor allem in den Stadtbezirken 1 bis 4 von Menschen mit höherem Einkommen gekauft wurden. In den am Rand befindlichen Stadtteilen, in denen es eine hohe Bevölkerungszahl von Menschen mit geringem Einkommen gibt, gab es diese ganzen Mobilitätsangebote nicht.

(Unruhe)

Darum plädieren wir – unabhängig von Mobilitätsstationen – dafür, dass in diesen Quartieren zugleich Leihsysteme geschaffen werden.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Darf ich um etwas Ruhe bitten?

Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD): Wir möchten also Leihsysteme für Lastenräder. Diese können zum Beispiel in Einkaufszonen beziehungsweise in den Stadtteilzentren angeboten werden, und zwar unabhängig davon, ob es eine komplette Mobilitätsstation ist, damit alle Menschen für kleines Geld ein Lastenrad ausleihen können.

Das sind unsere beiden Punkte: hohe Förderung für den Erwerb, aber auch Angebote, nicht selbst kaufen zu müssen, sondern auch ausleihen zu können. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsfrau Holtmann-Schnieder, für das Einbringen des Antrages. – Dann habe ich drei Wortmeldungen: Zunächst bitte ich Ratsfrau Cordes nach vorn und anschließend Ratsfrau Rachner sowie Ratsherrn Hartnigk. – Ratsfrau Cordes, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Cordes (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. – Ich glaube, ich brauche nicht zu erzählen, dass man uns von Bündnis 90/Die Grünen nicht von dem ökologischen Nutzen und dem Klimanutzen einer Lastenradförderung überzeugen muss. Allerdings überzeugt mich das Argument,

dass sich ausgerechnet Düsselpass-Inhaberinnen und -Inhaber zwar kein Lastenrad, aber ein Auto leisten könnten, mit dem sie dann stattdessen diese Wege zurücklegen, nicht wirklich.

Aber wie dem auch sei, wir sind bei dem Thema Lastenradförderung grundsätzlich dabei. Insofern sind wir auch heute dabei und werden dem vorliegenden Antrag zustimmen, auch wenn es ein weiteres Lehrstück ist aus der Reihe: Es ist offensichtlich nicht nur wichtig, was vorgeschlagen oder beantragt wird, sondern auch, wer dies tut. Schließlich hatten wir einen Antrag zu genau diesem Thema – auch das muss ich hier transparent machen –, der leider keine Mehrheit gefunden hat. Der nun vorliegende Antrag wird leider ebenfalls keine Mehrheit finden. Aus diesem Grund hätte man versuchen können, zusammenzukommen und einen Kompromiss zu finden, für den man dann vielleicht eine Mehrheit gefunden hätte. Das haben wir versucht, indem wir sehr konkrete Vorschläge dazu unterbreitet haben, wie solch eine Förderung aussehen und wie man das begleiten könnte – durch Kampagnen et cetera –, wenn man der Meinung ist, dass man bisher noch nicht alle Menschen gleichermaßen erreicht hat. Das ist leider nicht auf die Kompromissbereitschaft gestoßen, die wir uns erhofft hatten.

Des Weiteren ist das Thema Lastenradautomaten nun wirklich nicht neu. Denn die Stadt arbeitet bereits daran. Jedoch stehen wir bei der Umsetzung vor gewissen Herausforderungen, die nichts mit der hiesigen Verwaltung zu tun haben, was aber auch alle wissen, die mit diesem Thema befasst sind. Es liegt also nicht daran, dass der politische Wille dafür nicht vorhanden wäre. Wie gesagt, am Ende geht es uns um das Thema, weshalb wir jetzt auch zustimmen werden, auch wenn wir uns dazu noch etwas Besseres hätten vorstellen können.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, liebe Ratsfrau Cordes. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Dr. Rachner. – Sie haben das Wort.

Ratsfrau Dr. Rachner (FDP): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir beraten jetzt einen Antrag, der auf den ersten Blick relativ sozial klingt, aber auf den zweiten Blick jede Menge Fragen aufwirft. Sie möchten den Erwerb von Lastenrädern für Düsselpass-Berechtigte mit städtischen Mitteln fördern und gleichzeitig ein eigenes Verleihsystem aufbauen. Das klingt ambitioniert, doch es bleibt die Frage: Ist das wirklich der klügste Weg, öffentliche Mittel für die Verkehrswende einzusetzen? – Wir können das nicht nachvollziehen. Wenn wir über Mobilität für alle sprechen, dann wollen wir in der Tat auch Mobilität für alle und in diese investieren. Wir brauchen eine leistungsfähige, verlässliche sowie bezahlbare Infrastruktur und kein Flickwerk aus kleinteiligen Einzelprojekten.

Wenn wir in diesem Zusammenhang über soziale Gerechtigkeit sprechen, stellt sich die Frage: Ist es wirklich sozial gerecht, wenn Sie den Erwerb eines privaten Lastenrades für eine ausgewählte Zielgruppe beantragen? Was ist mit denjenigen, die knapp über der Einkommensgrenze liegen und somit keinen Düsselpass erhalten? Was ist mit jungen Menschen, Auszubildenden und Studierenden, die durch das Raster fallen? – Die Wahrheit ist doch: Der Antrag schafft soziale Ungerechtigkeit innerhalb einer Gruppe, nämlich in der der Geringverdiener. Er verteilt Steuergeld punktuell, aber nicht gerecht. Das widerspricht dem Anspruch, dass wir eine Mobilität haben wollen, die für alle bezahlbar ist. Insofern werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall von der FDP)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsfrau Dr. Rachner. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsherrn Hartnigk. Es folgt Ratsherr Dr. Fils. – Ratsherr Hartnigk, Sie haben das Wort.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Bürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Ersten haben wir uns ein wenig über diesen Antrag gewundert, weil wir das Ganze nicht so richtig verstanden haben, und zwar auch mit Blick auf den Antrag, den Sie danach stellen. Sie sagen, Sie möchten ein Konzept entwickelt haben, das jemand in die Lage versetzt, mit wenig Geld ein Lastenrad zu erwerben, und stellen das auf die Berechtigung der Person ab. In dem Antrag danach

sprechen Sie aber von Bürokratieabbau. Wenn Sie sich einmal überlegen, mit welchem Aufwand die Verwaltung überprüfen soll, wer berechtigt ist oder nicht, sollten wir eine Sekunde innehalten und darüber nachdenken, wo hier der Fehler liegt. Was machen Sie, wenn jemand berechtigt ist, aber keinen Antrag auf den Düsselpass gestellt hat? – Insofern würde sich die Verwaltung im Kreis drehen und wuschig werden.

Zum Zweiten kann man vom Grundsatz her natürlich sagen, dass das ein Antrag für die Förderung von Mobilität ist, wozu ich gleich noch einmal komme, aber zunächst möchte ich auf die Familien zu sprechen kommen. Was machen wir denn, wenn es zwei Berechtigte in der Familie gibt? Gibt es dann zweimal die Förderung für das Lastenrad, also für Vater und Mutter, und zwei Lastenräder in der Familie mit geringem Einkommen? – Das erscheint uns noch nicht so richtig durchdacht. Wenn man solch eine Förderung einführt, sollte sich diese Förderung auf Personen mit einem gültigen Düsselpass beziehen, wobei es dann wahrscheinlich auch auf ein Lastenrad pro Familie beschränkt werden müsste.

Das Dritte, das uns irritiert hat, war die Idee, das Verleihsystem nur in Stadtteilen mit sozialem Handlungsbedarf auszubauen. Das finden wir etwas schwierig. Was ist mit den Menschen mit geringem Einkommen, die in anderen Stadtteilen leben und denen es besser geht? Sind die dann ausgeschlossen? Sollen die nicht in die Lage versetzt werden, sich dort ein Lastenrad zu leihen? – Das finde ich schwierig.

Eben hat jemand gesagt, der größte Teil der Anträge sei in den Stadtbezirken 1 bis 4 gestellt worden. Ich weiß nicht genau, Ratsfrau Klinke, aber es gibt bestimmt auch im Stadtbezirk 1 viele Menschen, die Düsselpass-berechtigt sind. Da müssten wir einmal genau hinschauen.

(Oberbürgermeister Dr. Keller übernimmt um 19.50 Uhr wieder den Vorsitz.)

Das Vierte ist: Sie fordern, dass bis zum Jahresende ein Konzept vorgelegt, aber gleichzeitig beschlossen werden soll. Wenn wir das machen, sollte doch erst das Konzept vorgelegt, diskutiert und dann beschlossen werden. Das ist also auch relativ schwierig.

Zu guter Letzt: Eigentlich haben wir vor einigen Jahren mit der Lastenradförderung begonnen, weil es darum geht, den Menschen eine vernünftige, umweltfreundliche Mobilität zu gewähren. Aber wenn es um Mobilität für Menschen mit geringem Einkommen geht, könnte man auch darüber nachdenken, erst einmal mit normalen Fahrrädern zu beginnen. Wenn es um Klimaschutz geht, der ursprünglich einmal das Ziel der Lastenradförderung war – hier im Haus wurde oft darüber diskutiert, dass die Menschen mit der Lastenradförderung ihre Autos abschaffen und sie gegen ein Lastenrad tauschen würden –, dann trifft das doch mit Sicherheit nicht für die Zielgruppe zu, die Sie hier in Ihrem Antrag ansprechen. Denn Menschen mit geringem Einkommen haben regelhaft wahrscheinlich kein Auto. Diese Diskussion führen wir auch ständig beim Wohnungsbau, wenn wir über Stellplatznachweise im sozialen Wohnungsbau sprechen. Dort werden keine Tiefgaragenplätze gebaut, weil von Ihnen argumentiert wird, dort zögen Menschen ein, die kein Auto besitzen. – Was machen wir also hier?

Insofern werden wir als CDU-Ratsfraktion diesem Antrag aus den Gründen, die ich Ihnen gerade geschildert habe, nicht zustimmen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich habe noch Ratsherrn Dr. Fils auf der Redeliste, der eine Redezeit von drei Minuten hat. Danach müsste ich ihm das Wort entziehen. – Bitte, Ratsherr Dr. Fils.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen und liebe Zuhörer! Wir haben heute nicht zum ersten Mal das Thema Lastenräder auf der Tagesordnung. Die anfängliche Begeisterung für Lastenräder – das haben Sie in den letzten Diskussionen sicherlich schon gemerkt – ist bei der CDU-Ratsfraktion nicht mehr ganz so hoch. Beim letzten Mal wurde eine

unserer Kolleginnen ausgelacht, als sie darauf aufmerksam machte, dass Lastenräder auch eine Gefahr beinhalten beziehungsweise gefährlich sind. Inzwischen gibt es eine Menge Artikel in Fachzeitschriften, die darauf hinweisen, dass es lebensgefährlich sein kann, Kinder ungesichert in Lastenrädern zu transportieren. In jedem Auto gibt es dagegen den doppelten Schutz für das Leben. Aber auch der Transport von Getränkeboxen hat schon zu erheblichen Problemen und Unfällen geführt. Was kann die Verwaltung dazu sagen? Welche Berichte – etwa über den Städtetag – gibt es über Unfallhäufigkeit und schwerwiegende Unfälle mit Lastenrädern?

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich habe noch eine Wortmeldung von Ratsfrau Böcker, aber der Geschäftsordnungsantrag geht vor.

(Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD]: Ja, dann mache ich das jetzt kurz!)

Bitte, Ratsfrau Dr. Proschmann, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich beantrage für meine Fraktion, dass wir die 30 Minuten, die wir vorhin länger für die Anfragen in Anspruch genommen haben, jetzt hinten anhängen. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wir haben im Ältestenrat eine Verabredung getroffen, dass die 20-Uhr-Grenze auch heute bestehen bleibt, und hatten lediglich gesagt: Wenn wir gegen 19 Uhr erkennen, dass vielleicht nur noch ein oder zwei Anträge übrig blieben, könnten wir über eine kurzfristige Verlängerung nachdenken. – Das hätten wir dann aber tatsächlich früher machen müssen als zwei Minuten vor 20 Uhr.

(Beifall von der CDU)

Das ist meine Meinung dazu. Insofern sollten wir uns, wie ich finde, an die Absprache im Ältestenrat halten.

(Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD]: Ich habe es beantragt! – Ratsherr Lemmer
[Tierschutz/Freie Wähler]: Beim nächsten Mal, ja! – Heiterkeit)

Wenn wir in der Lage gewesen wären, die Tagesordnung abzuarbeiten, dann hätten wir das gemacht, aber nicht, wenn die Restantenzahl so groß ist, sodass wir viele davon in die nächste Sitzung schieben müssen. Darf ich davon ausgehen, dass wir dabei bleiben?

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Dann rufe ich jetzt Ratsfrau Böcker zur wahrscheinlich letzten Wortmeldung des Tages auf. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Böcker.

(Ratsherr Raub [SPD]: Müssen wir darüber abstimmen?)

– Ja, das müssen wir. Wir stimmen auch gleich darüber ab.

Ratsfrau Böcker (CDU): Danke schön. – Ich habe schon beim letzten Mal etwas dazu gesagt und möchte das heute noch einmal wiederholen: Lastenräder sind kein Beitrag zur Entlastung der Verkehrsprobleme in einer Großstadt. Es sind Fantasien von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken, dass dies möglich sei. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Der Transport von Kindern in den Lastenrädern birgt in einer Großstadt viele Gefahren. Ich habe letztes Mal provokant gesagt: Sie fahren zum Golfen mit dem Porsche – es kann auch der Mercedes sein, das ist egal –, befördern aber ihre Kinder mit den Lastenrädern. Wenn das Lastenrad als Transportmittel in einer Großstadt genutzt wird, dann sollten damit aber keine Kinder beziehungsweise Kleinkinder oder Tiere transportiert werden.

(Ratsherr Raub [SPD]: Das ist nicht Teil unseres Antrags!)

Ich halte es für sehr wichtig, dass über diese Gefahr diskutiert wird. Es ist Mode geworden, mit Lastenrädern in der Großstadt zu fahren. Das mag in kleineren Städten oder in Randgebieten, in denen man keine andere Möglichkeit hat, seine Kinder von A nach B zu transportieren, vielleicht Sinn ergeben, aber ganz bestimmt nicht in einer Großstadt. – Danke schön.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich bin davon ausgegangen, dass Ratsfrau Böcker die letzte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt hat, weshalb ich sie habe sprechen lassen, bevor ich über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen lassen wollte. Da es jetzt aber zwei weitere Wortmeldungen gibt – von Ratsfrau Heyden und von Ratsfrau Vorspel –, müssen wir der Form halber zunächst über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Dieser lautet: Zugabe um 30 Minuten. Das heißt, wir würden um 20.30 Uhr enden.

Ich wiederhole noch einmal: Wir hatten über diese Situation im Ältestenrat gesprochen und uns eigentlich anders verabredet. Aber es ist eine Verabredung, weshalb ein Geschäftsordnungsantrag in dieser Frage selbstverständlich zulässig ist. Insofern frage ich jetzt: Wer ist dafür, dass wir heute bis 20.30 Uhr tagen? – 35 Ja-Stimmen. Wer enthält sich? – Niemand. Wer ist dagegen? – 41 Stimmen sind dagegen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall von der CDU)

Bevor wir zum Ende kommen, habe ich noch zwei Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt. Ratsfrau Heyden und Ratsfrau Vorspel hatten sich gemeldet. Oder wollten Sie, Ratsfrau Vorspel, zum Geschäftsordnungsantrag sprechen?

(Ratsfrau Vorspel [Die Linke] macht eine verneinende Geste.)

– Zur Sache?

(Ratsfrau Vorspel [Die Linke] nickt.)

Dann in der Reihenfolge: Ratsfrau Vorspel, Ratsfrau Heyden. – Bitte, Ratsfrau Vorspel, Sie haben das Wort.

(Ratsfrau Vorspel [Die Linke]: Ich ziehe zurück!)

Sie zieht zurück. – Dann hat jetzt Ratsfrau Heyden das Wort.

(Unruhe)

Darf ich um Ruhe bitten? – Das ist die letzte Wortmeldung im öffentlichen Teil. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Heyden.

Ratsfrau Heyden (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Damen und Herren! Die letzte Wortmeldung vor der Kommunalwahl wird der Verkehrswende gewidmet, und zwar wie folgt: Als der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen angehörende und lastenradfahrende Mutter in dieser Stadt möchte ich das zu meiner persönlichen Erklärung machen. Wir haben gerade zwei Beiträge von der CDU-Ratsfraktion gehört, die nahelegen, dass sämtliche Eltern in dieser Stadt, die Lastenrad fahren, ihre Kinder größter Lebensgefahr aussetzen und sie besser in Autos durch die Gegend fahren sollen. Das war der Tenor.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Nein!)

Ich frage mich, wie das mit Verkehrswende zusammengeht. Die Antwort liegt auf der Hand: Gar nicht. Und ich frage mich, wie das mit dem letzten Wahlversprechen des Präsidierenden, Düsseldorf solle staufrei werden, zusammengeht.

Meine Damen und Herren, deutlicher können wir es nicht bekommen: Wenn Sie Verkehrswende wollen, dann sicherlich nicht mit der CDU-Ratsfraktion. Das nehmen Sie bitte alle mit in die Sommerpause und in den Wahlkampf; denn das musste nach diesen zwei rückwärtsgewandten Beiträgen einmal gesagt werden. – Danke schön.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen – Unruhe)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich bitte um Konzentration für die Abstimmung über TOP 46.6: RAT/239/2025, Antrag der SPD-Ratsfraktion – „Lastenräder auch für Düsseldorf-Berechtigte erhältlich machen“. Wer ist für diesen Antrag? – Die Partei-Klima-Fraktion, Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen den Antrag? – CDU, AfD, FDP und Tierschutz/Freie Wähler. Das ist vermutlich die gleiche Mehrheit wie eben.

(Ratsfrau Vorspel [Die Linke]: Nein! – Ratsherr Raub [SPD]: Das ist die gleiche Mehrheit!)

Wir zählen es nach. Bitte noch einmal die Stimmen dafür? – Es sind in der Tat zwei oder drei Ja-Stimmen mehr als eben beim Geschäftsordnungsantrag. – 38 Ja-Stimmen. Wer ist gegen den Antrag? – 41 Nein-Stimmen. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Beifall von der CDU)

Ich schließe die öffentliche Sitzung und bitte darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 20.06 Uhr

Anschließend nichtöffentliche Sitzung

Dr. Stephan Keller
Oberbürgermeister

Josef Hinkel
Bürgermeister

Simone Schmitt
Schriftführerin